Lorentzen

Die Sozialdemokratie

in Theorie und Praxis

oder

Ein Blick hinter die Coulissen.

Von

Theodor Lorentzen,
Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel.

Elftes bis fünfzehntes Tausend.

Kiel und Leipzig.
Verlag von Lipsius & Tischer.
1896.

Gefl. Beachtung empfohlen!

Wie sehr

Lorentzen, Die Sozialdemokratie

sich über den Wert der Eintagsbroschüren erhebt und **geeignet ist, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie** eine schneidige Waffe abzugeben, beweisen die vielfachen anerkennenden Schreiben von Großindustriellen u. A., die der Verfasser erhielt, das beweist der Absatz von 10000 Exemplaren in nicht ganz $1^1/_2$ Monaten und das beweisen die vielen

ausgezeichneten Besprechungen,

von denen wir nachstehend nur einen kurzen Auszug geben.

Kölnische Zeitung Nr. 723 vom 10. August 1896, Morgen-Ausgabe:

Es ist selten, daß Arbeiter zur Feder greifen, und noch seltener, daß sie als offene Gegner der Sozialdemokratie auftreten. Der Terrorismus, den die sozialdemokratischen Genossen auszuüben wissen, schreckt die meisten ab. Umsomehr verdient es Beachtung, daß ein einfacher Werftarbeiter aus Kiel den Muth hat, in einer eben erschienenen kleinen Schrift „Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis oder ein Blick hinter die Coulissen" sehr kräftig gegen die sozialdemokratischen Agitatoren und ihre Lehren zu Felde zu ziehen. Der Verfasser, Theodor Lorentzen, leugnet durchaus nicht, daß so manches in den Arbeiterverhältnissen einer Besserung bedarf, aber er lehnt den Unfug der sozialdemokratischen Verhetzungen und Versprechungen ganz entschieden ab. Er zeigt das Maßlose der sozialdemokratischen Kritik, er legt dar, zu welchen Folgen das nebelhafte sozialistische Ideal führen müßte, und er reißt vor allem den sozialdemokratischen Führern die heuchlerische Maske der Arbeiterfreundlichkeit rücksichtslos ab. Ihre Vaterlandslosigkeit, ihre revolutionäre und republikanische Gesinnung, ihren Religionshaß, ihren Mangel an sittlichen Idealen, die öde Unfruchtbarkeit ihres Verhaltens hinsichtlich der praktischen Besserung der Arbeiterverhältnisse, ihre Doppelzüngigkeit bei der Agitation in ländlichen Kreisen und manches andere deckt Lorentzen in schlichter, wirkungsvoller Sprache ungescheut auf. Vor allem zeigt er, wie kraß der Widerspruch zwischen dem thatsächlichen Verhalten der sozialistischen Führer und ihren Reden und Versprechungen ist. Erbauliche Dinge — dem Eingeweihten freilich schon bekannt — führt Lorentzen da seinen Mitarbeitern vor. . . . „Die Sozialdemokraten spekuliren nur auf deinen Geldbeutel", ruft Lorentzen dem Arbeiter zu. „Ihre Forderungen, soweit sie berechtigt sind, schon in diesem Staate zu erfüllen, fällt ihnen dagegen nicht ein; nichts ist ihnen mehr zuwider, als wenn der jetzige Staat auf ihre Forderungen eingeht".

Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Morgen-Ausgabe vom 5. August 1896, Nr. 363:

Gerade das Wort des Arbeiters an den Arbeiter kann sich als ein wirksames Mittel erweisen, um der Propaganda der sozialdemokratischen Agitatoren Abbruch zu thun. Je einfacher die Argumente, je bündiger die auf der Wirklichkeit des täglichen Lebens sich aufbauenden Schlußfolgerungen sind, welche die sozialdemokratische Praxis ad absurdum führen, desto wahrscheinlicher wird deren Wirkung, zumal gegenüber jenen Arbeitern, deren gesundes Denkvermögen noch nicht völlig von der sozialdemokratischen Phrase unterdrückt ist. Aus diesem Gesichtspunkte ist eine Broschüre zu begrüßen, die ein Arbeiter der kaiserlichen Werft zu Kiel, Theodor Lorentzen, unter dem Titel: „Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis" den deutschen Arbeitern gewidmet hat. In einfacher, ungekünstelter Sprache, die den in harter Arbeit gestählten Charakter verräth, geht der Verfasser den Schlagworten und Phrasen einzeln zu Leibe, mit welchen die Sozialdemokratie Proselyten zu machen sucht. Mag Dies und Jenes in der Schrift auch nicht ganz unanfechtbar erscheinen, im Großen und Ganzen zeigt sich doch, daß ungetrübter Blick und gesunder Menschenverstand Leitsterne sind, die von den sozialrevolutionären Irrwegen fernhalten. Die Kritik des Verfassers richtet sich sowohl gegen die Prinzipien der Sozialdemokratie, wie gegen ihre Forderungen hinsichtlich der Gestaltung des praktischen Lebens, und zeigt, daß Fundament wie Aufbau des sozialdemokratischen Zukunftsgebäudes unmöglich sind. Es ist nicht möglich, allen Einzelheiten nachzugehen, in welchen Lorentzen die sozialdemokratische Praxis der sozialdemokratischen Theorie gegenüberstellt; es giebt kaum einen Punkt der sozialdemokratischen Lehre, dem er nicht den Spiegel der Wirklichkeit vorzuhalten vermag, und jedes Mal wirft dieser Spiegel statt des verlockenden theoretischen Bildes eine verzerrte Fratze zurück. Was Lorentzen über die Sozialdemokratie sagt, ist keineswegs durchweg neu. Aber daß es von einem Arbeiter gesagt wird, der seine Betrachtungen und Schlüsse unmittel-

Fortsetzung S. 3 des Umschlages!

Die Sozialdemokratie

in Theorie und Praxis

oder

Ein Blick hinter die Coulissen.

Von

Theodor Lorentzen,
Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel.

Kiel und Leipzig.
Verlag von Lipsius & Tischer.
1896.

Druck von A. Hopfer in Burg b. M

Meine lieben Mitarbeiter!

Ich will in den folgenden Blättern einmal versuchen, Euch über den wahren Zweck und das Wesen der Sozialdemokratie meine Ansichten darzulegen. Ich habe meine Berichte nicht aus vielen Büchern zusammengesammelt, sondern meistenteils mir meine Urteile durch den Gebrauch meines eigenen Verstandes gebildet. Ich hoffe, einen für jeden Arbeiter leicht verständlichen Ton zu treffen, weil ich eben selbst ein Arbeiter bin und also nur zu meinesgleichen zu sprechen brauche. Wer bist Du denn? werdet Ihr fragen. Da will ich denn, so gut es geht, versuchen, Euch meinen Lebenslauf kurz zu schildern. Ich bin ein Arbeiter und stamme aus einer Arbeiterfamilie. So lange ich zurückdenken kann, war mein Vater kränklich und meine und meiner fünf Brüder Erziehung war Aufgabe meiner Mutter. Diese hat sich die Mühe nicht verdrießen lassen und ihre Pflicht treu und redlich erfüllt. Wir Kinder mußten natürlich auch mithelfen und haben es auch stets mit Freuden gethan. Drei ältere Brüder sowie ich haben während unserer Schulzeit in einer und derselben Buchhandlung als Laufburschen gearbeitet. Schon von früher Jugend an habe ich meinen Brüdern geholfen und als ich erst 9 Jahre alt war, übernahm ich, da mein drittältester Bruder in die Lehre kam, seinen Posten als Laufbursche. Als ich 11 Jahre alt war, starb mein Vater und nun war meine Mutter allein mit drei schulpflichtigen Kindern.

Meine Arbeit in der Buchhandlung brachte es mit sich, daß ich nicht jeden Tag die Schule besuchen konnte, aber durch meinen Fleiß brachte ich es dennoch dahin, daß ich stets auf gleicher Stufe mit meinen Altersgenossen stand. Mit 14½ Jahren ward ich konfirmiert und kam nun zu einem Handwerker in die Lehre. Nach 3 Jahren ward ich Geselle. Ich habe 3 Jahre meines Königs Rock getragen und darauf noch 12 Jahre als Handwerksgeselle gearbeitet. Inzwischen habe ich geheiratet; da ich aber nicht die Mittel besaß, mich als Meister zu

etablieren, als Geselle aber nicht genug verdiente, um meine Familie zu ernähren, weil in meinem Handwerk stets die Gesellen beim Meister in Kost und Logis sich befinden und also weniger Lohn bekommen, so sah ich mich genötigt, Fabrikarbeiter zu werden. Es hat mir freilich schwere Kämpfe gekostet, mein Handwerk zu verlassen, da man doch schließlich, so zu sagen, mit demselben verwachsen ist. Aber es mußte sein und es hat mich später auch nicht gereut. So kann ich denn auch wohl mit vollem Recht sagen: „Ich bin Euresgleichen!" — Meine Absicht ist nun, in diesem Büchlein zum Arbeiterstande zu sprechen, belehrend und aufklärend, klar und deutlich, in schlichtem Deutsch. Ich will stets suchen, einen Ton zu finden, daß mich jeder Arbeiter verstehen kann. Da meine Arbeit bisher nur körperlich war, so muß ich für mein Büchlein um größte Nachsicht bitten! —

Ich erwarte nun nicht, jeden Sozialdemokraten zu bekehren, das wäre vergebliche Mühe. Ich will hauptsächlich versuchen, denjenigen Arbeitern die Augen zu öffnen, welche noch nicht ganz von den Netzen der Sozialdemokratie umgarnt sind. Ich kann Euch, meine lieben Mitarbeiter, nicht so viel versprechen, wie die Sozialdemokratie es thut; ich kann Euch nur zurufen: Haltet fest an dem, was Ihr habt und suchet dasselbe nach Kräften zu verbessern; dann thut ihr wohl daran! Die Sozialdemokratie verspricht euch scheinbar viel mehr. Ich sage: „scheinbar"; denn in Wirklichkeit verspricht sie Euch noch viel weniger; denn sie will Euch ja noch das Bischen nehmen, was Ihr habt: nicht allein Eure Ersparnisse, sondern auch Eure Freiheit, Eure Familie, Euren Glauben! — Um Euch dieses zu beweisen, griff ich zur Feder. Wenn mein Büchlein die Arbeiter zum selbständigen Denken anzuregen im stande ist, dann werde ich mit Genugthuung auf die Veröffentlichung dieser Blätter blicken, denen es vielleicht anzumerken ist, daß sie abends bei der trauten Lampe Schein entstanden sind, wenn ich nach täglicher Arbeit im Kreise meiner Lieben am eigenen Tische saß; doch ich hoffe: Was vom Herzen kommt, das geht auch zum Herzen! —

Sollten einige meiner Leser meinen, daß ich nicht immer zutreffend über die Sozialdemokratie geurteilt habe, so verweise ich auf das Buch von August Bebel „Die Frau aus der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft". Dasselbe ist ja oft vor mir von verschiedenen Seiten angegriffen worden, besonders von Eugen Richter in seiner Brochüre: „Die Irrlehren der Sozialdemokratie". Wenn ich auch kein Freund oder Anhänger Eugen Richters bin, so muß ich doch anerkennen, daß dieses

Buch im großen und ganzen sehr gut ist und in den meisten Fällen die Sozialdemokratie richtig charakterisiert. Die Sozialdemokratie hat freilich erklärt, daß das Buch „Die Frau" u. s. w. nur ein Ausdruck der Gesinnung von August Bebel ist. Das Buch deckt sich aber gänzlich mit den Lehren der Sozialdemokratie, deren Hauptführer August Bebel ist. Solange Bebel Führer der Sozialdemokratie ist, muß diese auch sein Buch anerkennen oder auch sagen, worin ihre Lehren sich von denen Bebels unterscheiden.

Herr Bebel beklagt sich in seiner Vorrede Seite X, daß man die ersten Zweidrittel seines Buches, welche doch die Grundlage des Ganzen bilden, nicht angreife, sondern stets nur das letzte Drittel. Die Sache ist doch ganz natürlich, denn das erste Drittel behandelt die Frau aus der Vergangenheit und ist ja nur von Bebel aus anderen Büchern abgeschrieben, wenn es auch erst dem sozialdemokratischen Publikum mundgerecht gemacht worden ist. Das zweite Drittel behandelt die Frau in der Gegenwart und ist eine recht drastische Schilderung der Frauen und der Lebensverhältnisse der Jetztzeit. Aber das letzte Drittel läßt uns einen Blick in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat werfen und da wollen wir denn mit voller Kraft einsetzen, um zu zeigen, was für Gutes uns der Zukunftsstaat bringt. Darum ist es natürlich, daß hier nur das letzte Drittel von Bebels „Die Frau" u. s. w. kritisiert wird.

Der Verfasser.

I. Ein Blick auf die Lage des deutschen Arbeiters.

Vor nunmehr 106 Jahren nahm in Frankreich der Kampf um die Gleichstellung des sogen. dritten Standes mit dem Adel und der Geistlichkeit seinen Anfang. Heute sucht sich ein neuer Stand, der Arbeiterstand, durchzukämpfen. Wer kann es wissen, ob es ihm gelingen wird und wann derselbe seine Zeit für gekommen halten wird, um seine vermeintlichen Rechte geltend zu machen! Schon längst wühlen die Agitatoren in Frankreich, in England und auch in Deutschland, und nicht nur in allen Kulturstaaten der alten, sondern ebensowohl in der neuen Welt. Ein Blick auf die Geschichte lehrt uns, daß diese letzte Bewegung sehr viel Ähnlichkeit hat mit dem Anfang der großen französischen Revolution des Jahres 1789, die ja ebenso wie die der Jahre 1792—93 einen vorwiegend sozialdemokratischen Charakter hatte. Auch die revolutionären Bestrebungen der Jahre 1830 und 1848 waren stark von sozialistischen Ideen durchsetzt. Auch hat die Wissenschaft, wenn man es so nennen will, in Frankreich, England und Deutschland schon seit Jahren ihre Mitwirkung bewiesen. Ich will hier nur an Saint-Simon, Enfantin, Charles Fourier, Etienne Cabet, Robert Owen u. a. erinnern.

Wenn auch die späteren Schriftsteller noch so sehr auf ihre Originalität pochen mögen, sie haben alle ihre Vorgänger gehabt und haben auf dem vorgefundenen Grunde nur weiter gebaut. So ist die europäische Arbeiterbewegung auf der einen Seite das Ergebnis eines langsam fortschreitenden geistigen Prozesses, auf der anderen Seite aber die Folge einer langen zusammenhängenden Kette von thatsächlichen Verhältnissen. Es ist also total falsch, wenn man in der jetzigen Arbeiterbewegung etwas durchaus Neues sehen will. Die Geschichte ist nicht arm an Seitenstücken zur heutigen Bewegung und zwar liefert uns solche sowohl das Altertum, als auch das Mittelalter und die Neuzeit.

Die Gegenwart unterscheidet sich von der Vergangenheit nur dadurch, daß sich in der Gegenwart die Vorstellung von den Unvollkommenheiten im gesellschaftlichen Leben in so breiten Schichten der Menschheit festgesetzt hat und dadurch der Anstoß zu wirklichen Hand-

lungen gegeben worden ist. Dies kann keinem aufmerksamen Beobachter wunderbar erscheinen, denn die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Klasse ist größtenteils eine bedauernswerte und verbesserungsbedürftige. Sehen wir uns doch einmal in Deutschland vorurteilsfrei um, damit wir ein unbeeinflußtes Urteil über die hier herrschenden Zustände gewinnen!

Über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands ist, wie die Statistik nachweist, nur derart gestellt, daß sie das zum notdürftigen Lebensunterhalt unbedingt Erforderliche erwirbt und nur kaum 20 Prozent kann sich das Leben angenehmer gestalten. Die große Masse des Volkes sieht sich auf harte körperlich aufreibende Arbeit angewiesen. Diese Arbeit erzielt aber nur einen geringen Lohn. Die Arbeitszeit ist für diese Klasse meistens eine sehr lange und währt durchschnittlich 10 bis 12, ja oftmals wohl gar 14—18 Stunden. Da liegt denn die Frage sehr nahe: Wo bleibt für diese armen Menschen die notwendige Zeit der Erholung? Diese Frage suchen nun die Sozialdemokraten in folgender Weise zur allgemeinen Zufriedenheit der beteiligten Kreise zu lösen, indem sie den Arbeitern vorreden: „Die bisher übliche Arbeitszeit ist in jeder Hinsicht eine zu lange, denn der Mensch lebt doch nicht, um zu arbeiten, sondern arbeitet, um zu leben." „Wenn dieser Satz aber zu Recht bestehen soll", so schließen sie weiter, „dann muß die Arbeitszeit vorläufig auf höchstens 8 Stunden beschränkt werden, damit der Arbeiter Zeit hat, sich nicht nur von der Arbeit zu erholen und seiner Familie zu leben, sondern sich auch geistig ausbilden zu können. Die Sonntagsarbeit muß natürlich gänzlich abgeschafft werden, damit der Mann doch wenigstens einen freien Tag in der Woche hat. Der Lohn muß aber wiederum so bemessen werden, daß er in sechs Tagen so viel verdient, als er in sieben Tagen verbraucht!" Diese Reden klingen dem Ohre sehr schön und man kann es wahrlich dem Arbeiter nicht verdenken, wenn er das einzige persönliche Gut, welches er besitzt, so hoch wie möglich zu verwerten sucht; doch kann dies nur innerhalb gewisser Grenzen geschehen. Mit der Lohnfrage scheint die Ernährungsfrage eng verbunden. Leider ist die Ernährung in Arbeiterkreisen sehr häufig eine mangelhafte; der Arbeiter findet in ihr nicht hinreichenden Ersatz für den Kräfteverbrauch, den seine Beschäftigung erfordert! Aber Hand aufs Herz, lieber Arbeiter, hast Du nicht sehr häufig selbst Schuld, wenn Dir nicht die nahrhafte Kost geboten wird, welche Du eigentlich fordern müßtest? Ich bin ja selbst ein Arbeiter

und weiß also, wie es bei den Arbeitern hergeht. Wie gut könnte sich mancher Arbeiter sein Leben gestalten, wenn nicht der unglückselige Branntwein wäre. „Feuerwasser" nennen es die Indianer! Wie Wasser scheint es den trockenen Gaumen zu netzen und es steckt ein Feuer darin, mächtig genug, dem Genießenden beides, Leib und Seele, zu verbrennen!

Glaube nicht, lieber Leser, daß ich den Branntweingenuß einfach verboten haben will; mit nichten! Ich trinke selbst meinen täglichen Schnaps, aber bei dem einen muß es auch bleiben. In manchen Fabriken, in denen schlechte Luft herrscht, ist der Schnaps meiner Ansicht nach dem Arbeiter dienlich. Ich habe einmal in einer großen Dampfmühle längere Zeit gearbeitet, und habe dabei die Erfahrung gemacht, daß ich mich stets wohl befand, so lange ich Branntwein in kleinen Mengen genoß, sobald ich dieses jedoch unterließ, fühlte ich mich unwohl und hatte große Beschwerden zu erleiden von dem Schleim, der sich dann in der Brust sammelte und festsetzte. Wie machten es aber in dieser Fabrik gar viele meiner Mitarbeiter? Während ich eine kleine Flasche voll mitnahm, um mir genannte Erleichterung zu verschaffen, nahmen andere eine große Flasche voll mit, ja nicht wenige Arbeiter tranken täglich einen halben Liter Branntwein und wohl gar noch mehr. Bei stark erhitzenden Arbeiten, wie sie z. B. die Schmiede vor dem Feuer zu verrichten haben, ist ein Schluck Branntwein vor dem Bier sehr gesund, da das kalte Bier dem überhitzten Körper nicht sehr gut bekommt. Diese Erkenntnis hat schon edeldenkende Arbeitgeber dazu gebracht, den Arbeitern warmen Kaffee oder Haferschleim verabreichen zu lassen, was sehr zu empfehlen ist. Es wäre zu wünschen, daß immer mehr Arbeitgeber zu der Erkenntnis kämen, daß durch diese verhältnismäßig geringe Ausgabe ein sehr großer Segen gestiftet werden kann. In andern Arbeitsräumen, in welchen ich später gearbeitet habe, war gesunde Luft genug vorhanden, das Branntweintrinken hätte also, als zwecklos, unterbleiben können und dennoch wurde hier fast noch mehr getrunken, wie in der erstgenannten Fabrik. Bei solchem Trinken kann es natürlich garnicht ausbleiben, daß einige Leute betrunken sind. Was es aber heißt, mit einem betrunkenen Menschen zusammen zu arbeiten, das weiß jeder Arbeiter; das schlimmste aber bei der Sache ist, daß diese Trunkenbolde ihre Nebenarbeiter häufig zwingen, um des Friedens willen, mitzutrinken. Dieses übermäßige Trinken kostet aber viel Geld, welches vom Lohne abgespart werden muß. Die Hausfrau

kann also am Löhnungstage auch nicht soviel Geld bekommen, wie sie eigentlich zur Haushaltung gebrauchen müßte. Die nächste Wirkung wird sein, daß sie sich in der Wirtschaft einschränken muß, dem Manne also nicht das nötige kräftige Essen liefern kann. Die Frau wird mißmutig, der Mann aber sucht die fehlende Stärkung wieder bei und in der Schnapsflasche und zum Streit und Zank in der Familie ist es dann nur ein winziger Schritt! Doch betrachten wir uns den Branntwein noch etwas näher!

Im deutschen Reiche wurden in den letzten Jahren verausgabt, ganz niedrig veranschlagt, im Durchschnitt per Jahr: Für Bier 1200 Millionen Mark, für Schnaps 600 Millionen und für Wein 300 Millionen Mark. Das macht pro Kopf der Bevölkerung etwa 40 Mark jährlich oder 10—12 Prozent des mutmaßlichen Nationaleinkommens. Es kommen bei uns durchschnittlich 4,7 Personen auf eine Haushaltung und somit entfällt auf jede solche eine Ausgabe von jährlich 188 Mark für alkoholische Getränke. In welchem Verhältniß stehen nun diese Zahlen zu den andern notwendigen Ausgaben? Sie betragen das Doppelte der gesamten etatsmäßigen Ausgaben des deutschen Reiches; das fünffache der Summe, welche uns das deutsche Reichsheer kostet, und das vierfache der Einnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Es wird viel über die Wohnungsnot der „kleinen Leute" geklagt — nun, mit diesen Summen könnten in einem Jahre 670,000 Arbeiterwohnungen zu je 3000 Mark erbaut werden. Es wird viel über die Armenlasten geklagt — nun, das deutsche Volk giebt 1000 mal mehr aus für den Alkohol, als die Staats- und Gemeindebehörden für die gesamte Armenpflege verwenden. Es wird ebenfalls viel über die Kosten geklagt, welche die Arbeiter-Schutzgesetze den Arbeitgebern und den Arbeitern aufbürden — das deutsche Volk giebt aber allein für den Trinkschnaps mehr aus, als die Kosten für sämtliche Krankenkassen, für die Unfall-, die Invaliditäts- und die Altersversicherung und die Kosten für den gesamten öffentlichen Unterricht zusammen betragen. Wer sich dies alles klar gemacht hat, der braucht wahrlich nicht zu fragen: Wo steckt die Blutsteuer, die dem deutschen Volke auferlegt ist?

Die meisten Leute wissen es nicht und viele wollen es auch nicht wissen. Der Alkohol fordert mehr Opfer, als Krieg, Seuchen und Hungersnot zusammengenommen. Durch Wein, Bier und Schnaps werden jährlich 1600 Deutsche zu Selbstmördern, verunglücken 1300, werden 30000 zu Deliranten und Wahnsinnigen, kommen 150000 Schuldige vor den

Strafrichter. Dies alles ist statistisch nachgewiesen; aber ebenso nachgewiesen ist, daß 70 Prozent von allen körperlichen Verletzungen, von Widerstand gegen die Staatsgewalt, 80 Prozent der Verbrechen gegen Sittlichkeit, 50 Prozent aller begangenen Mordthaten dem Alkoholismus entstammen; daß 50 Prozent aller Zuchthäusler, 75 Prozent aller Korrigenden Alkoholisten sind; daß 40 Prozent aller Geisteskranken in den Irrenhäusern und 50 Prozent aller Idioten ihr Leiden der mehr oder minder ausgebildeten Trunksucht verdanken oder von trunksüchtigen Eltern abstammen. Jeder neunte erwachsene Mann geht an den Folgen und Wirkungen des Alkohols zu Grunde. Tausende hoffnungsvolle Jünglinge verbummeln und verlumpen im Kneipenleben. Ein überaus großer Teil der Armut ist auf diese Quelle zurückzuführen. Das alles sind unendlich traurige Wahrheiten, an denen sich nicht rütteln läßt.

Diese wenigen Zahlen erzählen dem nachdenkenden Menschen wohl genug. Wieviel Gutes könnte durch diese Summen wohl gethan werden, die Lage des Arbeiters nachhaltig zu verbessern; gewiß würden dadurch dem Arbeiter andere und bessere Genüsse bereitet werden können, als der augenblickliche Gaumenkitzel und Sinnenrausch des Fusels, der doch nur die Gesundheit des Menschen untergräbt.

Man hört heutzutage gar viel über die Konkurrenz der Frauen- und Kinderarbeit klagen. Das ist zwar schlimm genug für den Arbeiter, denn viele Etablissements beschäftigen fast ausschließlich Frauen und Kinder, weil sie dadurch billigere Arbeitskräfte gewinnen: „denn," so entschuldigen sie sich, „ohne die billige Frauen- und Kinderarbeit sind wir garnicht konkurrenzfähig." Diesem gegenüber könnte man mit demselben Recht behaupten: „Eine Fabrik, die nur durch Frauen- und Kinderarbeit konkurrenzfähig wird, ist überhaupt nicht existenzberechtigt." Warum kann man nicht den Preis der Waaren so hoch stellen, daß dieselben auch für den Arbeiter einen genügenden Lohn abwerfen? Aber wie jedes Ding, so hat auch die Frauen- und Kinderarbeit ihre zwei Seiten. Warum arbeiten doch wohl eigentlich so viele Frauen und Kinder in den Fabriken? Doch wahrscheinlich nicht zum Vergnügen oder Zeitvertreib. Wie wenn der Mann, der natürliche Ernährer der Familie, krank oder gar gestorben ist? oder wenn die Familie so zahlreich ist, daß der Mann sie nicht alleine ernähren kann? Kann man es in solchen Fällen den Frauen und Kindern verübeln, wenn sie auch suchen ihren Unterhalt zu verdienen, und wo wäre dieses leichter als in den Fabriken? Wenn nun aber gar der Mann ein Faulenzer und

Herumtreiber ist, der das Wenige, das er hin und wieder verdient, obendrein versäuft, ist da nicht die Frau zu loben, wenn sie sucht, durch ihren und ihrer Kinder Fleiß das wieder gut zu machen, was der Mann verdirbt? Aus diesem allen erhellt wohl zur Genüge, daß die Frauen- und Kinderarbeit auch ihre Berechtigung hat und wohl schwerlich aus der Welt zu schaffen sein wird, was ja die Sozialdemokraten auch garnicht beabsichtigen; doch davon an anderer Stelle.

Wenn man die Lage des Arbeiters betrachten will, dann muß man ebenfalls auf die Arbeiterwohnungen einen Blick werfen. Wäre es nicht für den Arbeiter, der den ganzen Tag größtenteils in ungesunden Räumlichkeiten seiner Beschäftigung obliegen muß, besonders notwendig, daß er eine geräumige, gesunde Wohnung besäße, in welcher er sich abends von des Tages Last und Hitze erholen könnte? Aber wie traurig sieht es gewöhnlich in diesen Arbeiterwohnungen aus! Hier ist das rechte Feld für wahre Volksfreunde. Schafft dem Arbeiter gute, gesunde Wohnung und ein Teil Sozialpolitik ist damit beschafft! Gar vieles ist in dieser Beziehung gethan worden, sowohl von wohlmeinenden Arbeitgebern als auch von Arbeiterbauvereinen, aber immer noch bleibt viel zu thun übrig. Wenn der Arbeiter eine gute Wohnung besitzt, wird er von selbst häuslicher, vor allem, wenn ihm eine Hausfrau treu zur Seite steht, die es ernst mit ihren Pflichten nimmt.

Ein altes Sprichwort sagt: Eine gute Frau kann leicht einen schlechten Mann bekehren, wenn sie nur versteht, das Haus zum Himmel zu machen. Die Wahrheit dieses Satzes liegt auf der Hand. Einen Haupteinfluß auf die Lage des Arbeiters übt also die Frau aus. Soll der Mann sich in seiner Wohnung wohl fühlen, so muß die Frau dafür sorgen, daß er sein Heim bei seiner Rückkehr von der Arbeit rein und aufgeräumt findet, daß das Essen bereitet ist, damit der Mann es mit Appetit und frohen Mutes verzehren kann, daß ihm bei seiner Heimkehr frohe Gesichter von den Seinen entgegenleuchten. Das müßte doch ein sonderbarer Mann sein, der dann noch das Verlangen fühlen könnte, ins Wirtshaus zu gehen. Aber wie traurig sieht es gerade in dieser Hinsicht in den meisten Arbeiterfamilien aus. Wie wenig Arbeiterfrauen wissen leider, welch wunderbare Gewalt sie durch eine gemütliche Häuslichkeit auf ihre Männer ausüben können! Ach, daß doch allen Frauen, hoch und niedrig, endlich die Erkenntnis von dem Werte einer solchen Häuslichkeit kommen möchte! Wie steht es mit der Gesundheitspflege in den Arbeiterkreisen? Wird da das Nötige gethan?

Ich sage: Nein! Wohl hat uns das Krankenkassengesetz viel Gutes gebracht. Aber trotz alledem tritt bei den Arbeitern bald zur Krankheitsnot die Geldnot. Um dieser letzteren Not Abhilfe zu schaffen, wäre es ja sehr zweckmäßig, eine sogenannte Hilfs- oder Ergänzungskasse anzuschaffen. Aber wovon bei unserer Armut bezahlen? werdet ihr mich fragen. Ja Armut! Woher kommt denn bei so vielen die Armut? Die Sozialdemokraten sagen dazu: „Die Armut in der Welt ist den unvollkommenen und erbärmlichen gesellschaftlichen Einrichtungen zuzuschreiben!" Das ist geschrieben und muß also wahr sein, denkt mancher Arbeiter, der den Satz liest. Ich will Dir doch lieber noch etwas anderes sagen, welches auch gedruckt steht und also auch wahr sein muß; ich greife aber diesmal nach Fritz Reuters Werken. Da sagt der alte biedere mecklenburgische Landmann Zacharias Bräsig, oder wie wir ihn gemeiniglich nennen Onkel Bräsig in einer Versammlung seines berühmten Rahnstädter Reformvereins: „Die große Armut in der Stadt kommt von der großen Poverteh her!" Wieviel Wahres liegt nicht in diesen Worten jenes alten derben Landmanns! Lieber Arbeiter, sieh Dich doch einmal um im Kreise Deiner Mitarbeiter, ob nicht mancher Arbeiter seine übergroße Armut nur sich selbst zu verdanken hat. Wie mancher Arbeiter hat garnicht gelernt, sich nach seiner Decke zu strecken und wie manche Arbeiterfrau verschwendet das Wenige, welches der Mann sauer verdient, in Putz und Luxus. So lange Geld im Hause ist, wird flott darauf los gelebt, aber bevor noch die Woche zu Ende geht, ist „Johann Knapp" Küchenmeister geworden. (Solches gilt leider auch für andere Stände.) Statt am Sonntag bei seiner Familie zu bleiben, geht wohl gar der Mann ins Wirtshaus und kehrt erst spät abends betrunken nach Hause, dann liegt er am Montag krank im Bett und zu dem Schaden, den der Sonntag gestiftet, kommt nun noch der geringere Wochenlohn. Wo soll bei solcher Armut noch etwas für Hilfskassen übrig bleiben? Das ist freilich auch mir ein Rätsel, aber wer ist an solcher Armut schuld? Hast Du nie daran gedacht, lieber Arbeiter, durch Deine Lebensweise und häusliche Einrichtung dieser Krankheit entgegen zu arbeiten? Über Hygiene und Gesundheitspflege sind schon viele Bücher geschrieben, aber welcher Arbeiter liest sie? Wie lange wird es noch dauern, bis die rechte Kenntnis der Gesundheitspflege bis in die breitesten Schichten der Arbeiterbevölkerung gedrungen ist?!

II. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Soll das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein erträgliches sein, so muß von beiden Seiten alles das vermieden werden, was auf der andern Seite verletzen muß. Der Arbeitgeber muß in dem Arbeiter nicht so sehr den Untergebenen sehen, der auf einer viel niedrigeren Stufe steht und dem man einfach seine Arbeit bezahlt, um mit ihm fertig zu sein. Er muß vielmehr suchen, den Menschen und und Mitarbeiter in ihm zu ehren. Der Arbeitgeber darf nicht aus Habsucht dem Arbeiter den Lohn zu niedrig bemessen; denn ein schlechtbezahlter Arbeiter hat noch nie gut gethan! Gottlob, wohlwollende Arbeitgeber hat es stets und zwar in nicht geringer Zahl gegeben; möchten sich noch immer mehr finden, die den gegebenen Beispielen nachfolgen wollten! Es ist schon sehr viel von wohlwollenden Arbeitgebern für die Arbeiter gethan worden. Ich nenne da: Arbeiterwohnungen, Konsumvereine, in denen der Arbeiter seine Waren billig und gut erhalten kann, Suppenanstalten oder Volksküchen, Kaffeeschenken, Arbeiterbibliotheken und Lesezimmer, in welchen der Arbeiter um ein Billiges wirklich gute Sachen zu lesen bekommt, aus denen er etwas lernen kann, oder die ihm Anregung für Herz und Gemüt verschaffen. Es wäre großes Unrecht, wollte der Arbeiter nicht anerkennen, daß in den letzten Jahren in dieser Richtung von den Arbeitgebern ein ganz Bedeutendes geleistet worden ist. Wohl giebt es noch manche Fabrik, in welcher noch lange nicht alles ist, wie es sein könnte; aber, lieber Arbeiter, bist Du auch immer, wie Du sein sollst? Haben die Arbeiter auch stets den Arbeitgebern in rechter Weise ihre Sorgen und ihre Opfer zu danken gewußt? Soll Friede zwischen den Parteien sein, dann müssen sich die Parteien auch notwendig mit Vertrauen begegnen!

Wohin es führt, wenn das nötige Vertrauen fehlt, das haben uns die Streiks der letzten Zeit recht eindringlich gelehrt. Wäre man doch stets beim Ausbruch von Lohnstreitigkeiten des Sprichworts eingedenk: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß!“ Wie geht es aber meistens bei solchen Bewegungen? Die Thatsachen lehren uns, daß die ruhigen und besonnenen Elemente sofort zurückgedrängt werden, um den Schrei- und Prahlhälsen den Platz zu räumen und ehe sich's die Arbeiter versehen, ist die Hetze in vollster Blüte. Führer, die es

mit ihren Genossen gut meinen, werden sich hüten, einen Streik vom Zaun zu brechen. Selbst August Bebel, dem man sonst gerade kein zu ruhiges Temperament nachrühmen kann, hat im Reichstag zugestehen müssen, daß die Streiks eine gefährliche, zweischneidige Waffe seien. Ein Streik lastet schwer auf beiden Seiten, aber dennoch wird der Arbeitgeber kaum soviel darunter zu leiden haben, als der Arbeiter selbst, weil jenem das nötige Kapital zur Verfügung steht. Dadurch hält aber der Arbeitgeber das Heft in den Händen; er kann den Streik beenden, wann es ihm beliebt, indem er nachgiebt oder nicht; der Arbeitnehmer aber muß gefälligst warten, bis es dem Fabrik- oder Arbeitsherrn gefällt. Das ist nicht recht! werdet Ihr entgegnen, schon oft sind jene Herren gezwungen worden, den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Schon gut; aber weshalb geben sie denn nach? Jedenfalls doch nur, weil ihnen ihre Berechnungen sagten, es wird dennoch etwas verdient.

Nun fragt aber auch einmal jene siegreichen Streikenden, wie es mit ihrem Gewinn steht! Wollen jene Arbeiter aufrichtig sein, dann werden sie mir zugestehen müssen, daß sie trotz des hohen Lohnes jahrelang sparen müssen, um den während des Streiks erlittenen eignen Schaden zu decken. Wie nun aber, wenn einmal ein Streik verloren geht? Dann hat der Arbeiter alles zugesetzt und befindet sich mit Weib und Kind dem größten Elend preisgegeben. Wird der gewissenhafte Familienvater aber in solch zweifelhafter Lotterie spielen wollen? Wer es also aufrichtig mit dem Arbeiter meint, der wird ihn nie zum leichtsinnigen Spiel mit solch gefährlicher Waffe auffordern können. Also müssen wohl auch jene sozialdemokratischen Hetzapostel einen andern verborgenen Grund haben zu solch frevelhaftem Thun. Um diese verborgenen Gründe aufzudecken, darf man sich nicht durch ihre Worte bestechen lassen, sondern ihr Thun und Treiben einmal ordentlich und eingehend betrachten. Die erste Forderung, welche diese sozialdemokratischen Hetzapostel aufstellen, ist die Gründung eines Verbandes, um durch diesen den Lohn der Arbeiter zu verbessern und sich gegenseitig in Streitigkeiten zu unterstützen. Nun muß jedes Mitglied wöchentlich seinen Verbandsbeitrag leisten; die so gewonnenen Gelder fließen in die Centralkasse. Werden nun in einer Fabrik mehrere Arbeiter einig, daß sie entweder mehr Lohn oder kürzere Arbeitszeit haben wollen, dann werden sämtliche Arbeiter zu einer Versammlung berufen und nachdem gehörig gegen den Arbeitgeber gehetzt worden ist, wird endlich der Beschluß gefaßt, einen

neuen Lohntarif einzureichen. Von nun an aber nimmt der Verband oder Fachverein die Sache in die Hand, für die Arbeiter aber giebt es von dem Augenblicke an kein Zurück mehr, sondern nur blinden Gehorsam. Mit dem sozialdemokratischen Freiheitsbegriff ist es nämlich so ein ganz eigen Ding! Zahllose Vorgänge im Verlaufe der letzten Jahre haben die Wahrnehmung bestärkt, daß die sozialdemokratische „Freiheit" identisch ist mit dem sozialdemokratischen „Parteiterrorismus", der auch im eigenen Lager all und jedes individuelle Handeln und Denken mit eisernen Klammern einschnürt. In keiner Partei der Gegenwart wird in ähnlicher Weise ein bedingungsloses Aufgeben des eigenen Willens und der eigenen Meinungsfreiheit verlangt, als gerade von den Sozialdemokraten. „Wer nicht gehorcht, der fliegt hinaus", hat Liebknecht gesagt und danach hat sich jeder zu richten. Der Fachverein reicht den Lohntarif an den Arbeitgeber ein und falls dieser nicht nach ihrer Pfeife tanzen will, müssen die Arbeiter streiken. Jetzt müßte die Verbandskasse in den Riß springen. Doch sowie die Arbeiter bei derselben Unterstützung verlangen, zeigt sich, was bis dahin geflissentlich verheimlicht wurde, daß die Verbandskasse nicht über genügende Mittel verfügt. Nun werden Sammelbogen aufgestellt und überall bei allen Arbeitern, einerlei, ob sie zum Verband gehören oder nicht, Geld zur Unterstützung der Streikenden gesammelt. An jedem Streik sind aber stets einige Nichtverbandsmitglieder beteiligt. Man zwang sie dazu, nicht so sehr durch Gewalt, denn das wäre ja strafbar (und doch sind auch solche Fälle nicht selten) als vielmehr moralisch. Darum sollte man es doch auch für billig halten, daß auch ihnen aus dem gesammelten Geld Unterstützung zu teil würde. Aber fehlgeschossen! Diese armen Menschen können sehen, wie sie in solch traurigen Zeiten selbst fertig werden. Die gesammelten Gelder werden nur unter die Verbandsmitglieder verteilt. Warum verteilt man denn nicht, wie es doch gerecht wäre, das gesammelte Geld unter alle Streikenden und giebt den Verbandsmitgliedern je nach Bestand der Verbandskasse größere oder kleinere Zuschüsse? Ja, lieber Leser, das ist ja eben des Pudels Kern! Dann würde ja alle Welt sehen, wie es mit dem Inhalt der Verbandskasse bestellt ist. Dieser Einblick muß aber doch wohl gewissen Herren nicht sehr erwünscht sein, sonst würden sie doch nicht so sehr bemüht sein, alles, was die Kasse betrifft, in undurchdringliche Nacht zu hüllen. Oder ist es nur der Arbeitgeber wegen, daß man niemals etwas von einer genauen Abrechnung der Sammelbogen zu hören bekommt? Daß bei

solchen Vereinsduseleien viel Schwindel passiert, liegt auf der Hand. Mir sind Fälle bekannt, in welchen die Streikenden nicht den vierten Teil von dem bekamen, was ihnen vorher versprochen worden war. Aber die Herren vom Vorstand, durch deren Hände die Parteigelder flossen, saßen tagein tagaus, solange nur der Streik anhielt, im Vereinslokal und vertrieben sich ihre kostbare Zeit mit Kartenspiel; da das aber doch zu trocken wurde, so mußten die Herren Schnaps und Bier trinken; das Trinken macht auch nicht allein satt, schließlich verlangt der Magen doch auch mal etwas Festes; wer kann es da den Herren verdenken, wenn sie sich auch etwas Schönes auftischen ließen. Das ist ja nun ganz gut und schön und den Herren wohl zu gönnen, wenn nur ihr Appetit gut gewesen. Ich habe mich aber doch fragen müssen: Wer muß das bezahlen? Ich nicht, auch nicht von anderen gehört, daß diese es gethan, wohl aber vernommen, daß die Herren meistens vor Ausbruch der Streiks wenig oder gar keine Ersparnisse hatten. Die Beantwortung meiner Frage kann ich ruhig jedem Denkenden überlassen; ich will nur bemerken, daß die Streikenden wöchentlich 3—5 Mark Unterstützung erhielten, anstatt der versprochenen 15 Mark. Noch sonderbarer und rätselhafter wird es klingen, wenn ich sage: Es sind Fälle vorgekommen, daß einzelne solcher Vorstandsmitglieder erst nach einem mißlungenen Streik auf einen grünen Zweig gekommen sind. Nur in den seltensten Fällen tritt diese Erscheinung so offenkundig zu tage, daß die Behörden sich damit beschäftigen können; aber so ganz selten ist es doch nicht passiert, daß Sozialdemokraten von den eigenen Genossen denunziert worden sind, das Geld, welches sie für notleidende Genossen mittels Sammelbogens zu wege brachten, für sich selbst verbraucht zu haben. Nur den einen Fall aus den vielen will ich erwähnen, wo der sozialdemokratische Zeitungsredakteur die Gelder unterschlug, welche er für die Familien der nach seiner Behauptung unschuldig verurteilten Genossen Schröder u. s. w. gesammelt hatte.

Es giebt kaum ein Gewerbe, für welches nicht irgendeine Vertrauensperson oder Lohnkommission im sozialdemokratischen Hauptorgan den Anspruch erhebt, der Zentralpunkt zu sein, durch welchen auf dem Wege der Arbeitseinstellung höhere Lohnsätze zu erzielen sind. Töpfer, Maler, Instrumentenmacher, Konfektionsarbeiter, Holzarbeiter u. s. w., sie alle sollen des Segens teilhaftig werden, welchen die gewerkschaftliche Organisation zu vermitteln sich anheischig macht. Gerade die Überfülle von Streikdrohungen ist es, welche das Vorgehen der Führer der sozial-

demokratischen Gewerkschaftsbewegung verdächtig macht. Ich zweifle nicht daran, daß auch in diesem Jahre von seiten der Sozialdemokratie einige Arbeitseinstellungen inszeniert werden, und es ist darum angezeigt, die Verantwortlichkeit dieser Partei für dieselben unzweifelhaft festzustellen, im großen und ganzen aber dürfte die Bewegung nur das Ziel verfolgen, die Arbeiter in die notleidenden Gewerkschaften hineinzutreiben. Es ist längst bekannt, daß „die Motten" in die Gewerkschaften geraten sind, und daß es mit denselben statt vorwärts bedenklich rückwärts geht. Da ist dann die Aussicht auf Erlangung besserer Lohnbedingungen ein bequemes Mittel, um Propaganda zu machen, zumal es den Vorteil finanzieller Wirksamkeit besitzt. Durch die Einrichtung der Streikmarken und Streikkarten ist es dem Arbeiter ja so ungeheuer bequem gemacht, sein Geld pfennig- und nickelweise an die Organisation los zu werden. So hofft man, die Ebbe in den Gewerkschaftskassen zu beseitigen. Es handelt sich also reinweg nur um eine Spekulation auf die Taschen der Arbeiter.

Haben die Sozialdemokraten mittels ihrer Gewerkschaft und deren Anhänger die Mehrzahl der Arbeiter einer Fabrik auf ihrer Seite, dann wird mit den nichtsozialdemokratischen Arbeitern kurzer Prozeß gemacht; dieselben sind von nun an den brutalsten Drangsalierungen ausgesetzt. Insbesondere thun sich hierbei die organisierten Arbeiter auf das Unrühmlichste gegen die nichtorganisierten, die persönliche Freiheit liebenden Mitarbeiter hervor. Wie häufig kommt es doch vor, daß diese freiheitliebenden, für gleiches Recht strebenden Arbeiter einfach erklären: Mit diesen nichtorganisierten Arbeitern wollen wir nicht zusammen arbeiten, darum müssen sie entlassen werden, sonst streiken wir. Hast Du mich nun verstanden, lieber Leser, und giebst Du mir nun Recht, daß es den Sozialdemokraten garnicht um das eigentliche Wohl der Arbeiter zu thun ist, sondern nur um ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke? Den sozialdemokratischen Agitatoren ist ein verlorener Streik viel lieber, als ein gewonnener! Denn der verlorene Streik hinterläßt stets einen tiefen Groll gegen den Fabrikherren und diesen Groll wissen die Sozialdemokraten nicht nur zu entfachen, sondern auch zu nähren. Das Unglück der Arbeiter muß also den Sozialdemokraten dienen und nicht diese den unglücklichen Arbeitern! Es gilt vor allen Dingen, die Massen unzufrieden zu machen; denn die Sozialdemokratie ist ja, wie ihre Führer selbst gesagt haben, „die Partei des objektiven Hasses!"

III. Die Sozialdemokratie in der Theorie und in der Praxis.

Die heutige Sozialdemokratie stammt aus dem Anfang der sechziger Jahre und der Vater derselben ist Lassalle. Wer war Lassalle? Lassalle war ein geborener Breslauer und stammte von jüdischen Eltern. Neben einem großen Vermögen besaß er einen noch größeren Ehrgeiz. Da er nun glaubte, unter dem damaligen Regimente es nicht zu dem richtigen Glanz und Ansehen bringen zu können, so versuchte er es einmal, wie schon so mancher derartige Charakter vor und nach ihm gethan, mit den niederen Klassen und sprach: „Ich will ein Licht anzünden, welches die ganze Welt in Brand setzen soll!" Er betrachtete die ganze Sache weniger als Gewissenssache, als vielmehr als Sport, den er sich als reicher Mann erlauben könnte; wenigstens urteile ich so nach seiner Äußerung: „Man muß dem Mob etwas bieten!" Diese Äußerung giebt viel zu denken und zeugt am besten davon, wie Lassalle eigentlich über die Arbeiter dachte; denn unter „Mob" ist doch nur ein zusammengeströmter, urteilsloser, zu allerlei Excessen geneigter Pöbelhaufe zu verstehen. Im Jahre 1863 erschien Ferdinand Lassalle's Schrift: „Bastiat-Schulze", in welcher er das große Wort aussprach: „Ich schreibe jede Zeile mit der ganzen Bildung meines Jahrhunderts!" Was ist die „ganze Bildung des Jahrhunderts"? Sind darin vielleicht die sozialdemokratischen Schmutzzeitungen mit einbegriffen, die man als geistige Nahrung für uns Arbeiter für gut genug hält? Besaß etwa Ferdinand Lassalle das Monopol auf Bildung? Er ist doch auch kein Original, sondern hat ein Werk nur fortgebaut, welches andere vor ihm begonnen hatten. Ich will hier nur den Franzosen Louis Blanc nennen, der in den vierziger Jahren in Paris die Lösung der Arbeiterfrage durch Errichtung von Nationalwerkstätten herbeiführen wollte. Diesen Gedanken konnte Louis Blanc ausführen, als er durch die Februar-Revolution 1848 zeitweilig ins Ministerium gelangte. Freilich war die Ausführung nicht ganz nach seinem Sinne; jedoch das klägliche Ende dieses Versuches verurteilt dennoch die Idee. Lassalle konnte seine Pläne nicht zu Ende führen; denn sein Wirken fand ein jähes Ende durch ein Pistolenduell, welches er wegen einer nicht ganz sauberen Geschichte zu bestehen hatte. Während dessen arbeitete sich eine andere Richtung unter Führung des Schriftstellers Liebknecht und des Drechslers August Bebel an die Oberfläche, die sogen. Marx'sche Richtung, welche

von derjenigen Lassalle's bedeutend abwich. Bei allen Schwächen, welche Lassale besaß, muß man an ihm doch stets seinen Patriotismus und seine deutsche Gesinnung rühmen. Die Marxisten dagegen kennen kein Vaterland und keine Liebe zu demselben. Vaterland und Nationalität sind ihnen nur leere Worte ohne Inhalt. Bei ihnen gilt nur die Internationale. Den Anhängern der beiden sozialistischen Richtungen wurde bald klar, daß nur Einigkeit stark macht; deshalb schlossen sie ein Bündnis. Von diesem Augenblicke an war — zunächst ließ man hiervon freilich recht wenig merken — Ferdinand Lassalle für die Sozialdemokratie abgethan und der vaterlandslose Karl Marx hatte nunmehr die Führung übernommen. Die Sozialdemokratie trieb jetzt vollständig im Fahrwasser der Internationalen! Was ist „Internationale"? fragst Du, lieber Leser! Die Internationale ist diejenige Richtung der Sozialdemokratie, welche die Wörter „Vaterland" und „Nation" aus dem Wörterbuche streichen und statt deren die ganze Menschheit verbrüdern möchte, zum gemeinsamen Kampfe gegen Adel und Bürgertum, oder wie sie sich ausdrücken, gegen Aristokratie und Bourgeoisie und gegen die Kapitalherrschaft. Wie schwer es hält, alle unter einen Hut zu bringen, das haben uns die Parteiversammlungen der siebziger Jahre gezeigt. Zum Beginn der siebziger Jahre war es ein sehr einträgliches Geschäft, sozialdemokratischer Agitator zu sein. Damals war die Blütezeit der sozialdemokratischen Wanderversammlungen. Die Lokale konnten bald die zuströmende Menge der Neugierigen nicht fassen und es wurden Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten. Nach dem Sprichwort: Neue Besen kehren gut, wollte jeder die Apostel des neuen Evangeliums der anbrechenden Zeit hören. Wohl kitzelte es die Ohren des kleinen Mannes, wenn er von dem Redner hörte, wie rücksichtslos und hart er von der bisherigen Regierung behandelt worden und um wie viel besser er es bekommen werde, wenn erst einmal der sozialistische Staat eingeführt wäre. Dann würde ja fast das sagenhafte Schlaraffenland zur Wahrheit und Wirklichkeit werden! Kann man sich da wundern, wenn der Zuhörer am Schluße solcher Rede gern sein Scherflein zur Verwirklichung dieser Träume beitrug? Die sehr ergiebigen Tellersammlungen fanden natürlich nur zur Förderung der Parteizwecke statt; aber das Geld floß doch zunächst in die Taschen des Redners und wer wird es ihm verargen können, wenn er von diesem Schatz zunächst seine Auslagen bestritt? Die Redner verdienten damals in einer Stunde mehr, als der fleißigste Fabrikarbeiter in einer

ganzen Woche. Die Früchte dieser Volksverhetzung aber sollten nicht ausbleiben, am deutlichsten zeigten sie sich in den Attentaten des Jahres 1878 auf unsern greisen Heldenkaiser Wilhelm I. Die Sozialdemokraten leugnen freilich nachträglich jegliche Gemeinschaft mit den beiden Banditen Hödel und Nobiling. Von Hödel können sie nun garnicht loskommen, denn er war einer jener Versammlungsbummler, wie sie die damalige Zeit zu Tausenden züchtete, einer jener innerlich haltlosen, moralisch verkommenen Charaktere, deren ödes Gehirn für Reden der Herren Most, Hasselmann und Konsorten so überaus empfänglich war. Auch müssen die Sozialdemokraten zugeben, daß er zu ihrer Partei gehört, bis sie ihn wegen bewiesener Schlechtigkeit aus dem Verbande ausstoßen mußten, wann und weshalb dieses geschah, hat bis heute noch keiner erfahren: und dies ist ein zweiter Grund dafür, daß Hödel zu den Sozialdemokraten gehörte.

Bei Nobiling fand man viele sozialdemokratische Schriften vor. (Seine tägliche Lektüre bildete der Leipziger „Volksstaat", die Dresdener „Volkszeitung" und der Berliner „Sozialdemokrat".) Durch diese hat er sich, wie aktengemäß feststeht in die verworrene, verzweifelte, menschen- und gesellschaftsfeindliche Stimmung hineintreiben lassen, in welcher er seine Unthat ausführte. In Wahrheit gehörte er mit Herz und Seele der Sozialdemokratie an, wenn er sich auch nicht den Mitgliedsschein der Partei gelöst haben mag. So ist es aber stets bei den Sozialdemokraten gewesen: zuerst wird der Menge durch verhetzende Reden der Kopf warm gemacht und wenn dann die Verführten Excesse begehen, dann werden sie von der Partei verleugnet, diese Entdeckung kann man bei allen Radauversammlungen machen. Wenn aber dieselben Radaubrüder bei der Wahl ihre Stimmen zu gunsten der Sozialdemokraten abgegeben haben, dann heißt es den anderen Tag in ihren Zeitungen: „Habt Ihr ihn gehört, den ehernen Schritt der Arbeiterbataillone, wie die Zielbewußten so kühn ihre Stimme abgaben für die gute Sache der Sozialdemokratie?!"

Die Folge der beiden Attentate war die Auflösung des Reichstages und dementsprechende Neuwahl am 20. Juli 1878. Am 19. Oktober desselben Jahres nahm der Reichstag mit 221 Stimmen gegen 149 das sogen. Sozialistengesetz an, welches am 1. Oktober 1890 außer Kraft getreten ist. Gegen dieses Gesetz hat die Sozialdemokratie förmlich gewütet. Gleiches Recht für alle! ist ihre Forderung. Wie leben denn nun aber die Sozialdemokraten nach dieser Forderung? Fast auf

allen Parteitagen, welche die Sozialdemokraten abgehalten haben, sind unter ihren Genossen stets einige gewesen, welche nicht mit allem einverstanden waren, was die Parteileitung vorschlug oder schon gethan hatte, vielmehr eine andere Ansicht sich erlaubten, wie die Führer. Suchte man nun jene Schwerfälligen etwa durch die Macht der Rede oder der Beweise zur besseren Einsicht zu bringen? Nein, man schloß sie einfach aus der Partei aus! Häufig zeigte man ihnen dabei noch in sehr handgreiflicher Weise, wo der Zimmermann das Loch gelassen! Diese Handlungsweise verteidigt der Sozialdemokrat Kuhnert in Berlin mit folgenden Worten: „Jede Gesellschaft, heiße sie, wie sie wolle, welche sich ihre eigenen Gesetze giebt, muß sich im Interesse der Selbsterhaltung das Recht wahren, schädliche Elemente zu exkludieren". Giebt es wohl einen bessern Verteidiger des Sozialistengesetzes als Herrn Kuhnert? Dasselbe Recht, welches jede Gemeinschaft für sich beanspruchen kann, muß man doch erst recht einem geordneten Staatswesen von 50 Millionen Glieder einräumen.

Im Jahre 1889 versammelten sich die sozialdemokratischen Führer aus allen Ländern der Erde, in welchen es damals Sozialdemokraten gab, zu einem internationalen Arbeiterkongreß in Paris. Hier überboten sich die einzelnen Delegierten im Großprahlen. Bebel und Liebknecht nahmen den Mund zuerst sehr voll und rühmten die straffe Organisation der deutschen Arbeiterbataillone, welche willenlos ihren Befehlen unterthan wären. Französische, englische und andere Delegierte versicherten dasselbe von ihrem Anhang. Nachdem man sich so gehörig belogen, wurde beschlossen, um der Welt zu zeigen, welche Macht die Arbeiter besitzen, einen Weltfeiertag einzuführen. Der 1. Mai 1890 sollte als Weltfeiertag begangen werden, als Beginn der Achtstundenbewegung. Den besitzenden Klassen sollte dieser Weltfeiertag den nötigen Schrecken einjagen und den Arbeitern sollte er Mut zu neuen, größeren Thaten geben. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" so schlossen die kommunistischen Manifestationen. Die Arbeiter sollten jetzt den Beweis erbringen, daß ihre Vereinigung eine Thatsache ist, und daß sie ihre gesammelten Kräfte an eine Forderung setzen wollen, welche der Mehrheit der selbständig denkenden Arbeiter bis jetzt als eine Lächerlichkeit erscheint. Wer könnte eine Arbeitszeit für ernsthaft nehmen, die für jede Art der Thätigkeit, gleichviel, ob leicht, ob schwer, ob in der Stickluft des Bergwerks oder auf luftigem Baugerüst, ob Muskel und Nerven anspannend und aufreibend oder mühelos und mechanisch ist, gleich lang

und gleich kurz sein soll! Die Achtstundenarbeit hat gewiß für manche Berufszweige ihre volle Berechtigung, aber gewiß nicht für jede Beschäftigung, zumal ja die andere Hauptforderung der Sozialdemokraten ist: Neben achtstündiger Arbeitszeit auch für alle gleicher Lohn! Bei solcher Gleichheit würden doch nur die Dummen und die Narren sich mit der schweren Arbeit abgeben, die Klugen würden selbstverständlich nur die leichte und gesunde Arbeit aufsuchen. Kann nach diesen Ausführungen die achtstündige Arbeitszeit der eigentliche Kern des Weltfeiertages sein? Ganz entschieden nicht! Es galt nur den wirklichen Endzweck der Kundgebung zu verhüllen. Die achtstündige Arbeitszeit war nur die Lockpfeife, der Köder, um möglichst viele Teilnehmer für jene großartige Demonstration zu gewinnen. Der wirkliche Endzweck jenes Weltfeiertags war, wie Schippel sagte: „Durch das Machtwort der Arbeiter alle Maschinenräder zum Stillstehen zu zwingen!“ Es sollte nur eine Kraftprobe sein; man wollte einmal die Bourgeoisie erschrecken durch den „Massentritt der Arbeiterbataillone“; der bestehenden Gesellschaft sollte der Fehdehandschuh ins Gesicht geschleudert werden. Darum auch mußte die Kundgebung an einem Tage in Szene gesetzt werden, der ohnehin nicht schon ein Feiertag war. Nun sieh Dir aber auch einmal die Geschichte von der entgegengesetzten Seite an, lieber Leser! Denke Dir einmal den Fall, sämtliche Arbeitgeber der Welt kämen überein, an einem bestimmten Tage alle ihre Etablissements zu schließen. Würde nicht ein Schrei der Entrüstung durch die ganze Arbeiterwelt gehen? Die Arbeiter dürften, allen Gesetzen hohnsprechend, sobald es ihnen gefiele, feiern und am nächsten Tage wieder an der Arbeitsstätte erscheinen, als wäre nichts vorgefallen? Nennst Du dies auch: „Gleiches Recht für alle?“

Händel, die man weder gesucht noch gewollt hat, müssen einmütig und kräftig zurückgewiesen werden. Sollte also jene frivole Maifeier eine Kraftprobe sein, dann galt es für die Machtgeber auch einmal ihre Kraft und Macht zu zeigen. Gefahr lag im Verzuge. Wäre dieser Weltfeiertag glücklich von statten gegangen, dann hätten die Agitatoren mehr solcher Feiertage oder gar noch Schlimmeres gebracht. Hier war also kein Raum für engherzige Schadenfreude über den Schaden des Nächsten; hier galt es, dem Übermut und dem Rechtsbruch entgegen zu treten, um sich selbst, das Gesetz, die bürgerliche Ordnung, den sozialen Frieden, welchen der Weltfeiertag verhöhnt, zu verteidigen. Was die Agitatoren wohl kaum erwartet, geschah: Die Arbeitgeber thaten sich

zusammen und erklärten einmütig, die Feier nicht dulden zu wollen. Dabei kam ihnen noch die Uneinigkeit im sozialdemokratischen Lager zu Hülfe. Das Berliner Lokalkomitee glaubte, als Hauptstädter voran- gehen zu müssen und erließ deshalb einen Aufruf an die Parteigenossen zur Teilnahme an der Maifeier. Die Herren Liebknecht und Bebel aber fürchteten, die Berliner könnten an die Spitze der ganzen Bewegung treten und ihnen die Zügel aus den Händen entwinden, auch merkten sie wohl schon, daß es mit ihrer gepriesenen Macht nicht so weit her sei, die Maifeier für sie also leicht eine Niederlage werden könnte, darum erklärten sie plötzlich in dem von Liebknecht herausgegebenen Volksblatt: „Der Wächter", daß es nicht einer allgemeinen Blaumacherei bedürfe, sondern daß es zur Erreichung des Zieles genüge, wenn die Arbeiter abends ihre Festlichkeit abhalten würden. Mit dieser Ansicht drangen die Führer auch auf dem allgemeinen deutschen Sozialistenkongreß in Halle durch. So ward denn auf der ganzen Linie im letzten Augen- blick zum Rückzuge geblasen. Von nun an legte man das Hauptgewicht auf die Abendfeier und auf die 2 Millionen Unterschriften zu gunsten der achtstündigen Arbeitszeit. Die Abendfeier haben die Sozialdemokraten gehabt, aber mit den 2 Millionen Unterschriften sind sie gründlich rein- gefallen. Um dieses Fiasko einigermaßen zu vertuschen, wurde es auf einmal erlaubt, daß auch weibliche und nicht wahlberechtigte Arbeiter unterschreiben durften, nur um die angekündigte Zahl zu erreichen. Das war das Ende des großartigen Weltfeiertages!! Aber die Folgen des 1. Mai 1890 wird der Arbeiter noch lange zu fühlen haben; denn durch die Maifeier sind die Arbeitgeber zur Einig- keit gelangt und haben dabei ihre Macht kennen gelernt. Bis dahin hieß es immer: „Wenn nur wir Arbeiter uns einig sind, dann können uns die Arbeitgeber nichts anhaben!" Jetzt heißt es dagegen: „Wenn wir Arbeitgeber einig sind, dann sind die Arbeiter völlig machtlos!"

Diejenigen Arbeiter, welche entschlossen sind, den Kampf bis zur letzten Entscheidung durchzuführen, trösten sich mit dem Sprichworte: Wagen gewinnt, bedenken aber dabei nicht, daß die Fortsetzung lautet: Wagen verliert! Der Solidarität der Arbeitgeber gegenüber wird der Arbeiter stets verlieren. Soll der Arbeitgeber nicht scheel sehen auf das Emporstreben des Arbeiterstandes, ihm Erhöhung des Lohnes und Besserung seiner äußeren Lage gönnen, dann muß der Arbeiter bedenken, daß seine eigene Lage abhängig ist von dem Gedeihen des Unternehmers. Es ist wohl richtig, daß der Arbeitgeber angewiesen ist auf die Leistungen

seiner Arbeiter, aber ebenso unzweifelhaft abhängig ist der Arbeiter seines Unterhaltes willen von seiner Arbeit. Wird die Arbeitsleistung verweigert, so erwächst daraus zunächst dem Arbeitgeber Schaden, zugleich aber auch der Gesamtheit und damit also auch dem Arbeiter selbst. Ohne Arbeit müßte die ganze Menschheit verhungern, auf Arbeit beruht unsere ganze Kultur. Es wäre also frevelnder Übermut, versuchen zu wollen, wer in diesem Kampfe zuerst unterliegen würde. Aber auch schon die beständige Beunruhigung der Unternehmer durch Arbeitsausstände oder bloße Androhung derselben, wirkt schädigend auf die ganze Gesellschaft. Soll die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Arbeiterstandes eine für denselben günstige sein, dann kann es nur allmählig und auf gesetzlicher Grundlage geschehen. Diese Entwicklung durch Kraftproben erzwingen zu wollen, heißt einfach sie verhindern. Wie kein Ding in der Welt läßt sich ebensowenig soziale Verbesserung übers Knie brechen, sondern kann nur schrittweise erfolgen. Daß dieses auch die Mehrheit der Arbeiter einsieht, beweist am schlagendsten die große Lauheit bei Unterzeichnung der Petition für den Achtstundentag. Die Unterschriftsbogen lagen wahrlich lange genug aus und doch bekam man keine genügende Zahl von Unterschriften zusammen. Dies hätte eigentlich doch den Agitatoren ein deutlicher Beweis dafür sein müssen, wie wenig man sich in Arbeiterkreisen für den Achtstundentag interessiert. Dennoch haben sie keine Mühe gescheut, die Zahl der Unterschriften zu vermehren; fast bei den Haaren haben sie uns Arbeiter zur Unterschrift herbeigezogen. In unsere Wohnungen sind sie mit den Bogen gekommen und waren nicht wieder los zu werden. Da haben dann natürlich manche unterschrieben, die es sonst nicht gethan hätten, die einen dachten vielleicht: Es kostet ja nichts, die Mühe ist gering und es könnte möglicherweise doch von Nutzen sein; die andern dachten vielleicht: Mit den Wölfen muß man heulen! und um der eigenen Ruhe willen unterschrieben sie. Allzu gewissenhaft wurde es mit den Unterschriften nicht genommen, denn wer etwa selbst nicht schreiben konnte, durfte Andere damit beauftragen. Ich ziehe hieraus den Schluß: Wenn die Arbeiter sich so sehr für den Achtstundentag interessiert hätten, dann hätte die großartige Agitation gerne unterbleiben können, denn die Arbeiter würden sich in diesem Falle schon von selbst eingestellt haben.

Der Achtstundentag entpuppt sich immermehr als eine von englisch-französisch-deutschen Sozialdemokraten ausgeheckte Agitationsmache zur Durchkreuzung der im Zuge befindlichen ernsten sozialpolitischen Arbeit.

Selbst die sonst radikalen Arbeiter wollen nicht immer von der Achtstundenarbeit etwas wissen. In Frankreich ist die hierüber angestellte Enquete vollständig gescheitert. Mehr als Dreiviertel aller auf die parlamentarischen Vorfragen eingelaufenen Antworten lehnten den Achtstundentag ab. In England haben sich die organisierten Arbeiter schon mehrfach gegen den Achtstundentag ausgesprochen und in Deutschland liegt die Sache ebenso; denn die Arbeiter fürchten die mit der Einführung des Achtstundentages notwendig verbundene Lohneinbuße. Trotzalledem behaupten die Sozialdemokraten immer noch, der Achtstundentag sei notwendig, damit der Arbeiter Zeit gewänne, sich geistig auszubilden. Jawohl, das thäte wohl manchem nötig, aber wieviele thun es denn, die es schon jetzt ganz gut thun könnten? Seht Euch doch einmal die Fortbildungsschulen an. Wenn die Knaben die Schule verlassen und bei einem Meister in die Lehre treten, dann werden sie gehalten, die Fortbildungsschule zu besuchen und doch müssen häufig Lehrlinge bestraft werden, weil sie dem Unterricht fernbleiben. Wenn sie aber erst Geselle oder Gehilfe geworden sind, wie viele denken dann noch an freiwillige Fortbildung? Ich glaube, unter Hundert kaum einer. Was die Sozialdemokraten aber als geistige Ausbildung betrachten, ist sogen. Sozialpolitik. Derjenige Arbeiter, der wie ein willenloses Vieh hinter ihnen herläuft und allenfalls noch ein bischen in Sozialismus schwatzen kann, der ist geistig ausgebildet. Das wirkliche Wissen ist alles Unsinn. Da könnte man doch fragen, woher es komme, daß jetzt bei zehn- und elfstündiger Arbeit noch so Viele Zeit haben, in den Wirtshäusern herumzubummeln? Ist das vielleicht auch „geistige Ausbildung“? Wenn die Sozialdemokraten nicht endlich einmal dem Alkohol energisch zu Leibe gehen, dann kann ich nicht die Befürchtung unterdrücken, daß mit der verkürzten Arbeitszeit und gleichem Lohn nur ein erhöhter Wirtshausbesuch eintreten wird. Alles Elend auf die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse schieben hieße die Notwendigkeit der Selbsterziehung leugnen. *Die Selbsterziehung ist die wahre Grundlage aller Reform des Lebens!* Ich zweifelte ja daran, daß die durch verkürzte Arbeitszeit gewonnenen Stunden ausschließlich zur geistigen Ausbildung benutzt werden würde und weiß sehr wohl, daß mich dafür Bebel, Liebknecht, Schippel u. s. w. verachten werden, weil ich den sozialdemokratischen Mustermenschen in ihnen beleidigte. Ich kenne aber doch den Arbeiter, auf den sie es doch in erster Linie abgesehen haben, besser wie die Herren Geschäftssozialisten.

Ich bin nicht blind gegen alle seine Schwächen und weiß nur zu gut, daß es keine vollkommenen Menschen giebt. Übrigens haben die Herren schon ihren Meister, oder richtiger gesagt, ihre Meisterin gefunden. Auf dem Parteitage in Halle verlangte schon ein überspanntes Frauenzimmer, Frau Steinach aus Gera, aus Gesundheitsrücksichten den sechsstündigen Arbeitstag. Wie lange wird es wohl dauern, bis die Herren ausfindig machen, die Arbeit sei überhaupt ungesund? An und für sich kann man es ja gewiß dem Arbeiter nicht verdenken, wenn er sich nach kürzerer Arbeitszeit, die ja gleichbedeutend mit „besseren Tagen“ wäre, sehnt; aber die Hauptsache ist, daß die sozialdemokratischen Agitatoren ihnen vorgeschwatzt haben und dies noch immer thun, daß die Achtstundenarbeit einen größeren Verdienst mit sich bringeu wird. Es wird von den Sozialdemokraten behauptet: „Wenn der Achtstundentag eingeführt wird, muß der Fabrikant, um dieselbe Arbeit zu beschaffen, anstatt vier nunmehr fünf Arbeiter einstellen, es müßte bald ein Mangel an Arbeitskräften eintreten; der Fabrikant würde nun jegliche Lohnforderung bezahlen müssen. Kann man sich da noch wundern, wenn manche Arbeiter denken: Hilft es nichts, so schadet es doch wohl auch nichts! und nun jene berüchtigten Bogen unterschrieben? Wir haben ja heutzutage auch schon mitunter achtstündige Arbeitszeit und stellenweise wohl noch gar weniger. Ich denke an die Werften und Fabriken, die wenig Bestellungen empfangen. Um nun ihre Arbeiter nicht gänzlich zu entlassen, verkürzen sie die Arbeitszeit; freilich gelingt ihnen dies niemals zur Zufriedenheit der Arbeiter! Da sollte man einmal einen Bogen auslegen und den Arbeitern sagen: Wenn ihr diesen Bogen unterschreibt, dann wird die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Hei, würden sich da die Arbeiter herzudrängen und das ganz ohne Volksversammlung und Agitation: in kürzester Zeit würde der Bogen mit Namen bedeckt sein! Normalarbeitstag ist Normalunsinn! Denkt Euch einmal den Fall: Ein Bauernknecht dürfe täglich nur 8 Stunden arbeiten, was sollte dann wohl überhaupt bei den Bauern gemacht werden, denn 4—5 Stunden verbringt der Knecht ja allein mit Füttern und sonstigen Stallarbeiten. Wann sollte dann wohl das Land gepflügt werden? Würde der Bauer unter solchen Verhältnissen bei schlechter Witterung sein Heu nnd Korn unter Dach bringen können? Denken wir nun aber einmal an die von den Sozialdemokraten mitgeforderte Sonntagsruhe! Sollten auch wohl am Montag des Bauern Pferde arbeiten können, nachdem sie den Sonntag

wegen der Sonntagsruhe der Knechte hätten hungern müssen? Also behaupte ich nochmals: Der Achtstundentag mit allem, was drum und dran hängt, ist ein kolossaler Blödsinn, der nur von gewissenlosen Agitatoren aufgebracht worden ist, um das Volk gegen die heutige Gesellschaftsordnung zu hetzen. Die Achtstundenbewegung ist aber auch darum ein Unsinn, weil heute kein Industriezweig infolge der großen Konkurrenz imstande ist, den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zu bieten, ohne sich selbst zu Grunde zu richten. Um also dem Arbeiter seinen Lohn erhöhen zu können, müßten sie ihre Waren im Preise um so viel steigern, damit wäre ja aber auch sofort die Wirkung der Lohnerhöhung aufgehoben. Ohne diese Lohnerhöhung aber könnte wiederum kein Arbeiter mit der achtstündigen Arbeitszeit existieren.

Zugleich mit der achtstündigen Arbeitszeit fordert die Sozialdemokratie Aufhebung der Akkordarbeit. „Akkordarbeit ist Mordarbeit"; denn sie dient nur dazu, dem Unternehmer billigere Arbeit zu schaffen, zugleich aber auch die Herstellungszeit zu verkürzen; denn im Akkord wird bedeutend mehr Arbeit fertig gebracht als sonst. Das letztere darf aber nicht sein; denn nach der Ansicht der Sozialdemokraten soll nämlich möglichst wenig Arbeit fertig gestellt werden, um so den Arbeitgeber zu zwingen, mehr Arbeiter einzustellen. Wir treffen hier wieder auf dieselbe Rechnung wie bei der achtstündigen Arbeitszeit. In Arbeiterkreisen sind die Meinungen über Akkord- und Lohnarbeit sehr geteilt. Je nach der individuellen Auffassung oder den etwa schon gemachten Erfahrungen neigen die Arbeiter dem einen oder andern Lohnsystem zu. Recht werden nur diejenigen in diesem Streite bekommen, welche ohne Vorurteil von Fall zu Fall, je nach der Art der Arbeit oder den sonstigen Begleitumständen ihre Entschließungen fassen und im übrigen dazu beitragen helfen, daß jedem Arbeiter ein genügender Lohn zu teil werde. Alles andere ist graue Theorie! Im großen ganzen wird mir jeder Arbeiter zugeben, daß wir Arbeiter, auch die sozialdemokratischen Genossen, sehr gerne in Akkord arbeiten. Warum? Weil wir eben dabei mehr verdienen und das ist doch stets das letzte Ziel jedes Menschen. Selbst unsere sozialdemokratischen Nebenarbeiter, welche in ihren Versammlungen das große Wort führen und jeder Resolution gegen die Akkordarbeit zujubeln, klagen gleich, wenn sie einmal einige Zeit in Lohn gearbeitet haben, über schlechte Zeiten. Nichts kann diese Leute mehr ärgern, als wenn sie zufällig in Lohn arbeiten müssen, während ihr Nebenarbeiter gerade Akkord hat.

Es ist schon oft darüber geklagt worden und von anderer Seite darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten stets Schiffbruch leiden, sobald sie ihre Theorie in Praxis umsetzen sollen oder wollen. In geschäftlicher Beziehung sind sie nicht besser, wie die von ihnen so oft geschmähten Bourgeois; ja manchmal übertreffen sie dieselben noch. Es ist eine eigentümliche Thatsache, daß die Sozialdemokraten, die so sehr für die achtstündige Arbeitszeit und Aufhebung der Akkordarbeit agitieren, in ihren eigenen Betrieben und deren giebt es ja jetzt eine ganze Menge (Zeitungsdruckereien, Bäckereien, Konsumgeschäfte u. s. w.) doch nicht die achtstündige Arbeitszeit eingeführt haben; ja es wird stellenweise noch gar über 10 Stunden gearbeitet, die doch augenblicklich die eigentliche Normalarbeitszeit sind, ja in einigen Geschäften bis zu 18 Stunden. Ebenso hat die Sozialdemokratie auf viele im Privatbesitz befindliche Arbeitsstellen als Arbeitgeberin einen solchen Einfluß, daß es nur eines Winkes bedürfte, um alle durchführbaren Wünsche zu verwirklichen. Ist also die Sozialdemokratie wirklich, wie sie stets beteuert, Gegnerin der Akkordarbeit, so müßte doch in allen der Partei gehörenden oder doch von derselben abhängigen Instituten und Arbeitsstätten außer dem achtstündigen Arbeitstag nur Lohnarbeit eingeführt sein. Doch prosit die Mahlzeit! Die Geschichte sieht in Wirklichkeit etwas anders aus. Bereits auf dem vorjährigen Parteitage in Frankfurt a. M. wurde ein Antrag angenommen, in welchem verlangt wurde: „In allen Druckereien, in denen Parteiblätter hergestellt werden, ist die Akkordarbeit abzustellen, denn Akkordarbeit ist Mordarbeit!" Wie so viele andere Beschlüsse dieser sozialdemokratischen Parteitage, die nur von Jahr zu Jahr als Schaugepränge gefaßt werden, um die rebellischen Massen zu beruhigen, ist auch dieser vorhingenannte Beschluß nicht ausgeführt worden. Selbst in der Druckerei des Hauptblattes „Vorwärts" ist weder die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, noch die Akkordarbeit abgeschafft. Nicht einmal die Nachtarbeit hat man in den sozialdemokratischen Druckereien abschaffen können. Es wurde hervorgehoben, daß der „Vorwärts" und das „Echo" in Hamburg die Nachrichten sonst nicht früh genug bringen könnten. Also bloß um die Neugierde ihrer Leser zu befriedigen und nicht einen halben Tag länger auf die Probe zu stellen, müssen die Arbeiter dem Prinzip untreu werden und die sonst als so unheilvoll und demoralisierend geschilderte Nachtarbeit verrichten! Die Akkordarbeit kann angeblich nicht abgeschafft werden, weil die Arbeiter sonst nicht genug verdienen. Wer hindert sie denn daran, den Arbeitern ihren Lohn dem-

entsprechend zu erhöhen? Als zielbewußte Genossen werden sie doch in Lohn ebenso fleißig arbeiten, wie früher in Akkord; oder sollten sie es ebenso machen wie ihre Genossen von der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung“, die ja laut Bericht des Elmshorner Parteitages zu viel Zeit mit Biertrinken und Frühstücken vertrödelten?! Am Geldpunkt kann es doch auch nicht liegen, denn der „Vorwärts“ hat laut Bericht im letzten Jahre 55 536 Mark Überschuß gehabt. Doch was verliere ich noch weiter Worte? Die achtstündige Arbeitszeit ist ja auch nur ein Rezept für die Bourgeois, nicht für die Sozialdemokraten! Es sind nur ganz wenige Ausnahmen, wie z. B. die drei Stereotypeure des „Vorwärts“, welche theoretisch achtstündige Arbeitszeit haben; dabei haben dieselben schon in 14 Tagen nicht weniger als 200 Überstunden gehabt, das macht pro Kopf und Tag $5\frac{1}{2}$ Stunden, sodaß jeder thatsächlich $13\frac{1}{2}$ Stunden arbeitete. Hätte man dagegen die achtstündige Arbeitszeit aufrecht erhalten, so wären zwei arbeitslose Stereotypeure zur Arbeit gelangt. Der Arbeitsausschuß des „Vorwärts“ ist sogar in dieser Hinsicht vorstellig geworden. Es ist doch wirklich ein Skandal, daß gerade die Geschäfte der „einzigen Arbeiterpartei“ die berechtigte Forderung der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit so in Mißkredit bringen. Diese Thatsache wird noch unterstützt durch die Art „Zielbewußter“, welche in den Versammlungen denjenigen Rednern, die ihnen vorschwindeln, es könne für alle Berufe gleichlautend der Achtstundentag durch Parlamentsbeschluß eingeführt werden, zujubeln, auf den Arbeitsstätten sich aber förmlich nach Überstunden und Akkordarbeit drängen.

Auf dem Parteitage in Breslau erklärte man bekanntlich: Die Beseitigung der Akkordarbeit in den Parteigeschäften sei nicht zweckdienlich. Mögen die Herren sich darüber unter sich auseinandersetzen, das „Wie“ interessiert uns garnicht, ich hebe nur hervor, daß die Sozialdemokratie auch hier zeigt, daß sie garnicht daran denkt, für die Arbeiter etwas Gutes zu schaffen. Das Geschäft und die Überschüsse spielen bei ihr eben solch große Rolle, wie bei jedem andern Arbeitgeber, womöglich eine noch größere. Die Sozialdemokratie muß sich schämen, daß sie so inkonsequent ist.

Der sozialdemokratische Parteitag in Breslau hat wiederum bewiesen, daß alle sozialdemokratischen Lehren eitel Flunkereien sind. Mehr und mehr neigen die Herren, vorzugsweise die Führer zu der Ansicht: Wir befinden uns nun einmal in der bürgerlichen Gesellschaft und können nicht heraus, sondern müssen mit ihr leben. Diese Ansicht hat Bebel

schon früher ausgesprochen und sie wurde in Breslau wiederholt. Dieselbe Entschuldigung aber lassen sie, wenn andere Arbeitgeber inbetracht kommen, nicht gelten, da wird keine Rücksicht genommen, sondern energisch vorgegangen. Ja Bauer, das ist ganz was anderes!

Die Hauptforderung der Sozialdemokraten ist: „Gleiches Recht für alle!" Darum verlangen sie zunächst: allgemeines, direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes. Da wird nun mancher denken: Kann das sich nicht gleich bleiben, ob das Wahlrecht mit 25 oder schon mit 20 Jahren beginne, wenn es nur für alle Parteien gleich ist? In gewisser Beziehung hättest Du ja recht, wenn diese Geschichte nicht auch ihren verborgenen Haken hätte! Die Sozialdemokratie legt so großes Gewicht auf die 20jährigen Wähler, weil mit 25 Jahren der Mensch unter gewöhnlichen Verhältnissen doch schon etwas erfahrener ist und reiferes Urteilsvermögen besitzt. Diese Art Menschen sind aber gemeiniglich den Sozialdemokraten ein Greuel, ihnen ist der unerfahrene, leicht erregte Mensch viel lieber, weil sie solche Menschen eben zu allem gebrauchen können, ohne befürchten zu müssen, durchschaut zu werden. Das verlangte Wahlrecht hat aber noch einen zweiten bedenklicheren Haken. Bis jetzt ist im deutschen Reiche immer noch eine feste Burg zum Schutz und Trutz gegen innere und äußere Feinde des Reiches: Das Militär! An diesem Felsen haben die Sozialdemokraten bisher noch nicht zu rütteln vermocht. Wenn nun aber erst diejenigen Zwanzigjährigen, welche noch nicht Soldat sind, wählen dürfen, dann wird es nicht mehr schwer halten, auch für das Militär das allgemeine Wahlrecht zu erlangen. Dies ist es ja, was die Sozialdemokraten wollen. Bis jetzt war das Militär vollständig vom politischen Leben isoliert und darin liegt zum Teil seine Stärke. Wenn nun nur erst das Militär wählen dürfte, dann müßte man ja auch der Agitation freie Bahn lassen. In dem Augenblicke, wo dem Heer die Wahlfreiheit zuerkannt wird, verlegen die Sozialdemokraten ihre Agitation von den Wirtshäusern und Straßen in die Kasernen! Weißt Du nun, lieber Leser, was das heißt: die Soldaten dürfen Politik treiben! Sieh Dir doch einmal Spanien an. Da zeigte es sich noch vor wenig Jahren, was dabei herauskommt, wenn das Militär sich um Politik und Parteibestrebungen kümmert. Es verging kein Jahr, in dem man nicht etwas von irgend einer Unruhe oder einem geplanten oder gar versuchten Aufstande hörte! Forschest Du aber der Bewegung bis auf Grund und Ursache nach, so

wirst Du fast in allen Fällen finden, daß die revolutionäre Bewegung ihren Ausgang vom Militär nahm. Solche Zustände nennt man darum wohl auch „spanisch". In den ehemalig spanischen und portugiesischen Besitzungen in Südamerika kann man solche Umstände noch heutzutage sehen, darum können diese Länder trotz ihres großen Reichtums dennoch nicht vorwärts kommen. Möge doch unser Herrgott verhüten, daß solche Zustände in unserm lieben Vaterlande Platz greifen!

Was haben denn nun Militär, Wahlrecht und Arbeiterbestrebungen mit einander zu schaffen? frägst Du mich. Sehr viel, wie Du sogleich hören wirst. Die Sozialdemokratie verspricht doch dem Arbeiter Verbesserung seiner Lage durch Einrichtung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates. Diesen aber herzustellen, trachten die Sozialdemokraten nicht auf friedlichem, sondern auf dem Wege des Umsturzes: der Revolution. Die Sozialdemokraten haben wohl begriffen, daß die ganze Frage eine Machtfrage ist, und von diesem Standpunkt aus giebt es für die Partei nur einen wahren und reellen Punkt in ihrer ganzen Politik: das ist: die Disziplin des Heeres zu lockern; das Heer zu revolutionieren. — Alles übrige ist Nebensache. Anträge zur Besserung der Lage des Handarbeiters, Kassen, Programme, Bücher, Schriften — alles, alles dient nur alleine diesem Zwecke. Hier ist der Eckstein der ganzen Parteithätigkeit. Bebel hat es in Wien und Stuttgart zweimal offen ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie gegen Bajonette nicht aufkommen könne, darum gälte es, die Bajonettträger für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Wie Bebel, so spricht auch Liebknecht in seinem Werke „Zu Trutz und Schutz" 1874 Seite 17: „Unser Streben ist ein revolutionäres. Revolution! furchtbares Schreckbild für alte Weiber beiderlei Geschlechtes. Ja, wir sind Revolutionäre." Ferner Seite 8: „Wer mit dem Tode einen Pakt gemacht hat, dem ist der Sieg verbürgt. Blut und Eisen mag Feiglingen Angst einjagen, wir spotten der Drohungen und Gefahren!" Im Jahre 1869, also lange vor Erlaß des Sozialistengesetzes, hat Liebknecht gesagt und später auch drucken lassen: „Wer die neue Gesellschaft will, hat vor allem auf Vernichtung des alten Staates hinzuwirken!" Ferner sagt er auch („Über die politische Stellung der Sozialdemokratie" Seite 7): „Die Sozialdemokratie ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die deswegen auch in keinem Parlamente, sondern nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist!" Ja, die Straße, das ist so recht der Tummelplatz dieser Herren Volksbeglücker! Um hier so recht ungestört

ihr Treiben führen zu können, möchten sie gerne das Militär in ihre Agitation hineingezogen sehen. Seht Euch doch nur einmal die Helden aller Straßenskandale an! Sind es nicht immer junge Burschen von 18 bis 22 Jahren, die zuerst durch unmäßigen Genuß von Spirituosen unzurechnungsfähig gemacht, darauf durch Brand- und Lügenreden aufgestachelt, nicht zurückhalten, sich an Eigentum und Leben des Nächsten zu vergreifen, sich vielmehr immer mehr in blinde Wut hineintoben?! Verstehst Du nun auch, lieber Leser, warum die Sozialdemokraten gerade das allgemeine Wahlrecht vom zwanzigsten Jahre an fordern? Wenn alle Agitatoren anständig denkende Leute wären, dann läge keine Gefahr vor, diese Forderung zu bewilligen, aber für anständig denkende Leute liegt auch kein Grund vor, solche Forderung zu stellen. Ein Interesse für diese Forderung hat von allen politischen Parteien eben nur die Sozialdemokratie; denn alle übrigen Parteien wollen ihre Ansichten und Forderungen nur auf streng gesetzlichem Wege durchführen, die Sozialdemokratie aber auf dem des Umsturzes. Für sie ist nur im Trüben gut fischen! Wohin der Umsturz führt, das schildert uns Schiller in seinem „Lied von der Glocke" mit folgenden Worten:

Weh, wenn sich in dem Schoß der Städte
Der Feuerzunder still gehäuft,
Das Volk, zerreißend seine Kette,
Zur Eigenhilfe schrecklich greift!
Da zerret an der Glocke Strängen
Der Aufruhr, daß es heulend schallt
Und, nur geweiht zu Friedensklängen,
Die Losung anstimmt zur Gewalt.
Freiheit und Gleichheit! hört man schallen;
Der ruhige Bürger greift zur Wehr,
Die Straßen füllen sich, die Hallen,
Und Würgerbanden ziehn umher.
Da werden Weiber zu Hyänen
Und treiben mit Entsetzen Scherz;
Noch zuckend, mit des Panthers Zähnen,
Zerreißen sie des Feindes Herz.
Nichts Heiliges ist mehr, es lösen
Sich alle Bande frommer Scheu;
Der Gute räumt den Platz dem Bösen
Und alle Laster walten frei.

Es ist recht bezeichnend für die Sozialdemokratie, daß sie immer lauter den Ruf anstimmt: Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr, denn die Regierungsparteien wollen das allgemeine direkte Wahlrecht

abschaffen! und dabei stellen sie selbst Anträge auf Abänderung desselben Wahlrechts. So wie das Wahlrecht augenblicklich ist, giebt es keine Partei, die damit zufrieden ist; die einen wollen es noch mehr proletarisieren, die anderen den Census erhöhen und das Wahlrecht überhaupt einschränken. Wenn aber die Sozialdemokratie die Absicht hat, dieses sogen. heilige Wahlrecht zum Spielball für halbreife Burschen und Frauenzimmer herabzuwürdigen, so darf sie nicht das jetzige Wahlrecht für unantastbar erklären. Der deutsche Reichstag, welcher auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts gewählt wird, ist keine Vertretung des deutschen Volkes und ist ja auch in seiner Hälfte undeutsch. Das Ideal eines deutschen Reichstages müßte eine Vertretung des ganzen deutschen Volkes sein. Da müßte der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, der Bürger wie der Bauer, der Handwerker wie der Großindustrielle, der Kaufmann wie der Gelehrte, kurz, jeder Stand und Beruf müßte vertreten sein. Daß ein solcher Reichstag nicht auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts zusammen kommt, haben die 28 Jahre Bestehens des jetzigen Reichstages gezeigt. Durch das allgemeine Wahlrecht sind diejenigen Parteien im Nachteil, welche nur auf die gebildeten Wähler zählen und diejenigen im Vorteil, welche nur auf die großen Massen des ungebildeten Volkes spekulieren. Ist das Recht, daß ein Mann, der den ganzen Tag vielleicht betrunken im Rinnstein liegt und infolge seiner Verkommenheit garnicht imstande ist, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, dasselbe Wahlrecht ausüben darf als jeder anständige und gebildete Bürger?

Sehen wir uns da doch nur einmal Hamburg an. Wodurch ist Hamburg das geworden, was es ist? Doch nur durch die Intelligenz und den Unternehmungsgeist seiner Kaufleute. Sind nun aber diese Kaufleute, die doch Hamburgs Größe gegründet, im Reichstage vertreten? Nein, Hamburg ist, dank des allgemeinen direkten Wahlrechtes, durch drei Sozialdemokraten vertreten, deren Wissen ich hier nicht beurteilen will, von denen aber keiner die leiseste Ahnung hat von den Interessen der größten Handelsstadt im Reich, von den praktischen Bedürfnissen in ihren Beziehungen zur übrigen Welt oder von der Denkungsart des hamburgischen Bürgertums; ja nicht einmal sich Mühe giebt, etwas von diesem allen zu lernen.

Die Universitäten sind die Bildungsanstalten des deutschen Volkes; ihnen haben wir es zu verdanken, daß man das deutsche Volk das Volk der Denker nennt. Haben die Universitäten einen Einfluß auf die

Gesetzgebung durch das allgemeine direkte Wahlrecht? In jeder Universitätsstadt, wo eine oder mehrere große Fabriken sich befinden, haben die Arbeiter durch ihre größere Stimmenzahl, dank des allgemeinen Wahlrechts, mehr Einfluß auf unsere Gesetzgebung, als alle Professoren und Doktoren zusammen. Dabei muß sich der mit den Verhältnissen Vertraute sagen, daß die Arbeiter zum größten Teile über die Ziele und Bestrebungen nicht genügend unterrichtet sind, von der Politik wenig oder nichts verstehen, sondern einzig und allein das sogenannte Stimmvieh der Sozialdemokratie abgeben. Kann man da noch von der Heiligkeit und Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts reden? Nein! und die Sozialdemokraten, welche solche Zustände noch verschlimmern wollen, gewiß am wenigsten!

Durch das Verhalten der sozialdemokratischen Führung gelegentlich der fünfundzwanzigjährigen Jubelfeier Deutschlands ist wiederum klargestellt, daß deren Parteibestrebungen vaterlandslos und gegen Kaiser und Reich gerichtet sind, daß diese unter dem Vorgeben idealer Volksbeglückung darauf hinzielen, den Umsturz der bestehenden Staatsordnung herbeizuführen und daß sie durch Verhetzung aller Volksklassen gegeneinander und unter planmäßiger Vernichtung jeglichen Nationalgefühls im Volke zunächst die Gewinnung der Majorität im Reichstage zum Ziele haben.

Durch das allgemeine Wahlrecht sind die Sozialdemokraten zur stärksten Partei in Deutschland geworden (d. h. wenn man die Zahl ihrer Wähler inbetracht zieht). Bei der letzten Reichstagswahl 1893 brachten sie es auf 1 786 738 Stimmen und errangen dadurch 45 Mandate. Nun frohlocken die Sozialdemokraten und sagen: In Deutschland giebt es über $1^3/_4$ Millionen Sozialdemokraten! Ich aber sage: Das ist nicht wahr! Jene $1^3/_4$ Millionen Arbeiter, welche ihre Stimmen sozialdemokratischen Wahlkandidaten gaben, sind bei weitem nicht alle Sozialdemokraten. Sie haben sich von den Sozialdemokraten bethören lassen und sind auf den Leim gegangen: „Wir Arbeiter müssen einen Arbeiter wählen, der unsere Rechte vertritt.“ Ja, wenn wir wirklich einen Mann in den Reichstag senden können, der unsere, d. h. der Arbeiter, Rechte nach Kräften vertreten wollte, dann würde ich sofort von ganzem Herzen einstimmen und würde wünschen: Nicht einen, sondern hundert solcher Abgeordneter! Das ist's ja eben, was uns Not thut: Eine wahre Arbeiterpartei! Die Arbeiter müßten eine Partei gründen, welche auf vollständig verfassungsmäßigem Grunde mit den

übrigen Parteien zum Wohle des deutschen Vaterlandes mitarbeiten will, welche dabei aber stets die Rechte des deutschen Arbeiters vertritt. Warum kann ein Arbeiter nicht seine Rechte vertreten und dabei doch immer noch ein guter Patriot sein? Lassen sich die Rechte des Arbeiters nicht mit den Pflichten gegen das Vaterland vereinen? Warum kann der Arme nicht ebenso gut ein Vaterland haben wie der Reiche? Unser Kaiser hat uns doch gesagt, daß er bemüht sein will, allen seinen Unterthanen gerecht zu werden. Dem Kaiser aber wird es nicht leicht, den Arbeiter zu verstehen und das aus dem einzigen Grunde, weil er in Hülle und Fülle geboren ist und also nicht wissen kann, wie dem Arbeiter zu Mute ist, der den ganzen Tag im Schweiße seines Angesichts sein Brot verdienen muß und dabei dennoch kaum das zum Lebensunterhalte Notwendigste erwirbt; deshalb ist es unsere Pflicht, solche Vertreter in den Reichstag zu senden, zu denen unser Kaiser Vertrauen fassen kann. Ich bin der festen Zuversicht, der Kaiser würde nicht lange zögern, bis er sich von diesen Volksvertretern Rat holen würde. Zu den Sozialdemokraten aber kann der Kaiser kein Vertrauen besitzen; denn diese bilden ja eine Umsturzpartei, deren ganzes Tichten und Trachten darauf hinausgeht, Thron und Reich umzustürzen und auf den Trümmern des gestürzten deutschen Reiches ein unbestimmtes Etwas aufzubauen, welches den Menschen den Himmel schon auf Erden bringen soll. Wieviel diese Herren aber für das Wohlergehen der Arbeiter bestrebt sind, das sehen wir ja an jedem Sozialdemokraten, der erst Sitz und Stimme im Reichstag hat. Dann sind die fetten Parteidiäten die Hauptsache und wir Arbeiter nur Mittel zum Zweck. Wir sind für diese Herren nur das „Stimmvieh", welches sie zur Wahlurne treiben. Es giebt leider dessen noch sehr viele Arbeiter, welche sich selbst für eifrige Sozialdemokraten halten und dennoch nicht wissen, welches die eigentlichen Ziele der Partei sind. Diese Leute glauben nur, wenn die Sozialdemokraten zur Herrschaft kämen, dann würden sie es leichter bekommen: die Arbeit würde weniger und der Lohn höher werden. Hoffentlich wird die Sozialdemokratie nie zur Herrschaft gelangen, denn sonst würden den Arbeitern noch die Augen übergehen und sie würden sich nach den früheren Zuständen vergeblich zurücksehnen.

Jeder nichtsozialdemokratische Leser, der in einem Wahlkreis wohnt, wo die Sozialdemokraten die Majorität besitzen, wird die Erfahrung gemacht haben, daß in allen sozialdemokratischen Wahlversammlungen die erste und letzte Klage diejenige über Wahlbeeinflussung ist. Da

hört man es in allen Tonarten: „Die Arbeitgeber zwingen ihre Arbeiter, ihre Stimme für den bürgerlichen Kandidaten abzugeben!“ Haben die Sozialdemokraten wirklich ein Recht, so zu klagen? Machen sie es vielleicht besser? Hast Du, lieber Leser, nicht auch schon Gelegenheit gehabt, zu beobachten, welchen moralischen Zwang die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre anders denkenden Kollegen ausüben? Ist das etwa keine Wahlbeeinflussung, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihre anderswählenden Kollegen durchprügeln oder denselben, wenn sie von der Arbeitsstelle nach Hause gehen, wie die Straßenjungen nachschreien und sie durch allerlei Schabernack aus der Werkstatt zu vertreiben suchen? Ist das etwa schön, sagen zu hören: Die nicht zum Wählen gehen, müssen mit einem Knüppel hingetrieben werden!? In einer ländlichen Wahlversammlung gab der sozialdemokratische Redner seinen Zuhörern den guten Rat, alle Wahlzettel, einerlei, von wem und durch wen sie kämen, ruhig in die Tasche zu stecken und nur zuletzt bei der Wahl den einen richtigen Zettel in die Urne zu thun. Der Rat ist gut, aber verhalten sich auch die Sozialdemokraten nach dieser Richtschnur? Passen die Sozialdemokraten nicht dem unsicheren Arbeiter auf und begleiten ihn, bis er im Wahllokal den allein richtigen Zettel in die Urne gesteckt hat? Wenn man solches den zielbewußten Genossen, den Kulturträgern des kommenden Zukunftsstaates sagt, dann leugnen sie solches freilich. Ich aber kann beweisen, daß es nicht allein die Hefe des Proletariats allein ist, die solches fertig bringt, sondern auch die Führer der Sozialdemokratie sind um kein Haar besser. Mir ist es persönlich passiert, daß Geschäftssozialisten und Agitatoren es genau so machten und mehreren meiner nichtsozialdemokratischen Freunde und Arbeitsgenossen ist es ebenso ergangen.

Nach der Wahl ist stets großer Aufruhr im sozialdemokratischen Lager, weil man dann immer einige Arbeiter oder Kaufleute oder Handwerker in Verdacht hat, (bestimmt weiß es ja eben doch keiner), daß sie es mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel auch nach dem Rate jenes Redners gemacht hätten. Da wird dann als beliebtes Mittel der Boykott angewandt, d. h. man entzieht ihnen die Kundschaft. Andere Arbeiter werden aufgefordert, es ebenso zu machen, indem man ihnen sagt: Diese Leute leben doch von uns, also müssen sie auch für unsere Kandidaten stimmen! (Ein Arbeitgeber darf aber nicht so sprechen.) Das Boykottieren ist eine schöne, aber auch eine gefährliche Geschichte; denn, lieber Leser, warum hast Du gerade von diesem Kaufmann, von

diesem Handwerker bis jetzt deinen Bedarf bezogen? Jedenfalls doch nur, weil Du glaubtest, hier am billigsten und besten bedient zu werden. Jetzt aber mußt Du Dich wegen dieser Wahlgeschichten vielleicht von dem sozialdemokratischen Konkurrenten übers Ohr hauen lassen. Daß nicht alleine ich so denke, sondern auch andere, will ich gleich durch einen sozialdemokratischen Agitator beweisen. Herr Richard Calver, Redakteur des sozialdemokratischen „Braunschweiger Volksfreundes" schreibt: Kleinbürgerliche Anschauungsweise beherrscht die Gewerkschaftsbewegung und sucht die Ansicht zu verbreiten, daß dem Proletariat durch Mittel wie Streike, Boykotts u. s. w. geholfen werden kann. Wenn dann die gesamte Partei den Streikenden zu Hilfe kommt, so gerät sie in prinzipiellen Widerspruch mit den sozialistischen Theorien. Denn nach diesen können solche Boykottierungen niemals dauernd die Lage der Arbeiter bessern. Herr Calver verurteilt dann Boykotts nach Art des Berliner Bierboykotts wie folgt: Der Sozialist hat auf alle Fälle die Pflicht, namentlich bei frivolen Streikes und Boykotts den kurzsichtigen Führern der jeweiligen Bewegung und dem Proletarier selbst auf Grund seines weiteren Verständnisses dieses zu sagen und die Bewegung zurückzuhalten. Nur in Fällen, wo das Proletariat die Sympathie der Massen und des Publikums auf seiner Seite hat, darf die Sozialdemokratie für derartige Kämpfe eintreten, weil sie da auch ohnehin nicht zu verhindern und geschichtlich notwendig sind. Aber wo im Interesse einer kleinen Gruppe von Arbeitern diese Mittel angewendet werden sollen, sind bei voraus zu sehender Niederlage die Kampfopfer zu groß, um nicht ganz entschieden Opposition machen zu sollen. Auch haben gerade die Bierboykotts noch eine Kehrseite, die nicht unbeachtet gelassen werden darf. Man boykottiert eine Reihe Brauereien, vielleicht gerade die technisch entwickeltsten, und hilft dadurch einer Reihe kleiner Brauereien ihre seichte Existenz weiter zu fristen, die doch wahrlich oft noch mehr zu boykottieren wären, als die großen. Das Proletariat hält damit die ökonomische Entwickelung, deren Schnelligkeit doch seinen Sieg bedeutet, ebenso auf, wie durch die ehemalige Zertrümmerung von Maschinen.

Daß Herr Calver recht hat, will ich hier gleich durch ein Beispiel beweisen: Am 12. Novbr. sind die Brauer des Münchener Brauhauses in Berlin in den Ausstand eingetreten, weil es nicht mehr zum Aushalten war. Das Münchener Brauhaus ist die Brauerei, welche während des großen Berliner Bierboykotts das „zielbewußte" Bier

lieferte, obgleich schon damals in keiner Berliner Brauerei solch traurige Zustände herrschten, als in jener boykottfreien Brauerei.

Welch schmutzige Sachen bei diesen Boykottierungen manchmal im Verborgenen mitspielen, davon wollen wir doch einmal ein sozialdemokratisches Organ erzählen lassen und zwar das Braunschweiger Sozialistenblatt, wodurch uns bekannt wird, daß auch in Braunschweig die Genossen wegen des Bierboykotts hart aneinander geraten sind. Das dortige sozialdemokratische Organ erhob sogar gegen die Leiter und Mitglieder der Boykott-Kommission den Vorwurf, daß sie von einer Konkurrenzbrauerei, von der Feldschlößchen-Brauerei in Dessau, bezahlt worden seien. „Wir sind die allerletzten," so schrieb das Blatt, „welche nicht jedem Genossen jeden Verdienst gönnen würden. Aber das darf unter keinen Umständen geduldet werden, daß Leiter eines Boykotts sich von unboykottierten Brauereien für ihre Bemühungen bezahlen lassen." Solche schmutzigen Geschichten spielen nur zu oft bei den Boykotts eine Rolle, nur dringen sie nicht immer so klar an die Öffentlichkeit, oder wenn man auch davon weiß, so ist es doch schwer, es zu beweisen.

Ich frage noch einmal: Haben die Arbeiter Recht, sich über Wahlbedrückungen von seiten der Arbeitgeber zu beklagen? Ein altes Sprichwort sagt: Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das füg' auch keinem andern zu! An dem Tage, wo die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt, hört das allgemeine Wahlrecht überhaupt auf! denn die Sozialdemokratie bestreitet ja jeder andern Partei das Existenzrecht. Die sozialdemokratische Bewegung wird jetzt durch zahlreiche ausländische Arbeiter unterstützt. Die blöden Thoren, die nicht wissen, daß sie an dem Tage, wo die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt, feierlichst ihren Fremdzettel erhalten werden, nebst einer Anweisung, augenblicklich das heilige deutsche Reich zu verlassen. Worüber wird denn in Arbeiterkreisen mehr geklagt, als über die Konkurrenz ausländischer Arbeiter? Es wäre ja ganz schön, wenn wir die ausländischen Arbeiter mit einem Schlage los werden könnten. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß im Auslande vier mal so viele Deutsche leben, als Ausländer in Deutschland. Wenn nun auch nur die Hälfte dieser Deutschen zurückgeschickt würde, so hätten wir demnach für jeden Ausländer, der fortginge, mindestens zwei Deutsche wieder bekommen. Ich denke, wir belassen es besser so wie es ist und lassen das unnütze Klagen.

Hoffentlich ist es mir gelungen, lieber Leser, Dir zu zeigen, wo der Fehler steckt und warum die Sozialdemokratie garnicht imstande ist, uns Arbeitern wirkliche Unterstützung und Hilfe zu bringen. Der Fehler ist immer derselbe; in der Theorie mögen ihre Lehren für manchen ganz schön sein, aber wenn es an die praktische Arbeit geht, dann sind sie kein Haar besser, wie die jetzigen Arbeitgeber, ja meistens noch schlechter. Das kann auch garnicht anders sein; wenn man sich nur ein wenig über das Vorleben dieser Geschäftssozialisten orientiert, so wird man bald begreifen, daß man von den Meisten nicht viel Gutes erwarten kann. Ich will einmal versuchen, Dir einige der wichtigsten und bekanntesten Agitatoren ihrem Lebensgange nach zu schildern. Die meisten Agitatoren waren früher einfache Arbeiter, nicht besser und nicht schlechter als wir. Aber was sind sie jetzt? Geschäftssozialisten, die auf Kosten der armen ausgebeuteten Arbeiter den großen Herrn spielen und die sozialistischen Arbeiter nur als gute Milchkuh halten, der sie nicht einmal das Futter zu zahlen brauchen, aber die Milch gebrauchen sie zu ihrem eigenen Vorteil. Manche dieser Herren haben einen ziemlich bewegten Lebenslauf hinter sich und sind erst zur Sozialdemokratie übergegangen, nachdem sie vergeblich versucht hatten, auf andere Weise emporzukommen.

Um dieses zu beweisen, wollen wir uns nur einen ihrer Besten, nämlich **August Bebel**, ansehen. Derselbe steht jetzt in der Mitte der fünfziger Jahre. Wer möchte heute wohl glauben, daß Bebel, obgleich protestantisch erzogen, dennoch ein eifriges und treues Mitglied der katholischen Gesellenvereine in Freiburg, Regensburg und Salzburg gewesen ist? Ebenso sehr dürfte es überraschen, zu hören, daß Bebel in den sechziger Jahren in Leipzig als fortschrittlicher Redner ganz entschieden gegen die Lassalle'schen Ideen eiferte und feurige Reden gegen das allgemeine Stimmrecht hielt. Damals war es besonders Roßmäßler, welcher Bebel geistig beeinflußte und leitete. So lange Bebel unter diesem Einfluß stand, führte er einen erbitterten Kampf gegen den Sozialismus. Schon damals suchte er häufig die Hauptsitze der deutschen Industrie auf, um mit allem Feuer tiefster, innerster Überzeugung gegen die neue Bewegung aufzutreten. Aber schon hatten die Sozialdemokraten Bebels Bedeutung als Agitationsredner für eine Partei erkannt und versuchten nun, ihn für sich zu gewinnen. Es ist Bebel nicht leicht geworden, so umzusatteln; erst nach längerem Schwanken, welches ihn bald für, bald gegen Bismarcks nationales Einigungswerk eintreten ließ,

brach er mit seiner bisherigen Partei und Anschauung und schlug sich, als die ersten deutschen Reichstagswahlen kamen, auf die Seite der radikalen sächsischen Arbeiterpartei, die auf großen Anhang in den Centren der sächsischen Industrie rechnete. Der Glauchauer Wahlkreis entsandte ihn zum ersten Mal in den Reichstag. Damals war Bebels Schlagwort, das ihm die Wählermassen zuführte, sein entrüsteter Widerspruch gegen „die Zerreißung Deutschlands". Wenige Jahre später hören wir ihn im Reichstag ausrufen, daß die in Elsaß-Lothringen vorhandenen Revolutionäre und Republikaner ihm und seiner Partei helfen würden, „das monarchische Deutschland aus den Fugen zu treiben"! Noch später hören wir ihn sowohl im sächsischen Landtage wie im deutschen Reichstage fort und fort versichern, daß alle ihm zugeschriebenen Gelüste auf gewaltsamen Umsturz nichts als gehässige Verleumdungen seien! Wahrlich diese kurze Skizze einer reichlich dreißigjährigen politischen Thätigkeit giebt genug zu denken und ich hoffe, der nachdenkende Leser wird leicht imstande sein, sich zur Melodie einen passenden Vers zu machen und ich kann mir eine nähere Erklärung dieser Thatsachen sparen. Einen ähnlichen bewegten Lebenslauf haben noch manche dieser Herren hinter sich; ich werde noch mehrfach ähnliche Beschreibungen folgen lassen. Doch hier sei es an diesem einen Beispiel genug. Ich will dafür lieber die Art und Weise ihrer Sorge um das Wohl und Wehe des Arbeiterstandes im großen und ganzen skizzieren.

Vor der Reichstagswahl rufen diese Leute immer: Nur wir haben in Wahrheit ein Herz für die Arbeiter! Haben dann schließlich die Arbeiter sich von solchem Volksbeglücker bethören lassen und ihm Sitz und Stimme im Reichstag verschafft, dann hört man von ihm außer einigen großen Reden über Volksarmut und Volksbedrückung nicht viel. Die Volksbedrückung versteht aber auch keiner besser wie die Sozialdemokraten, da darf keiner den Mund aufthun und ihnen widersprechen. Wer sich der sozialdemokratischen Partei anschließt, der muß seine eigene Meinung der Gesamtheit unterordnen und was die Volksarmut betrifft, so stehen die großen Gehälter der Parteibeamten und Geschäftssozialisten in einem krassen Gegensatz dazu. Alle unsere sozialpolitischen Gesetze, als Krankenkassen-, Unfallversicherungs-, Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, haben wir nicht den Sozialdemokraten, sondern den bürgerlichen Reichstagsparteien zu verdanken. Die Sozialdemokraten haben dagegen gestimmt, weil dieselben nach ihrer Auffassung noch nicht gut genug sein sollten. Wo nun die Sozialdemokraten über diese

Gesetze zu den Arbeitern sprechen müssen, da thun sie es nur mit größter Geringschätzung, ja sie suchen dieselben dem Arbeiter zu verleiden. Warum? Weil sie alle ihre Progammsätze nur zu Agitationszwecken haben. In Wirklichkeit denken sie gar nicht daran, ihre Forderungen, soweit sie berechtigt sind, schon in diesem Staate zu erfüllen. Nichts ist ihnen mehr zuwider, als wenn der jetzige Staat auf ihre Forderungen eingeht. Das haben wir ja zu deutlich bei den genannten Gesetzen gesehen, ursprünglich waren das alles sozialistische Forderungen. Als aber der Staat daran ging, sie zu erfüllen, da sahen auch die Sozialdemokraten ein, daß ihnen einige der zugkräftigsten Agitationsmittel verloren gingen, darum wurde jetzt auf einmal dagegen gearbeitet. Nun konnten aber doch die Sozialdemokraten nicht eingestehen, daß sie ihre Forderungen am liebsten gar nicht erfüllt haben wollten; darum stellten sie nun so maßlose Forderungen, von denen sie mit Bestimmtheit wußten, daß sie nicht erfüllt werden könnten und hinterher stimmten sie gegen das Gesetz, angeblich, weil es nicht genügend das Interesse des Arbeiters vertrat. Gegenwärtig kann man dasselbe Schauspiel wieder bei dem unentgeltlichen städtischen Arbeitsnachweis beobachten. Das war früher auch ein sehr beliebtes sozialistisches Agitationsmittel und jetzt arbeiten sie mit Händen und Füßen dagegen. Das Volk darf eben unter keinen Umständen befriedigt werden. Denn nur durch die Unzufriedenheit des Volkes wächst die Sozialdemokratie. Nur durch unzufriedene Volksmassen kann die Sozialdemokratie ihre Ziele erreichen.

In welcher Weise die Sozialdemokratie die Aufhetzung der Massen geradezu frivol betreibt, merkt man genügend daraus, daß sie Leute zur Volksverhetzung benutzt hat, von denen sie genau wußte, daß dieselben nicht mehr Herr ihrer Sinne und schon der Nacht des Wahnsinns verfallen waren. Ende August 1893 hat sich die 52jährige sozialdemokratische Agitatorin Agnes Wabnitz, die von Beruf Mäntelnäherin war, auf dem Friedhofe der Märzgefallenen im Friedrichshain zu Berlin vergiftet. Unter ungeheurer Beteiligung wurde die Leiche, just am Sedantage, zu Grabe getragen. Die Sozialdemokratie machte natürlich die „herrschende Gesellschaft“ auch für dieses Menschenleben verantwortlich, besonders, da die Verstorbene sich aus Furcht vor einer längeren Gefängnisstrafe, die ihr wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung zudiktiert war, getötet haben sollte. Diesen Vorwurf kann jedoch die „herrschende Gesellschaft“ der Sozialdemokratie zurückgeben,

denn trotzdem die Sozialdemokraten die hochgradige geistige Überspanntheit der Genossin zugeben, hat man sich nicht gescheut, sie immer wieder auf Agitationsreisen zu schicken und durch die Aufregung derselben ihre Sinne noch mehr zu verwirren. Sie war eine ehrliche, aber bis zum Fanatismus verblendete Frau; ihre Charakterfestigkeit und ihr aufrichtiges Streben für ihre Mitmenschen muß man anerkennen; um so mehr ist es bedauernswerth, daß diese Eigenschaften in so falsche Bahnen gelenkt wurden. Wäre sie in den richtigen Grenzen geblieben, sie hätte ihren Arbeitsgenossen und Genossinnen viele Dienste erweisen können, während sie so an der Schwelle des Wahnsinns einen frühzeitigen Tod fand. Schon bei früheren längeren Gefängnisstrafen hat sie wiederholt den Versuch gemacht, durch Verweigerung der Nahrungsaufnahme ihrem Leben selbstthätig ein Ziel zu setzen. In den vorausgegangenen gegen die Verstorbene geführten Prozessen spielte namentlich die von der Hand gewiesene Behauptung eine große Rolle, daß Fräulein Wabnitz nicht im Vollbesitze ihres geistigen Vermögens sich befinde. Die Anstrengungen, welche von seiten ihrer Verteidigung in dieser Richtung gemacht wurden, haben denn auch schließlich dazu geführt, daß die betreffenden Gerichtshöfe davon überzeugt wurden, daß der Geisteszustand der Wabnitz zwar anormal, aber nicht derart gestört sei, daß ihr die rechtliche Verantwortlichkeit für ihr Thun und Lassen hätte abgesprochen werden können. Dies führte dazu, daß der Verstorbenen zuletzt noch eine zehnmonatliche Gefängnisstrafe zudiktiert wurde, deren Verbüßung sie sich nunmehr durch Selbstmord entzog. Recht kennzeichnend für den echt jesuitischen Denkspruch, daß der Zweck das Mittel heilige, war die nunmehrige Haltung der sozialdemokratischen Parteipresse. Besonders der Berliner „Vorwärts", welcher nicht Hohn genug von sich geben konnte, als s. Zeit die Vermutung laut wurde, daß die Wabnitz an Wahnsinn leide, erhob jetzt mit bekümmerter Miene Anklage gegen die bestehende Rechtspflege, welche eine Person zu zehn Monaten Gefängnis verurteilte, die an Geistesstörung litt und längst in eine Heilanstalt hätte gebracht werden müssen; aber es kennzeichne den Geist unserer Rechtssprechung, eine solche Frau zu verurteilen, meint der „Vorwärts". Recht sehr am Platze war eine Zusatzbemerkung des Organes des Verbandes der deutschen Gewerkvereine, welche zu dieser Bemerkung des „Vorwärts" sagte: diese Meinung in Ehren; aber kennzeichnet es denn nicht auch den Geist der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, bezw. Partei, daß man die geistig Kranke noch in

voriger Woche als offizielle Rednerin auftreten ließ?! Die Beantwortung dieser Frage überlassen wir dem Urteile des nicht von der sozialdemokratischen Presse beeinflußten Publikums.

Wie die Sozialdemokraten es mit den bisherigen sozialpolitischen Gesetzen gemacht haben, so werden sie es auch mit den zukünftigen machen; mit der Regierung arbeiten werden sie nie können, ohne aufhören zu müssen, Sozialdemokraten zu sein. Es sei ferne von mir, behaupten zu wollen, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung fehlerfrei sei; ich denke nur: „Ein Spatz in der Hand ist besser als zehn auf dem Dache". Unsere sozialpolitische Gesetzgebung steckt noch zu sehr in den Kinderschuhen und muß noch sehr viel verbessert werden, ehe wir sie vollkommen nennen können, aber wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland in diesen Gesetzen einen Schatz besitzt, um den uns die Arbeiter aller Staaten der ganzen Erde bis jetzt beneiden. Deutschland ist auf diesem Gebiete wieder mal bahnbrechend vorgegangen und hat einen Samen ausgestreut, der, wenn nicht alle Anzeichen trügen, später einmal einen Baum voll der schönsten Früchte zeitigen wird.

Eine trefflichere Kritik der Mißachtung, welche die Herren Bebel, Liebknecht und Genossen der deutschen Sozialreform entgegenbringen, läßt sich schwerlich denken, als die Initiative der dänischen Sozialdemokraten behufs Schaffung einer dem Muster der deutschen Gesetzgebung nachgebildeten Unfallversicherung für Dänemark. Hierbei tritt wieder mal der große Unterschied zu Tage, welcher zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der des Auslandes besteht. Während die letztere eine starke Betonung auf die praktische Mitarbeit zur Besserung des Looses der arbeitenden Klassen im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung legt, behandelt die erstere auch diese Seite der sozialen Frage lediglich agitatorisch.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag und in der Presse wissen nicht genug zu spotten über „das bischen Sozialreform" und über „die Almosen", welche den Invaliden der Arbeit bewilligt seien und dabei müssen nun die Herren es erleben, daß die „Genossen" in Dänemark einen Gesetzentwurf einbringen, der in seinen Grundzügen und Einzelheiten fast vollständig mit dem deutschen Unfallversicherungsgesetz übereinstimmt. Die Vorschläge über die Grenzen der Entschädigungsberechtigung, die Abmessung der Entschädigungen, die Ausdehnung der letzteren auf die Hinterbliebenen u. s. w. lehnen sich,

wenn man in der Rechnung statt Mark, Kronen setzt, durchaus an die Bestimmungen des deutschen Gesetzes an. Nur der Umfang der Versicherung ist weiter gedacht und die Organisation unterscheidet sich von der in Deutschland geltenden dadurch, daß in Deutschland ausschließlich die Unternehmer die Lasten der Unfallversicherung tragen, während der dänische Entwurf die Aufbringung der Kosten durch die Gesamtheit der Steuerzahler von einer gewissen Steuergrenze an vorsieht, sodaß für die berufsgenossenschaftliche Organisation kein Raum ist. Dem „Vorwärts" muten diese Vorschläge der dänischen „Genossen" begreiflicher Weise nicht gerade angenehm zu. Sehr im Gegensatz zu der von seinen deutschen Gesinnungsgenossen bei jeder Gelegenheit bethätigten Geringschätzung der Wohlthaten unseres Unfallversicherungsgesetzes tadelt das sozialdemokratische Organ an dem dänischen Projekte, daß dasselbe „engherzig" diejenigen von der Entschädigungsberechtigung ausschließt, welche 2000 Kronen (2250 Mark) und mehr Einkommen haben. Die aus anderer Leute Taschen speisende Großmut des „Vorwärts" findet auch die in dem dänischen Gesetzentwurfe angenommene Minimalrente für die Witwe eines unterstützungsberechtigten Arbeiters in Höhe von 200 bis 250 Kronen zu gering. Die dänischen Genossen werden eben im Unterschiede zu den deutschen „Arbeitervertretern" diese Minimalrente als zur Zeit erreichbar und wohl auch als genügend betrachten. Gerade in solcher Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse steht die deutsche Sozialdemokratie weit hinter den Genossen im Auslande zurück, wo man wohl die Wahlerfolge der Liebknecht'schen Partei anstaunt, aber für die vollständige Negation auf dem Gebiete der praktischen Arbeit kein Verständnis hat.

Ist es denn wirklich so schlimm mit den Sozialdemokraten? wirst Du fragen, lieber Leser; sie behaupten doch stets, sie wollen das Volk frei und glücklich machen! Ja, das behaupten sie, aber W. Liebknecht schreibt: „Über die politische Stellung der Sozialdemokraten", Leipzig 1874, Seite 12: „Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis gemacht. Die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des jetzigen Staates verwirklicht werden, sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat." Das steht geschrieben und hundertmal haben die Agitatoren, wie Most, Vollmar, Kayser, Hasselmann und wie sie alle heißen, dasselbe gesagt. Man denke an die Rede des Herrn Bebel bei der sozialdemokratischen Versammlung auf dem Hohentwiel, allwo derselbe sich für die franzö-

sische Revolution sehr begeisterte und die Invasion Deutschlands durch die Franzosen zu Beginn dieses Jahrhunderts als die Befreiung des deutschen Volkes aus dem Joche der Feudalherrschaft pries. (Die Mordbrennereien, Plünderungen und Unterdrückungen in Deutschland durch die Franzosen eine „Befreiung des deutschen Volkes" zu nennen, das ist denn doch der Gipfel der Entstellung.) Nimmt man dazu noch das schamlose unpatriotische Gebahren der Sozialdemokraten anläßlich der 25jährigen Siegesfeier von 1870/71, wo sie sogar das Andenken unsers alten Heldenkaisers Wilhelm I. mit Kot bewarfen, wie ja ihre ganze Darstellungsweise des Krieges von 1870/71 eine Geschichtsfälschung ohnegleichen war, dann kann man wohl verstehen, wie unser junger warmblütiger Kaiser Wilhelm II. dazu gekommen ist, anläßlich der Siegesfeier am Sedantage zu seinen Garden die bitteren Worte zu sprechen: „Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört! Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun, dann rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen!" Kann man sich wundern, wenn der Kaiser die Worte seines Großvaters nachspricht, der zu seinen Offizieren einst in sehr ernster Zeit in Koblenz sagte: „Sie sind es, auf die ich mich verlasse!"?

Es ist ja leicht erklärlich, daß nach dieser Rede des Kaisers am Sedantage die Sozialdemokraten sich in den Mantel der Harmlosigkeit zu hüllen suchen und sich den Anschein geben, als suchten sie ihre Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen, gleich den übrigen Parteien. Ihr Berliner Hauptblatt thut sehr erstaunt über die Auffassung des Kaisers und fragt: „Wann und wo haben wir an die Entscheidung der Bajonette appelliert?" Ich habe hier ja schon mehrere Fälle in meinem Buche zitiert, welche beweisen, daß die Sozialdemokraten an die Bajonette appelliert haben und werde noch mehr solcher Sätze anführen. Der belgische Sozialist Van der Velde hat noch am 16. Dez. 1895 in der belgischen Deputiertenkammer gesagt: Der Tag ist nahe, wo die Soldaten ihre Waffen gegen die Bourgeoisie gebrauchen werden. Bebel hat ja schon im Mai 1871 im Reichstage mit den Worten: „Die Pariser Kommune ist nur ein leichtes Vorpostengefecht, bald wird der

Schlachtruf des europäischen Proletariats durch Europa hallen!" die Richtung der Bewegung angegeben. Jene Schmähungen der Sozialdemokraten übertrafen, insbesondere an schamloser Höhnung des vaterländischen Gedankens, an Frechheit des Ausdruckes, beinahe alles, was man nach dem glorreichen Aufschwung der Jahre 1870/71 für möglich gehalten hätte. Marat und Herbet, die wütendsten und wahnsinnigsten Blutmänner der großen französischen Revolution wurden weit übertroffen! Denn diese hatten wenigstens stets ihr Vaterland hoch gehalten. Die Reden unserer Sozialdemokraten, sowie die Erzeugnisse ihrer Presse wetteifern aber darin, ihr eigenes Vaterland und die Thaten ihres Volkes mit Schmutz zu bewerfen, das Heldentum zu brandmarken, die bisherige Geschichtsschreibung zu verlästern. Daß daneben die Herabsetzung unseres ruhmreichen Herrscherhauses und des gesamten Fürstentums, die Verherrlichung der roten Republik Hand in Hand lief, daß die Massen zum ingrimmigsten Haß gegen die Aristokratie, die Bourgeoisie, den Besitz, gegen die Religion aufgestachelt wurden, versteht sich von selbst. An anderer Stelle schreiben sie: „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalisten, die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen." In einem andern Artikel heißt es: „Die Befreiung der Arbeit muß das Recht der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse sind!" Enthalten diese Worte einen andern Inhalt als „Umsturz des Bestehenden"? Doch laßt es uns mal vergegenwärtigen, wie es im deutschen Vaterlande aussehen würde, wenn jene Herren Volksbeglücker ans Ruder kämen!

Das erste Wort zur Volksbeglückung würde natürlich sein, sämtliche deutsche Fürsten und alle ihre Beamten in die Verbannung zu schicken. Da nun jedermann einsehen wird, daß das Volk nicht ohne Regierung existieren kann, so müßten die Verbannten durch Männer aus dem Volke ersetzt werden und wer würde sich hierzu wohl besser eignen, als jene „Männer aus dem Volke", die ja dem Volke das wahre Wohl zu verschaffen versprechen. Das würde ja auch ganz richtig sein, wenn nur wirklich Männer aus dem Volke wären, welche die Sozialdemokratie uns als Kandidaten aufstellt. Als Probe wollen wir einmal die Liste der Berliner Stadtverordneten uns ansehen. Nach den unausgesetzten Ankündigungen der sozialdemokratischen Blätter, daß nur Arbeiter allein wüßten, wo den Arbeiter der Schuh drücke, und darum nur Arbeiter allein als Kandidaten aufzustellen seien, habe ich mit großer Spannung

der sozialdemokratischen Kandidatenliste vom 8. Novbr. 1895 entgegengesehen und schließlich gefunden, daß auch hier sozialdemokratische Theorie und Praxis himmelweit von einander entfernt sind. Die Sozialdemokraten haben nämlich nicht einen einzigen Arbeiter für wert gehalten, die goldene Kette eines Berliner Stadtverordneten zu tragen. Es sind Budiker, Zigarrenhändler und Expedienten sozialdemokratischer Blätter, welche dem „arbeitenden Volke" als die geeignetsten Vertreter empfohlen werden. Es berührt ganz eigentümlich, daß die beiden sozialdemokratischen Expedienten Herzfeld und Jacoby, von denen der letztere auch als Redakteur des Schippelschen „Sozialdemokraten" gezeichnet haben soll, mit einem Male Hausbesitzer geworden sind. In den Bezirken, in denen sie aufgestellt, sind nämlich Hausbesitzer zu wählen. Um natürlich denen, „welche nie alle werden", Sand in die Augen zu streuen, figurieren in der sozialdemokratischen Liste auch drei Arbeiter: Bildhauer Dupont, Tischler Millarg und der Uhrmacher Renther. Nun, es ist schon ziemlich lange her, seitdem diese drei als Arbeiter ihr Brot verdient haben; sie sind eben Agitatoren. Millarg leitet die Generalstreikkommission. Recht komisch nimmt sich in dem Aufruf für die Stadtverordneten die Stelle aus: „Es müssen Männer gewählt werden, ... welche die Sache der wirtschaftlich Ausgebeuteten führen ...." Die sozialdemokratischen Budiker als Anwälte der wirtschaftlich Ausgebeuteten hinstellen zu wollen, eine tollere Ironie ist wohl kaum denkbar. Ob die wohl aus der Schule schwatzen werden? Das sind die Männer aus dem Volke, welche nach der Aussage der Sozialdemokratie allein berechtigt sind, den Arbeiter zu vertreten. Diese Männer würden dann ja wohl auch den Ersatz der bisherigen Beamten abgeben. Wie wäre aber dem deutschen Volke mit diesem Wechsel geholfen? Der jetzige deutsche Beamtenstand wird in der ganzen Welt von jedem unparteiischen Beurteiler gelobt; er gilt als unbestechlich und tüchtig. Es finden sich freilich auch unter den Beamten mitunter Männer, die ihr Amt weder treu noch ehrlich verwalten; aber dies sind immer die Ausnahmen und sobald es bekannt wird, sieht der Betreffende stets einer strengen Bestrafung entgegen. Denke Dir nun, lieber Leser, dieser geschulte und erprobte Beamtenstand würde auf einmal entlassen werden und an seine Stelle würden Männer treten, die weiter nichts gelernt hätten als lange Reden halten, die also von Verwaltung und Rechtspflege keine Ahnung haben. Kannst Du Dir den Wirrwarr, der dann entstehen würde, ausmalen? Die Geschäfte würden bald stocken und

die neuen Beamten würden nur darnach trachten, sich so schnell wie möglich zu bereichern. Wir haben doch derartige Beispiele oft genug gelesen, was in solchen Fällen von den Emporkömmlingen gemacht wird. Die Sozialdemokraten sagen nun freilich: Männer aus dem Volke, die selbst wissen, wie dem Volke zu Mute ist, werden die Regierung übernehmen; diese werden dann besser wissen, wie das Volk zu behandeln ist, als die bisherigen Beamten. Das klingt ja ganz schön, aber ich glaube nicht daran und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich in meinem Leben zu häufig gesehen habe, wie diese sogenannten „Leute aus dem Volke" es machen, wenn sie es zu etwas bringen. Wie kommt es, daß mitunter in einer Fabrik, in welcher früher die Leute gut behandelt wurden, jetzt mit einem Male die Arbeiter schlecht behandelt werden? Hat die Fabrik etwa einen neuen Besitzer bekommen? Nein, der Besitzer ist noch der alte, aber es ist ein neuer Meister angestellt worden. Der frühere Meister hat zwar die Arbeiter streng, aber doch gerecht behandelt; der jetzige dagegen schindet die Leute und läßt sie nichts verdienen. In einer anderen großen Fabrik, in der für jeden einzelnen Berufszweig ein besonderer Meister angestellt ist, kann man fast immer beobachten, daß der eine Meister seine Leute wie Menschen behandelt, während der andere sie ärger als das Vieh schindet. Woher diese ungleiche Behandlung? Es sind doch beides Leute aus dem Volke! Wie in den Städten in den Fabriken, geht es auf dem Lande auf den Gütern. Dort klagen die Tagelöhner: Unser Herr ist ganz gut, aber der verd. . Vogt! Was war der Mann denn früher? Arbeiter wie wir, nur daß er Glück gehabt hat und etwas geworden ist. Wo bleibt da aber die bessere Behandlung durch die Männer aus dem Volke? Daß die Sozialdemokraten, wenn sie ans Ruder kämen, es nicht besser machen würden, davon liefern die Zustände in den sozialdemokratischen Betrieben deutliche Beweise genug. Über die pleite gegangene sozialdemokratische Genossenschaftsbäckerei in Berlin wurde von den Arbeitern in öffentlicher Versammlung geklagt, wegen der erbärmlichen Behandlung. Kein dickbäuchiger, Arbeiter ausbeutender Bäckermeister ließe seinen Gesellen eine solche Behandlung zuteil werden, wie die von den sozialdemokratischen Genossen eingesetzten Geschäftsführer es beliebten. In Hamburg trug sich ein noch schlimmerer Fall zu. In der dortigen Genossenschaftsbäckerei kam es sogar zu Arbeitseinstellungen, weil die Gesellen von der sozialdemokratischen Geschäftsleitung, trotz vermehrter Anforderungen an die Arbeitskraft des Einzelnen, sich nicht nur wider-

rechtliche Lohnkürzungen und Abzüge gefallen lassen mußten, sondern sogar Arbeiten verrichten mußten, wie sie kein „Bourgeois-Meister" von seinen Gesellen verlangen würde. Der Geschäftsleiter Laufkötter blieb seinem Namen treu und machte sich unter Mitnahme der Kasse auf die Strümpfe.

Am 2. Dezember 1895 legte das gesamte Personal der sozialdemokratischen Parteidruckerei von Maurer & Dimmeck in Berlin die Arbeit nieder, wobei lebhafte Klagen über die Mißstände in diesem sozialdemokratischen Geschäft zum Ausdruck kamen. Die Sonntagsruhe war nicht inne gehalten worden, Überstunden gemacht und den Schriftsetzern wurde der Lohn vorenthalten. Bei der Kontrolle der Beamten habe man die Lehrlinge in Papiersäcke versteckt und die Gehilfen solange Biertrinken geschickt. Eine sozialdemokratische Arbeiterversammlung sprach in einer Resolution ihre tiefste Entrüstung über die in der arbeiterfreundlich sein wollenden Druckerei von Maurer & Dimmeck stattfindenden systematischen Überschreitungen der Gewerbeordnung aus.

Der in Leipzig herausgegebene „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" vom 1. Januar 1895 enthält eine Korrespondenz aus Kiel, in welcher die Verhältnisse der Kieler Druckerei der schleswig-holst. Volkszeitung, Provinzialblatt für Schleswig-Holstein, einer geradezu vernichtenden Kritik unterzogen werden. Ich will im voraus bemerken, daß der „Correspondent", sofern man dem Blatte einen politischen Charakter überhaupt beimessen will, mit sämtlichen „Fachorganen", die die Sozialdemokratie zu den ihrigen zählt, auf gleicher Stufe steht und ich mich deshalb dem sonst so beliebten Vorwurf der gefärbten Berichterstattung nicht auszusetzen brauche. Der Bericht sagt also, daß das Geschäft „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" nicht in der Weise florierte, wie man vorher angenommen hatte und daß es darum fortwährend mit einem Defizit zu kämpfen hätte. Dann heißt es weiter: „Denn es wird allgemein bedauert, daß sich die Geschäftsleitung der Volkszeitung ihrem Personal gegenüber auf einen so rigorosen Standpunkt stellt. Es sei traurig, daß man zur Verringerung des Defizits die Sparsamkeit einzig bei den Setzern walten lassen wollte." Darauf sollten die bisherigen 11 Setzer auf 10 reduziert werden. Die Setzer drohten mit einem Streik und Sperrung der sozialdemokratischen Druckerei, falls die „Profitwut der Obergenossen" das Reduktionsprogramm nicht fallen lasse, sie erklärten dann:

1. in keiner Druckerei der Stadt Kiel würden größere Ansprüche

bei gleichzeitig geringeren Gegenleistungen des Unternehmers gestellt, als in dem sozialdemokratischen Betriebe;

2. in keinem bürgerlichen Gewerbebetriebe in Kiel widerfahre den Arbeitern eine so beklagenswerte Behandlung wie in der sozialdemokratischen Druckerei;
3. in keinem Kieler Zeitungsbetriebe müßten die Setzer in so menschenunwürdigen Raumverhältnissen arbeiten, als in der Offizin des sozialdemokratischen Unternehmens.

Aus dieser Blütenlese der sozialdemokratischen Beschwerden ist es unschwer, die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Wieder einmal hat die völkerbefreiende Sozialdemokratie den Beweis ihrer absoluten Unfähigkeit erbracht, auf dem Boden der Wirklichkeit ihr Programm zu erfüllen; die im Parlamente und in Versammlungen laut werdenden sozialistischen Klagen über bürgerliche Ausbeutungssucht sind eitel Heuchelei! Die sozialdemokratischen Betriebe lehren von Tag zu Tag, daß sie unter Anwendung ihres Parteiterrorismus die Arbeiter meisterlich zu knechten und auszunutzen wissen. Hier ist der Beweis, daß bei der gegen die großkapitalistische Profitwut eifernden Sozialdemokratie zwischen Theorie und Praxis ein gewaltiger Unterschied ist. Es wird meinen sozialdemokratischen Gegnern jedenfalls ein leichtes sein, eine Gegenliste aufzustellen. Aber es ist doch etwas anderes, wenn Männer, die ein Geschäft daraus machen, die Schäden und Mängel ihrer Mitmenschen aufzudecken, schließlich bei Licht besehen, genau dieselben Fehler zeigen, die sie bei andern Leuten so scharf rügen; wem fiele da nicht das Wort unseres Heilandes ein von dem Splitter im fremden Auge und dem Balken im eignen Auge!

Solange also die Sozialdemokratie nicht die Garantie übernehmen kann, daß ihre „Männer aus dem Volke" uns Arbeiter alle besser behandeln werden, haben wir keine Veranlassung, eine Umwälzung des Bestehenden herbei zu wünschen; denn das wissen wir doch auch, daß bei einer solchen Umwälzung die ruhigen und besonnenen Elemente zurückgedrängt werden und die größten Schurken ans Ruder kommen. Obgleich es hierfür viele Beispiele in der Geschichte giebt, führe ich doch nur eines an. Als im Jahre 1792 die große französische Revolution einen vorwiegend sozialdemokratischen Charakter annahm, gelangten die sogen. Schreckensmänner zur Herrschaft: Danton, Robespierre und Marat. Diese drei waren keine Menschen mehr, sondern Bluthunde und Teufel in Menschengestalt. Jeder, welcher anderer Meinung als sie war,

wurde im Namen der Freiheit enthauptet: „Wer sich der Freiheit widersetzt, der muß fallen!" war die Losung! Da ihnen das Köpfen mit der Hand zu langsam ging, so erfanden sie eine Maschine, die Guillotine, mit deren Hilfe sie täglich Hunderte enthaupteten. Wie viele Hunderttausende unschuldiger Menschen sind von diesen Bluthunden mittelst der Guillotine ums Leben gebracht! Zum Gerichthalten war keine Zeit, der Verdacht allein genügte. Die Einwohnerschaft verschiedener Städte wurde bis auf die Hälfte hingerichtet, so in Nantes, Lyon, Toulon 2c. Damals gab es keine Stadt in Frankreich, in welcher die Bluthunde nicht ihr Wesen getrieben. Marat stand auf der Rednertribüne des Convents mit einer Pistole, um jeden, der widersprach, über den Haufen zu schießen. Robespierre war ein Advokat aus dem nördlichen Frankreich, welcher aus dem Richterkollegium seiner Vaterstadt austreten mußte, weil er das Todesurteil eines überführten, gemeinen Verbrechers nicht unterzeichnen wollte; denn er sagte damals: Wir können keinem Menschen das Leben geben, also haben wir auch kein Recht ihm dasselbe zu nehmen. Derselbe Mensch, welcher einen überführten gemeinen Verbrecher nicht zum Tode verurteilen konnte, konnte später kalten Herzens viele Tausend Unschuldiger auf das Schaffot schicken. Damals galten die Worte Camille Desmoulins: „Der Convent ist in geregelter Schur, wir werden alle an die Reihe kommen!" Weiter hieß es: „Nachsicht üben gegen die Feinde der Revolution heißt, den Mord der Patrioten vollziehen!" weiter: „Wer die Verführung der Bürger oder der öffentlichen Meinung begünstigt, verfällt der Todesstrafe!" Recht bezeichnend war auch folgender Satz, der im Convent als berechtigt anerkannt wurde: „Ein echter Jakobiner muß wenigstens dreimal den Galgen verdient haben."

Der Lohn ihrer Thaten ist ihnen allen nicht entgangen. Marat starb in der Badewanne durch die Hand der mutigen Jungfrau Charlotte Corday. Danton, Herbet, Vincent, Rousin, Desfieux, Proli, Chabot, Bazire, Delaunai, Fabre d'Eglatine, Herault, Sechelles und Camille Desmoulins endeten alle unter der Guillotine auf Befehl des Robespierre, bis dieser schließlich durch seine Freunde, welche sich vor seiner Blutgier auch nicht mehr sicher fühlten, auf das Schaffot geschickt wurde. Solche Schreckensthaten waren nicht nur vor hundert Jahren möglich. Die Pariser Kommune vom 18. März 1871 lehrt uns, daß die Neuzeit in dieser Beziehung um nichts besser geworden ist. Aber etwas anderes lehrt uns die Geschichte der großen Revolution auch: Auf

den Trümmern der roten Republik entstand eine gemäßigte und diese verwandelte Napoleon Bonaparte unter dem Jubel der ganzen Nation in ein Kaiserreich. Was ist nun unsere Hauptlehre aus diesem Rückblick in die Geschichte?

Die gewaltsame Umwälzung der bestehenden Ordnung wird nimmermehr dem Volke eine Wohlthat bringen, und die sogen. „Männer aus dem Volke" erst recht nicht!

Die internationale Sozialdemokratie giebt vor, die ganze Menschheit verbrüdern zu wollen. „Das Wort Vaterland, das Ihr im Munde führt, hat keinen Zauber; Vaterland in Eurem Sinn ist uns ein überwundener Standpunkt: ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff", rief Liebknecht aus, als er im Reichstag die Rückgewinnung der Reichslande als einen Raub brandmarkte und unter Beschimpfung des deutschen Kaisers sagte: „Wir erklären der Verfassung hiermit den Krieg!" Der Sozialdemokrat Hasselmann nannte die Pariser Kommunards seine Freunde, welche in dem Kampf mit den Ordnungsbanditen von Versailles starben. In seinen Augen hat also die Ordnung schon etwas Banditenhaftes! Das giebt doch wahrlich genug zu denken!! Wie steht es nun aber mit der internationalen Weltverbrüderung? Ist dieselbe möglich oder denkbar? Ich sage: Nein! und abermals: Nein! Wenn die ganze Menschheit ein Volk, die ganze Erde ein Staat sein soll, dann muß dieser Staat doch eine gemeinsame Oberleitung haben; aber wo soll diese ihren Sitz einnehmen? Bei dieser Frage würden sofort die einzelnen Nationalitäten aufeinander platzen. Der Russe würde doch nur Petersburg oder das heilige Moskau anerkennen; die Deutschen würden sich am Ende wohl gar für Berlin entscheiden, gewiß ist es freilich noch lange nicht; Österreich hat zwei Hauptstädte: Wien und Budapest; nach der Ansicht der Franzosen ist Paris die erste Stadt der Welt u. s. w. Würde dieser Streit etwa nicht eintreten? Die deutschen Sozialdemokraten streiten sich ja jetzt schon im eignen Land, wo die Oberleitung sein und wer sie ausüben soll; oder wie ist sonst das Gerede über „süddeutschen Partikularismus" zu verstehen? Der spanische Minister Vega de Armigo erklärte vor einigen Jahren auf eine diesbezügliche Interpellation: „Alles Geld der Welt reicht nicht hin, um einen Fuß breit spanischen Landes zu kaufen." Das ganze spanische Land, das schon für Kuba zitterte, hat dieser Erklärung begeistert zugejubelt. In Nordamerika heißt es: „Amerika den Amerikanern." Der Nationalitätenkampf ist so alt wie die Weltgeschichte, daran wird auch das Luft-

gespinnst der Internationalen nicht ein Titelchen ändern. Das Wort von der freien Verbrüderung ist ein Unsinn; kein Volk läßt sich durch ein anderes beherrschen: es sei denn durch Gewalt.

Es ist eine traurige Thatsache, daß die deutschen Sozialdemokraten, dank der ewigen Verhetzungen ihrer vaterlandslosen Führer der Internationalen huldigen, denn die ausländischen Sozialdemokraten kennen diesen Schwindel nicht. In Frankreich ruft der Sozialdemokrat ebenso gut nach Revanche wie der Bourgeois. Bebel und Singer können ja selbst davon erzählen, wie das erste, welches die französischen Sozialdemokraten ihnen entgegen riefen, war: Tretet uns Elsaß-Lothringen ab! Der Franzose bleibt eben Franzose, wie der Deutsche ein Deutscher bleibt, ja selbst der Ungar will sich nicht einmal zum Österreicher machen lassen, trotzdem der österreichische Kaiser sein König ist. Ob Bebel und Singer sich wohl den Franzosen unterordnen wollen, oder möchten diese Herren ihre Meinung mitteilen, ob sie wirklich glauben, daß die Franzosen sich ihnen unterordnen werden?!

Die Sozialdemokraten wollen die Gleichheit nicht allein in staatlicher Beziehung herstellen, sondern sie möchten sie auch gerne im Geldbeutel hergestellt wissen. Jetzt freilich leugnen die Sozialdemokraten, die Absicht einer direkten Teilung des Besitztums gehegt zu haben. Aber alle, die ihre Brandreden aus dem Anfang der siebziger Jahre selbst gehört haben, werden es wissen, wie nett die Sozialdemokraten damals die Vorteile einer allgemeinen Teilung des Geldes auszumalen wußten. Heutzutage freilich, wo sie merken, daß sie mit diesem Blödsinn die großen Massen des Volkes nicht mehr gewinnen können, fassen sie ihre Forderung so: „Im sozialen Staate muß alles Privatvermögen aufgehoben werden, nur der Staat darf Vermögen haben!" Eine allgemeine Teilung des Vermögens wäre doch nur ein einmaliges Unrecht, aber die Konfiskation des Privatvermögens wäre ein bleibendes Unrecht; denn der fleißige Arbeiter wäre gezwungen, für die Gesamtheit zu arbeiten und die faulen Arbeiter würden sich durch die fleißigen mit durchschleppen lassen. Es würden dabei nicht nur die großen Kapitalien der Bourgeoisie, sondern auch die Ersparnisse des kleinen Mannes verschwinden. Freilich hat Bebel versprochen, daß die Ersparnisse des kleinen Mannes nicht miteinbegriffen sein sollen; aber wie will Herr Bebel das eigentlich anstellen; denn die Ersparnisse des kleinen Mannes sind doch von den Sparkassen, bei denen sie belegt sind, in Hypotheken oder sonstigen Effekten angelegt, welche doch konfisziert werden würden.

Wie will denn nun Herr Bebel die Sparkassen in den Stand setzen, den Forderungen ihrer Gläubiger gerecht zu werden. Alles Reden hilft da nichts: wenn alle Vermögen annektiert werden, müssen auch die Ersparnisse des kleinen Mannes verschwinden. Daß dies aber eine große Zahl aus dem Volke treffen würde, beweisen die 4—5 Milliarden Sparkasseneinlagen in Deutschland, wovon wieder die Hälfte innerhalb der letzten 10 Jahre hinzugekommen sind. Bei diesen Einlagen stehen 7—8 Millionen Eigentümer verzeichnet, welche wohl schwerlich alle zu den obern Zehntausend gehören.

Die Sozialdemokraten begründen diese Konfiskation mit folgenden Worten: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages." Sehen wir uns doch auch diesen Satz einmal etwas näher an. Die Sozialdemokraten wollen doch die Stück- und Akkordarbeit abschaffen und dabei bei gleicher Arbeitszeit gleichen Lohn auszahlen. Bei der Stück- und Akkordarbeit verdient der fleißige und geschickte Arbeiter mehr wie der faule und ungeschickte. Es liegt also bei dieser Löhnungsart für den Arbeiter ein gewisser Zwang vor, sich in seinem Beruf immer weiter auszubilden. Wie steht es nun aber hiermit nach Einführung jener sozialdemokratischen Maßregel? Alle Arbeiter erhalten bei gleicher Arbeitszeit denselben Lohn. Es ist dann also vollständig gleichgiltig, ob der Arbeiter gut oder schlecht, viel oder wenig arbeitet. Sobald die klingende Anerkennung fehlt, kann doch von einem Streben nach Vervollkommnung gar keine Rede mehr sein. Was wird da die Folge sein? Unsere jetzt blühende Industrie muß zu Grunde gehen, der Arbeiterstand, ja unser ganzes Volk muß versumpfen! Wenn aber die Industrie zu nichte ist, dann wird nichts mehr verdient, womit will dann aber der famose Zukunftsstaat seine mittellosen Bürger ernähren und erhalten; denn das Privatvermögen ist ja vorher abgeschafft?! Der Zukunftsstaat würde sich durch solche Maßregel sein eigen Grab graben. Doch sehen wir uns auch einmal die Geschichte von der andern Seite an. Sobald der soziale Staat zur Wirklichkeit geworden ist, müssen alle Fabrikanten und Geschäftsleiter, sowie die Kapitalisten ihren gesamten Besitz an den Staat abtreten. Von dem Augenblicke an soll der Arbeiter in den vollen Genuß seines Verdienstes treten. Das hört sich ja freilich für den, der nichts hat, sehr schön an. Ich will bei der Erörterung dieser Frage davon absehen, ob es

auch wirklich „Gleiches Recht für alle" ist, wenn der fleißige und strebsame Arbeiter hernach nicht mehr verdienen soll als der Tagedieb und Säufer. Ich will nur dieses anführen: In jedem größeren Betriebe muß es doch Aufseher oder Meister geben, die die Arbeiter beaufsichtigen, und über diesen muß doch wieder ein Betriebsdirektor stehen, welcher die Gesamtarbeit überwacht. Wie gedenken wohl die Sozialdemokraten diese Einrichtung zu regeln, damit sie ihrem Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!" gerecht werden? Nach dem Bebel'schen Buche „Die Frau" sollen diese nicht mehr Lohn haben wie die geringeren Arbeiter; denn es heißt dort S. 286: „Mit welchem Recht verlangt einer einen Vorzug vor dem andern? Ist jemand von der Natur so stiefmütterlich behandelt, daß er bei dem besten Willen nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für die Fehler der Natur nicht strafen. Hat jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die anderen erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist." Danach kann also ein Meister nicht mehr Lohn beanspruchen wie der niedrigste Arbeiter und die Führer der Sozialdemokratie müßten auf die großen Parteigehälter verzichten, welche sie jetzt beziehen und auf welche ich gelegentlich noch zurückkommen werde; denn in dem Bebel'schen Buche heißt es weiter S. 289: „Richtig betrachtet ist ein Arbeiter, der Kloaken auspumpt, um die Menschheit vor gesundheitsgefährlichen Miasmen zu schützen, ein sehr nützliches Glied der Gesellschaft, wo hingegen ein Professor, der gefälschte Geschichte im Interesse der herrschenden Klassen lehrt, ein äußerst schädliches Individuum ist." Da nun die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber schon mehrfach Geschichte gefälscht haben (ich erinnere nur an die sozialdemokratische Darstellung der Entstehung des Krieges 1870/71 bei Gelegenheit der 25jährigen Jubelfeier), so ist jeder ehrliche Arbeiter mehr wert, als solch ein sozialdemokratischer Hetzapostel. Würde man nun aber wirklich mit allen Meistern und dergleichen einmal aufräumen, was würde dann das Ende werden? Dann könnte ja jeder Arbeiter thun und lassen, was ihm beliebt; der eine würde niederreißen, was der andere aufgebaut hat. Zuletzt würden sich die Herren bei der Arbeit uneinig und wenn schließlich die Arbeitszeit glücklich um wäre, dann würden sie mit blutigen Köpfen in ihre heimatlichen Hütten heimkehren. Das ginge doch nicht! Nehmen wir also an, die Meister und Betriebsdirektoren würden beibehalten; würden diese sich wohl anstrengen, sich mehr Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, wenn sie doch nur den-

selben Lohn bekämen, wie die gewöhnlichen Arbeiter? Zum reinen Vergnügen quält sich doch keiner körperlich und geistig ab. Hätten aber auf der andern Seite nicht auch wieder die Arbeiter Grund zur Unzufriedenheit? Oder nach welchem Gesichtspunkte sollte die Arbeit verteilt werden? Würde sich nicht jeder für tüchtig genug halten, wenigstens Meister zu sein? Herr Bebel meint nun zwar, daß die Arbeiter sich selbst ihren Meister wählen könnten und wenn er ihnen nicht mehr gefallen sollte, einfach durch einen neuen ersetzen; auch hält Bebel es garnicht für ausgeschlossen, daß die Sache auch einmal der Reihe nach mit Abwechselung vor sich gehen könnte. Das wäre ja jetzt schon leicht einmal zu versuchen. In der sozialdemokratischen Partei sind jetzt schon viele, die Bebel, Singer, Liebknecht um ihre Führerschaft beneiden. Wie wäre es, wenn diesen aufstrebenden Herren auf kurze Zeit die Führung der Partei überlassen würde? Auch könnte ja in den sozialdemokratischen Druckereien und anderen Parteibetrieben die Arbeit abwechselnd vollführt werden und dazu dann gleicher Lohn an alle Arbeiter verabfolgt werden. Aber das geschieht in keinem einzigen Betriebe, der Unterschied ist ein sehr gewaltiger. Die Geschichte mit der Verteilung des gesamten Verdienstes an die Arbeiter hat aber auch noch eine dritte unangenehme Seite. Solange die Fabrik wirklich etwas verdient, läßt sich der Gewinn ja leicht verteilen; wie nun aber, wenn statt eines Gewinnes ein Verlust einträte? Passiert dies nicht auch manchmal? Warum gehen so manche Fabriken fallit? Doch nur weil der Verlust größer war als der Verdienst.

Von den Sozialdemokraten wird es immer so dargestellt, als wenn die Arbeitgeber mühelos einen großen Verdienst einzuheimsen und diesen nur in Saus und Braus zu verbringen hätten. Um nun den Arbeitgebern dieses Genußleben etwas zu schmälern, sind von der Sozialdemokratie zahlreiche Konkurrenzunternehmungen ins Leben gerufen worden, wie vor allen Dingen ihre Zeitungsdruckereien, die ja freilich in erster Linie der politischen Agitation dienen sollen; aber auch eine ganze Reihe anderer Betriebe, wie Bäckereien, Zigarrengeschäfte, Konsumvereine u. s. w. Wie steht es nun mit deren finanziellem Erfolg? Der sozialdemokratische Redakteur des Braunschweiger „Volksfreundes“, Richard Calwer, schreibt: „Gegenwärtig wird der ganze Bedarf des Menschen, von der Kleidung bis zu den Zigarren aus kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Geschäften gedeckt. Aber gerade diese Geschäfte spielen dem Arbeiter gegenüber die Rolle des Ausbeuters in noch miß-

licherer und widerwärtigerer Weise als die bürgerlichen Ausbeuter. Der Kleinhändler, bei welchem — immer noch nach Herrn Calwer — die Ware ebenso teuer aber schlechter als beim großen Kaufmann sind, der kleine Kneipwirt und was sie alle sein mögen, sehen in dem Arbeiter sofort den Konsumenten. Das Bestreben, die Arbeiter daran zu gewöhnen, die neuen großen Bieretablissements zu besuchen und die gesundheitsschädlichen dumpfen Kneiphöhlen zu meiden, ruft eine ungeheure Opposition unter jenen kleinen Wirten hervor. Die Arbeiter zahlen ihr Geld an die sozialdemokratischen Geschäfte und erhalten dafür Waren, welche sie vom Großkaufmann besser beziehen könnten. Eine große Anzahl sozialdemokratischer Zeitungsdruckereien wird schon seit vielen Jahren nur durch die Zuschüsse aus der Parteikasse über Wasser gehalten und wäre ohne dieselben schon längst der Vergangenheit anheimgefallen. Die großen Bäckereien in Berlin und Hamburg sind pleite gegangen und haben tüchtig Schulden hinterlassen. Die Zahl der sozialdemokratischen Konsumvereine, welche pleite gegangen sind, ist auch nicht klein. In Gelsenkirchen mußten 3000 noch haftbare Mitglieder des verkrachten Konsumvereins noch je 12 Mk. nachzahlen, behufs Deckung der Schulden des Vereins und der Kosten des Konkursverfahrens. So geht ein Betrieb nach dem andern über Bord und die beteiligten Genossen werden um ihr bischen Geld ärmer und um eine bittere Erfahrung reicher. Selbst der sozialdemokratische Reichstagskandidat für den 1. Berliner Wahlkreis und Berliner Stadtverordnetenkandidat Schneidermeister Täterow hat nach zweijähriger Meisterschaft seine absolute Unfähigkeit bewiesen und ist Konkurs gegangen. Gerade bei dieser Gründung spielten recht interessante Nebenumstände mit. Um Täterow vorwärts zu helfen, wurde auf Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission eine Kontrollmarke für Schneiderarbeiten vor zwei Jahren eingeführt im Interesse einer Betriebswerkstätte, deren Leiter Täterow sein sollte und jedem zielbewußten Arbeiter und Arbeiterin zur Pflicht gemacht, nur Schneiderwaren mit der Kontrollmarke des Herrn Täterow zu kaufen. In der Diskussion hob nach dem Bericht des „Vorwärts“ der Kaufmann Hinze hervor, daß mit der Kontrollmarke zweifellos nur ein einzelner Unternehmer ein Geschäft machen wolle. Herge (Wäschebranche) bezeichnete die Einführung einer Kontrollmarke bei der gegenwärtigen Krise für ein verfehltes Beginnen. Das Fiasko der Hutmacher sollte andere Gewerkschaften davon abhalten. Schneider Täterow aber meinte, durch seinen Großbetrieb würde es ermöglicht, die

Kontrollmarke einzuführen, ohne die Ware zu verteuern. (Wo die übrigen sozialdemokratischen Kleinmeister bleiben, war ja nicht seine Sache.) So geht es bei den meisten sozialdemokratischen Geschäften: statt Verdienst, großer Verlust. Nicht allein, daß die armen Arbeiter, welche ihr Geld zur Gründung solcher Parteigeschäfte hergegeben hatten, ihr Geld los wurden, sondern es waren noch bedeutende Schulden zugemacht und was die Behandlung der Arbeiter in diesen Parteigeschäften anbetrifft, so wurden die Klagen laut, daß die Arbeiter noch viel schlechter behandelt wurden als bei den nichtsozialdemokratischen Konkurrenten, stellenweise war es schon nahe vor dem Streik. Du siehst also, lieber Leser, mit dem Verteilen des Gewinnes wäre es ein herrlich Ding, wenn nicht die Verluste wären. Denn diese zu tragen ist der Arbeiter nicht imstande. Also muß man wohl auch das Verteilen zu den unerfüllbaren Wünschen rechnen, auf die man verzichten muß.

Ich will noch einen weiteren Beweis bringen, daß der sozialdemokratische Zukunftsstaat ein Unsinn ist, der sich nicht verwirklichen läßt. Die Sozialdemokraten versprechen ja dem Arbeiter in ihrem Zukunftsstaate einen größeren Lohn, als er jetzt schon bezahlt wird. Schön! Was nützt mir aber der größere Lohn, wenn ich kein Privatvermögen erwerben darf? Warum sollte ich vorwärts streben, wenn ich doch nicht mehr besitzen darf, als mein fauler Nachbar, der das, was er hat, noch obendrein versäuft? Es würde, wie ich schon oben andeutete, auch aus diesem Grunde das Streben aufhören und damit Not und Elend anfangen. Nun haben aber einige Führer der Sozialdemokratie, wie z. B. Singer, sich ein ziemlich beträchtliches Vermögen erworben und suchen dieses noch fortwährend zu vergrößern. Ich tadle Singer deswegen nicht. Ich möchte ihn nur fragen, ob er nicht vielleicht gesonnen sei, sein Vermögen der guten Sache zu opfern und dem kommunistischen Staate zu überliefern? Falls Herr Singer, wie ich nicht anders erwarte, darauf mit „Ja“ antwortet, dann möchte ich ihn doch fragen, warum er es nicht jetzt schon opfert, dann würden doch den Arbeitern, die sich den letzten Groschen für die gute Sache abknappen müssen, mancherlei Erleichterungen zu verschaffen sein. Für ihn müßte es doch ein Leichtes sein, alles für die gute Sache hingeben zu können, denn da er ja als Präsident oder Minister des Zukunftsstaates nicht mehr Lohn beansprucht, als der gewöhnlichste Arbeiter, so wird er auch jetzt schon leicht soviel verdienen können, um dementsprechend seine leiblichen Bedürfnisse zu befriedigen. Fragen wir nun aber einmal, wie ist der

reiche Singer denn zu dem großen Vermögen gekommen? Seine Freunde und Parteigenossen prahlen damit groß und sagen, er ist Millionär! Ja woher stammt denn seine Million? Von den armen Mantelnäherinnen, die er und sein ebenfalls jüdischer Kompagnon Rosenthal auf echt jüdische Manier ausgebeutet haben! Es ist eine bekannte Thatsache, daß der ehrliche Singer seine armen Mantelnäherinnen ganz miserabel schlecht bezahlt hat. Wenn nach sozialdemokratischer Lehre die zu gering bezahlte Arbeitsleistung Betrug ist, so hat Singer sich durch diesen Betrug zum reichen Mann gemacht. Die Sozialdemokraten behaupten zwar, Singer wäre an der ganzen Sache unschuldig, sein Kompagnon Rosenthal hätte die Ausbeutung besorgt. Sollte Herr Singer denn wirklich garnicht gewußt haben, wie miserabel sein Kompagnon die armen Mantelnäherinnen bezahlte? Oder ist es nur der bekannte Notruf der Gebrüder „Langfinger": Haltet den Dieb!? So sind die von innerer Überzeugung triefenden Sozialistenführer, die tagtäglich einen erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus führen. Als ein strafwürdiges Verbrechen schildern die Wortführer des Klassen- und Massenkampfes das Anhäufen großer Kapitalien. Sie sind schnell bei der Hand, über die Unproduktivität solcher Kapitalanhäufungen zu jammern und suchen, ähnlich wie das der bekannte Ahlwardt zu thun pflegt, darin einen Diebstahl am Nationalvermögen zu charakterisieren. Das geschieht in sozialdemokratischen Versammlungen und in schön erdachten Parlamentsreden. In der nüchternen Wirklichkeit aber sehen diese erbitterten Feinde des Kapitals ganz anders aus. So ist bekannt, daß der verstorbene Sozialdemokrat Friedrich Engels ein Vermögen von einer halben Million Mark hinterlassen hat. Anläßlich der letzten Lassalle-Feier traten u. a. als Wortführer gegen den „fetten Besitz" vor den jubelnden Proletariern auch die Genossen Auer, Stadthagen und Keßler auf, die alle drei „Besitzende" sind. Auer, der „Staatsanwalt" der Partei, hat eine Einnahme von 6—7000 Mark (Proletarier haben bekanntlich nicht so viel); Stadthagen, der nicht wegen seiner politischen Thätigkeit aus dem Rechtsanwaltsstande entfernte jetzige Redakteur des „Vorwärts", hat in Berlin eine Wohnung, die ein Proletarier fürstlich nennen würde; Regierungsbaumeister a. D. Keßler ist ja wohl auch nicht „a. D." wegen seiner politischen Thätigkeit geworden; nicht jeder Bourgeois soll sich leisten können, was er sich leistet; die Hetzereien bei den Bauhandwerkern müssen eben ein schönes Stück Geld einbringen. Alles nette Proletarier! Dazu kommen noch, um einige weitere Bei-

spiele anzuführen, der alte Liebknecht mit 7200 Mk. festem Gehalte und 3000 Mk. Nebeneinkommen (französische Zeitungen) der vielgenannte Dr. Arons, der 3 bis 4 Ministergehälter verzehren kann, sowie endlich der reiche Buchdrucker Dietz in Stuttgart (Abgeordneter für Hamburg), der mit einem mittellosen Reichskanzler nicht tauschen würde; Bebel ist trotz seiner teuren Wohnung und großem Aufwand ein sehr vermögender Mann und Rittergutsbesitzer geworden; Genosse Vollmar kann sich als Wohnung die herrlichste Villa leisten; der von anarchistischen Anwandlungen angekränkelte Dr. Benedikt Friedländer hat einen Palast in der Regentenstraße in Berlin; Genosse Dr. Schönlank hat 5000 Mk. festes Gehalt; der Schriftsetzer Fischer (Abgeordneter für Berlin II) hat nicht weniger; dazu beziehen die meisten Parteidiäten als Abgeordnete zum Reichstag. Hier erkennt man die Wahrheit des Bibelwortes: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!" So zeigen diese Wortheldeu durch ihre eigenen Thaten, was wir von ihrer Zukunftsmusik zu halten haben. Ich für meine Person sage: die Herren Agitatoren gedenken es bei jener großen Umwälzung zu machen, wie ihre Geistesbrüder, die Führer der Pariser Kommune, die sich vorher extra weite Taschen hatten anfertigen lassen und auch nicht vergaßen, diese zu füllen.

Wenn sozialdemokratischen Blättern der Zufall zuweilen eines der vielen „von oben" kommenden Aktenstücke auf den Redaktionstisch weht, so sind andererseits durch eben solchen Zufall sozialdemokratische Rechnungen ihren Gegnern in die Hände gefallen. Aus diesen ergiebt sich, daß, wer nicht ohnehin im festen Solde der Partei steht, für die Agitation ganz erkleckliche Vergütungen herauszuschlagen weiß. Ich spreche hier nicht von den Parteigrößen, die von den Hauptstädten aus das Ganze leiten, sondern von den Machern fünften und sechsten Ranges, welche in Provinzialstädten ihr Werk treiben. Es liegen Rechnungen vor, welche beweisen, daß diese sich ihre Bemühungen für die Wahlen mit täglich 10 Mark und Eisenbahnkosten bezahlen lassen. Daß solche Vergütungen auf Leute, die sonst mit einem Lohne von wöchentlich vielleicht 20 bis höchstens 25 Mk. auskommen müßten, einen großen Reiz ausüben, neben den abwechselungsreichen Ausflügen von Ort zu Ort, liegt auf der Hand.

Ich habe bis jetzt versucht, Beweise zu liefern, daß die sozialdemokratischen Agitatoren ihrem ganzen inneren Wesen nach garnicht imstande sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern, jetzt will ich einmal den Spieß umwenden und behaupten: „Ohne Kapital kann die Welt

garnicht bestehen!" Ich verstehe in diesem Falle unter Kapital das von den Sozialdemokraten verhaßte Privatvermögen. Ich will, um meine Behauptung auch zu beweisen, zunächst nur einen Fall herausgreifen. Wir wissen alle, wie viele tausende Arbeiter heute durch die Schiffbauindustrie beschäftigt werden. Wer würde wohl Schiffe bauen lassen, wenn es kein Privatvermögen mehr gäbe? Da antworten freilich die Sozialdemokraten ganz keck: Der Staat! Ich frage aber: Zu welchem Zweck? Was sollte der Staat mit der ganzen Handelsmarine? Denken wir uns nun aber doch den Fall, der Staat nimmt den gesamten Schiffbau und Handel in die Hand, wie wird es dann in der Zukunft aussehen? Um die paar Schiffe, die der Staat jetzt bauen läßt, wird wochenlang im Reichstag hin und herdebattiert. Wann würden wohl die Schiffswerften in Thätigkeit kommen können, wenn erst der Reichstag (denn so etwas wird es wohl auch im Zukunftsstaat geben müssen, damit keine Diktatur oder Despotie eintritt), über jedes kleine Fischerboot erst Beschluß fassen müßte? Ich fürchte, den Werftarbeitern würde doch die Zeit etwas lang werden, bevor sie zur Arbeit und zum Verdienst kämen. Wer sollte dann ferner den Schaden tragen, wenn die Schiffe Havarie erlitten oder gar untergingen? An Versicherung der Schiffe könnte doch nicht gedacht werden, wenn nur der Staat Vermögen haben dürfte. Ich weiß es sehr wohl, daß verschiedene Sozialdemokraten mit einem mitleidigen Lächeln auf mich herabsehen und auf die Staatsbahnen hinweisen werden, welche unter staatlicher Verwaltung sehr gut arbeiten. Aber ist es nicht etwas ganz anderes mit der Schiffahrt als mit der Eisenbahn; diese ist schon von selbst auf den Großbetrieb hingewiesen, aber die Schiffahrt ist auf verschiedene Einzel- und Konkurrenzbetriebe angewiesen. Die großen direkten Dampferlinien wollen nach einem andern Prinzip geleitet sein als die sogen. wilden Frachtfahrten, die kleinen Küstenfahrer wieder anders als z. B. die Fischerfahrzeuge. Die Sozialdemokraten werden sagen, der Staat läßt nach Bedürfnis bauen. Ja, ist denn alles, was gebaut wird, Bedürfnis? Mit nichten! Vieles, was gebaut wird, ist garkein Bedürfnis, sondern beruht auf Spekulation, gerade so wie es mit dem großen Maschinenbau und überhaupt mit der ganzen Industrie geht. Ist denn jede neue Erfindung auch gleich ein Bedürfnis? Ganz und garnicht, manche sind sogar arg verkannt worden und wurden gar für gemeinschädlich erklärt, so ist es der Nähmaschine, der Eisenbahn, dem Brückenbau aus Eisen und so manchen anderen Erfindungen ergangen,

die anfangs selbst von Fachkreisen bekämpft wurden. Aber die wirklich brauchbaren Erfindungen haben sich schließlich doch durchgekämpft, sodaß sie jetzt zum Bedürfnis geworden sind. Sollte nun über die Bedürfnisfrage ein Parlament oder gar eine einzelne Person entscheiden, so würde das einen schlimmen Rückschritt bedeuten, denn es würde mancher, mancher Fortschritt zurückgehalten werden, solche furchtbare Macht würde leicht verhängnisvoll für das ganze Volk wirken. Es ließen sich hier noch eine ganze Unmenge Fragen aufwerfen, welche aber alle dasselbe Endresultat zeitigen würden: An dem Tage, wo das Privatvermögen aufhört, wird auch der Schiffbau aufhören. Sobald aber der Schiffbau aufhört, wird es auch bald mit dem Maschinenbau, ja mit der ganzen Eisen- und Kohlenindustrie zu Ende sein. Mit dem Privatvermögen werden auch noch andere Erwerbszweige aufhören, z. B. die ganze Luxusindustrie, denn wie soll einer noch Luxus treiben, wenn er nur auf den verdienten Tagelohn angewiesen ist?

Ich sehe auch hier schon jetzt das mitleidige Lächeln der Sozialdemokraten, die mich der Unkenntnis zeihen und mich auf die Staatswerften, Gewehrfabriken und Bergwerke mit ihren vielen Arbeitern hinweisen werden. Das ist freilich wahr! Aber es würde doch eine Übergangszeit eintreten müssen, bevor der Staat alles neugeregelt hätte. Was sollte während dieser Zeit aus den Arbeitern werden? Ich bin doch nicht dumm genug, um zu glauben, daß die Fabrikbesitzer, sobald sie merken, daß es mit dem Privatvermögen zu Ende geht, ihre Fabriken nur eine Minute weiter arbeiten lassen; ich bin vielmehr der Meinung, jeder wird seine Habseligkeiten zusammenraffen, so viel nur irgend möglich ist, um sie als Notgroschen in der Erde zu vergraben. Angenommen aber auch, der Staat käme glücklich um diese Klippe herum, wo will er dann aber auf einmal das ungeheure Verwaltungspersonal für alle Fabriken hernehmen? Die jetzigen Beamten sollen ja alle als Menschenschinder weggejagt werden und von der Straße kann der Staat doch das Personal nicht auflesen. Eine größere Arbeitsstockung wäre unvermeidlich und jede Arbeitsstockung bringt für den Arbeiter stets Hunger und Elend.

Ein trübes, schauerliches Bild! wird wohl mancher Leser denken und sich schließlich trösten: Ganz so schlimm ist es doch wohl nicht mit den Zielen der Sozialdemokraten, wie Du es uns schilderst. Der Trost, lieber Leser, ist nichtig; denn was öffentlich geredet ist, das läßt sich doch nicht ableugnen. Bebel hat schon anfangs der siebziger Jahre sich

über die Ziele seiner Partei in der Streitschrift: „Unsere Ziele" ausgelassen; er schreibt da: „Zwei Wege giebt es, um unser Ziel zu erreichen. Der eine ist: Nach Herstellung des demokratischen Staates die allmähliche Verdrängung der Privat-Unternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg wird eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise, gegen welche die soziale Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangen und auf dem Wege des Kompromisses ihren Untergang als exploitierende Klasse und ihren Übergang als Gleiche in die Gesamtheit zu bewerkstelligen suchen. Der andere entschieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltsame Expropriation, die Beseitigung der Privat-Unternehmer mit einem Schlage, einerlei durch welche Mittel!"

Hiernach könnte es ja scheinen, als ob den Privat-Unternehmern selbst die Wahl gelassen werden soll, aber Liebknecht, neben Bebel noch jetzt der erste Führer der Partei, ruft ihnen zu: „Denkt, was Ihr Lust habt, thut, was Ihr Lust habt, Ihr Herren, aber das laßt Euch gesagt sein: Um die Revolution kommt Ihr nicht herum!" An anderer Stelle sagt derselbe: „Es wird uns keinen Augenblick einfallen, den Arbeitern von der Anzettelung einer Revolution abzuraten; denn wer die neue Gesellschaft will, hat vor allem auf Vernichtung des alten Staates hinzuwirken!" Als Ergänzung füge ich noch eine Äußerung von W. Brake in Braunschweig hinzu: „Da wir wenig Hoffnung haben, dies auf friedlichem Wege zu thun, so bereiten wir die Gewalt vor!" Auch das Lied wird zu Hülfe genommen, um die Geister zu entflammen. Hiervon nur eine Probe:

Rebellion.

1. Zagst Du noch immer, träumendes Geschlecht,
Rebell zu sein vom Scheitel bis zur Sohle?
Glaubst Du noch immer, daß sein gutes Recht
Das Volk auf friedensvoller Bahn sich hole?
2. Nein, nur Gewalt verdrängt der Dränger Schar
Und nur Gewalt wird ihre Sünden rächen!
Die Rebellion mit wallendem Lockenhaar,
Sie wird allein der Knechtschaft Bande brechen!
3. Sie naht, denn lange schon hat sie gehört,
Wie schmerzensvoll das Volk nach ihr geschrieen.
Des Völkerhasses Säule wird zerstört
Die Flamme reinigt deutsche Tuilerien!

So sprachen die Sozialdemokraten bis zum Jahre 1878, da sie sich noch frei fühlten; später unter dem Drucke des Sozialistengesetzes suchten sie ihre Drohungen anders zu deuten. Da hieß es: Die

Revolution sei nicht im Heugabelsinne aufzufassen, wie die beschränkte Bourgeoisie meine, sondern im wissenschaftlichen Sinne. Jetzt möchten die sozialdemokratischen Führer gerne als gute deutsche Patrioten erscheinen und wenn sie reden, sollte man meinen, sie wären die Sanftmut und Mäßigung selber. Das deutsche Volk wird hoffentlich solche Beteuerungen richtig zu taxieren wissen. Uns sind die Worte, die Bebel am 14. April 1871 im Reichstag ausrief, noch sehr wohl im Gedächtnis: „Die Pariser Kommune ist stellenweise mit einer Mäßigung verfahren, wie wir sie im ähnlichen Falle in Deutschland schwerlich anwenden werden.“ Die Pariser Kommunarden sind aber nicht sehr schonend aufgetreten, die haben gemordet und gebrannt, so gut sie konnten. Für sie war Petroleum sogar eine Kriegswaffe. Wenn ihnen nicht die Versailler Truppen sobald den Garaus gemacht, dann hätten sie es noch sehr weit bringen können. Die Anlagen hatten sie. Wenn aber die deutschen Sozialdemokraten noch weniger Mäßigung üben wollen, dann — „Gute Nacht!“ Ich bin der festen Zuversicht, der vernünftige und nachdenkende Arbeiter wird auch jetzt schon wissen, was er von der sozialdemokratischen Nachsicht zu erwarten hat. Wie können aber die Sozialdemokraten eigentlich angesichts ihrer eigenen Lehren von der Regierung Schonung und Nachsicht verlangen? Müssen sie nicht vielmehr erwarten, nach ihren eigenen Lehren behandelt zu werden?

Bevor ich diese Betrachtung schließe, kann ich nicht umhin, noch einmal zu versuchen, den Arbeitern ihre Zukunft im sozialen Zukunftsstaat zu schildern. Die Sozialdemokraten sagen also: Grund und Boden, Haus und Hof, Geld und Gerät, große und kleine Ersparnisse, alles fällt dem Staate anheim. Damit wird der Staat als alleiniger Besitzer auch alleiniger Unternehmer; jede Arbeit, jedes Geschäft auf eigene Rechnung hört auf. Das muß auch so sein; denn sonst würde es wohl auch bald wieder Kapitalisten geben. Solange noch auf eigene Rechnung gearbeitet wird, hört das Streben nicht auf und so lange Streben da ist, wird es immer einzelne geben, die sich von unten heraufarbeiten. Das beste Beispiel dafür ist unser Kanonenkönig Krupp in Essen, dessen Vater als einfacher Schmiedemeister den Grund zu dem größten Etablissement in Europa legte. Daß solche Besitzer aber gerade das rechte Herz für die Arbeiter haben, das zeigt uns auch wieder Krupp durch seine großartigen Wohlfahrtseinrichtungen. Sobald nämlich Krupp sich eine gesicherte Existenz geschaffen, ging er daran, für seine Arbeiter zu sorgen. Die Einrichtungen, die Krupp für das körperliche und geistige

Wohl seiner Arbeiter ins Leben rief, geben einen Beweis für seine Menschenfreundlichkeit und für seinen klaren Blick in sozialen Fragen. Zunächst war sein Blick darauf gerichtet, gesunde und billige Wohnungen zu schaffen. Die Kolonie Cronenberg (10000 Einw.) mit einem schönen Park in der Mitte bietet den freundlichsten Anblick; ähnlich die übrigen Arbeiterkolonien. Im ganzen sind 4000 Wohnungen mit rund 27000 Einwohnern vorhanden. Die Miete ist sehr mäßig, das Anlagekapital verzinst sich mit nur 2,1 Prozent. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen ist sehr stark. Der Wunsch, den Krupp ursprünglich hegte, nämlich, daß jeder seiner Arbeiter bei ihm eine solche Wohnung finden könne, hat sich natürlich bei dem riesigen Anwachsen der Zahl der Arbeiter (die 30000 Arbeiter Krupps haben einen Familienstand von rund 100000 Personen) nicht durchführen lassen; es können jetzt nur Arbeiter mit zehnjähriger Dienstzeit in die Wohnungen aufgenommen werden. Seit 1890 besteht auch eine Stiftung für die Vergebung von Bauraten-Summen, durch die bereits 80 Mann in den Besitz eigener Häuser gelangt sind; neuerdings wird von der Firma eine Kolonie nach dem System der Ein-Familienhäuser errichtet.

Auch gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch die Branntweinschänken und sogenannten Winkelgeschäfte richtete sich die Thätigkeit Krupps; er kaufte die Branntweinschänken an und — schloß sie, dagegen errichtete er Konsumgeschäfte. Dadurch fühlten sich natürlich manche Leute geschädigt; aber es lassen sich nun einmal keine Wohlfahrtseinrichtungen schaffen, ohne daß dadurch gewisse Geschäftsinteressen verletzt werden. In den Krupp'schen Konsumgeschäften, die sich in allen Kolonien finden, sind alle zum Lebensunterhalt nötigen Waren gegen Barzahlung gut und billig zu kaufen; auch eigene Bäckereien, Schlachtereien, Schneidereien u. s. w. sind vorhanden; Restaurationen mit Gartenanlagen gewähren äußerst billigen Mittagstisch; Kaffeeschänken am Eingang des Werkes liefern die Tasse Kaffee (und zwar Bohnenkaffee) für 2 Pfg., mit Zucker und Weißbrot für 5 Pfg. Witwen und sonstige Angehörige von verstorbenen Arbeitern erhalten in der Verwaltung Anstellung und Verdienst, auf Wunsch auch Nähmaschinen gegen 3 Mk. monatliche Teilzahlung.

Auch Badeanstalten, Lazarete, Baracken für epidemische Krankheiten sind vorhanden; die Krankenkasse geht in ihren Leistungen weit über die gesetzlichen Forderungen hinaus; zu ihr und allen sonstigen wohlthätigen Einrichtungen giebt die Firma namhafte Zuschüsse. In einer

Familienkrankenkasse kann sich jeder gegen jährliche Zahlung von 1,25 Mk. freien Arzt und Arznei für sämtliche Familienangehörige sichern. Eine Pensions-, Witwen- und Waisenkasse gewährt bei geringer Beisteuer eine namhafte Pension; hierzu giebt die Firma 250000 Mk. Zuschuß. Ferner besteht eine Pensionskasse für Beamte und eine Unfallversicherung, zu letzterer sind überhaupt keine Beiträge zu zahlen. Ein Lebensversicherungsverein vermittelt sehr billige Abschlüsse mit den besten Gesellschaften.

Das Schulwesen ist im besten Stande; in der 16klassigen Simultanschule der Kolonie Cronenberg erhalten die Schulkinder Unterricht, Schulbücher u. s. w., alles ohne jede Zahlung. Die Fortbildungsschulen sind für alle Lehrlinge des Werkes obligatorisch. Ferner giebt es Industrieschulen, d. h. Schulen für weibliche Handarbeiten, mit einem Schulgeld von 20 Pfg. monatlich, welches aber bei regelmäßigem Schulbesuch später in der Form von Sparkassenbüchern zurückgewährt wird. In einer Haushaltungsschule erhalten Mädchen Unterricht in der Bereitung von Speisen, Einmachen von Obst, Anbau und Aufbewahrung von Gemüse, Ausbesserung von Wäsche und Kleidungsstücken und in Hausarbeiten aller Art. Dieser Unterricht ist unentgeltlich, für volle Beköstigung ist monatlich 6 Mk. zu zahlen; von den hergestellten Speisen ist ein Mittagstisch (mit Fleisch) für Witwen und Kinder errichtet.

Die Firma beschäftigt 500 Lehrlinge, aus denen die Spezial-Arbeiter (die täglich bis zu 8 Mk. verdienen) hervorgehen. Die Lehrlinge erhalten die Hälfte ihres Lohnes bar ausbezahlt, die andere Hälfte bleibt in Verwahrsam und wird dem Betreffenden nach Ablauf der dreijährigen Lehrzeit ausgezahlt. Wer die Fortbildungsschule fortgesetzt nicht besucht, wird entlassen und verliert den hinterlegten Betrag. Eine Stipendienstiftung giebt jährlich 12000 Mk. an Söhne von Arbeitern zu deren technischer Ausbildung.

Die Arbeitszeit geht von 6 bis 6 Uhr mit zwei Stunden Pause. Verspätetes Kommen wird bestraft; wer immer pünktlich gewesen ist, erhält am Schlusse des Jahres 6 Mk. Frauen- und Kinderarbeit ist gänzlich ausgeschlossen. Für entfernter Wohnende sind Speisesäle vorhanden. Eine Menage für unverheiratete Arbeiter giebt volle Kost für den ganzen Tag (gut und reichlich) für 80 Pfg. Ferner giebt es ein Junggesellenheim; ein Altenheim für Invaliden ist in Ausführung begriffen. Für Schutzvorrichtungen und für Erquickungen an die unter schweren Bedingungen arbeitenden Leute werden jährlich über 70000 Mk.

ausgegeben. Außerdem hat Geheimrat Krupp anläßlich der nationalen Gedenktage der Arbeiterpensionskasse eine Million Mark geschenkt.

Manche dieser Einrichtungen mögen, mit sozialdemokratischen Augen betrachtet, weniger glanzvoll erscheinen, aber kann die Sozialdemokratie auf ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen seitens ihrer Freunde hinweisen? Wie aber solche Wohlfahrtseinrichtungen von den durch sozialdemokratische Agitatoren aufgewiegelten Arbeitern zu schanden gemacht werden, das haben wir in Carmaux in Frankreich gesehen.

Der Glashüttendirektor Rességnier in Carmaux bezahlte seinen Arbeitern wesentlich höhere Löhne als in anderen Glashütten Frankreichs, um nur vor den Arbeitern Ruhe zu haben. Die Arbeiter beschränkten sich selbst ihren Tagelohn auf 10 Francs (8 Mark), indem sie bestimmten, jeden Mehrverdienst an die Streiksyndikatskasse abführen zu wollen. Neben diesen schon sehr bedeutenden Opfern forderte die Gesellschaft noch eine Reihe anderer, wie z. B. die Einrichtung einer Schule für die Arbeiterkinder, die Schaffung eines Ökonomats, dessen Gewinn ganz und gar den Arbeitern, welche die Verwaltung desselben in Händen hatten, zu gute kam. Aber alle guten Absichten der Hüttendirektion wurden von den Arbeitern verkannt, es brach trotz alledem ein Streik aus. Wie nun Herr Rességnier sah, daß doch alles vergebens, erklärte er, nun auch nicht mehr bezahlen zu wollen, als seine Konkurrenten; deshalb bestimmte er, daß seine Arbeiter irgend einen Tarif einer andern Glashütte zur Annahme vorschlagen könnten. Ebenfalls weigerte er sich, die Hauptkrakehler wieder einzustellen, da er der ewigen Hetzereien müde sei. An diesem Ereignis kann man sehen, wie die sozialdemokratischen Agitatoren die Lage der Arbeiter verschlechtern, statt verbessern. Wie wird es aber gar im gepriesenen Zukunftsstaat aussehen! Der Arbeiter hat keine Wahl mehr inbezug auf Arbeitszweig, Arbeitsgeber und Aufenthaltsort. Jeder Arbeiter muß die Arbeit verrichten, welche ihm von der Staatsbehörde anbefohlen wird. Es giebt jetzt schon solche Staatsfabriken, in welchen es genau so zugeht, wie später im sozialen Staate. Diese Staatsfabriken sind freilich unter den Arbeitern wenig beliebt, aber vielleicht ist daran nur der Name Schuld; man nennt sie nämlich im gemeinen Leben Zuchthäuser. In den großen Werkstätten des sozialen Staates werden freilich keine Gefangenenwärter mit dem Säbel an der Seite sein, welche uns die Arbeit anweisen, bewahre, es werden ja lauter menschenfreundliche, sozialdemokratische Volksbeglücker sein. Um einem faulen Arbeiter den Segen

der Arbeit begreiflich zu machen, hat die Sozialdemokratie in ihrem famosen Zukunftsstaat ganz andere Mittel bei der Hand. Bebel hat im Reichstag offen ausgesprochen: Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen! Ein größeres Zwangsmittel als den Hunger giebt es aber nicht und wird Herr Bebel in seinem Zukunftsstaat lauter willige und fleißige Arbeiter haben; sollte aber einmal eine kleine Ausnahme vorfallen, dann kommt die Hungerkur. (Das ist nämlich nach sozialdemokratischer Auffassung kein Zwangsmittel.) Wer aber soll feststellen, ob jemand nicht arbeiten will oder nicht kann? Wenn Herr Bebel nun, wie ich nicht anders erwarte, sagen wird: der Arzt; so möchte ich demgegenüber entgegnen, daß auch Ärzte sehr häufig irren. Wie oft macht man nicht die Beobachtung, daß sowohl beim Militär als auch bei Arbeitern jemand für einen Simulanten erklärt worden ist, der nachher doch wirklich krank war und wie häufig wird nicht mit so großem Geschick eine Krankheit simuliert, daß der Arzt tapfer darauf loskuriert! Ich schwöre in dem Punkt keinen Eid auf die Unfehlbarkeit der Ärzte. Wir würden es im sozialdemokratischen Zukunftsstaat ebenso gut haben, wie die Negersklaven in Nordamerika, nur mit dem Unterschied, daß dort gewissenlose Plantagenbesitzer die Herren waren, während es hier der menschenfreundliche, volksbeglückende soziale Volksstaat sein würde. Lohnstreitigkeiten und Streiks würden freilich in diesem Staate nicht vorkommen. Man kann auch den Arbeitgeber nicht wechseln, man kann auch nicht feiern, weil nach der Konfiskation aller Ersparnisse nichts mehr zuzusetzen ist, vielmehr man aus der Hand in den Mund leben muß. Der Arbeiter bekäme, um nichts ersparen zu können, kein Geld in die Hände, sondern eine Staatsanweisung auf Befriedigung seiner vernunftgemäßen Bedürfnisse. Was sind nun aber diese vernunftgemäßen Bedürfnisse? Darunter kann man sehr viel, aber auch sehr wenig verstehen. Der Chinese braucht nur täglich eine Schüssel Reis, um zu leben. Der böhmische und polnische Arbeiter lebt und arbeitet bei einer Kost, bei der wir Deutsche zu Grunde gehen würden. Dieselbe Behörde, die den Unterthanen ihre Arbeit und ihre Kost anweist, sorgt auch für ihre Wohnung in großen Kasernen. Dieselbe Staatsbehörde bestimmt, ob ein Mann heiraten darf, weist ihm nebst Familie die nötigen Kleider an, ordnet an, wie oft die Wäsche zu wechseln ist u. s. w. Als man einst Bebel in Königsberg durch Interpellation drängte, die Einrichtung seines Zukunftsstaates näher zu beschreiben, erklärte er: Fünf Frauen würden genügen, um für 5000 Menschen das Essen zu bereiten. Da

möchte ich doch wissen, was die fünf Frauen in 2—4 Stunden (diese Arbeitszeit hält Bebel für seinen Zukunftsstaat für genügend) für 5000 Menschen wohl kochen könnten. Ich wünsche Herrn Bebel nebst Genossen zu dieser vernunftgemäßen Beköstigung guten Appetit!

Herr Bebel weiß freilich immer trefflichen Rat, da er wohl weiß, daß diese 5 Frauen mit ihrer Hände Arbeit nicht die 5000 Menschen befriedigen können, so erfindet er für seine Zukunftsküche (im Buche von der Frau) schnell eine große Dampfküche, daneben eine Dampfwaschanstalt mit Dampftrockenboden, kalte und warme Wasserleitung u. s. w. Leider waren diese Sachen schon vor Bebel erfunden, indes Herr Bebel will sie noch mehr vervollkommnen. Aber hat Herr Bebel auch daran gedacht, wie er unsern Magen so vervollkommnet, damit er auf einmal des Tages genug Speise für den ganzen Tag einnehmen kann? Er behauptet nämlich in seinem Buche, daß eine 2—4 stündige Arbeitszeit vollkommen genügen würde. Da nun aber diese 5 Köchinnen auch jedenfals an den 2—4 Stunden Anteil nehmen sollen, so können wir uns in unserer Zukunftsküche doch nur einmal des Tages satt essen und unser Magen wird sich die übrige Zeit ausruhen und an seine geistige Erholung denken können.

Die Kinder werden natürlich unter Ausschluß jeglichen elterlichen Einflusses streng nach den Weisungen der Staatsbehörden erzogen. Ein Erbrecht, wonach den Kindern das zum Vorteil gereichen kann, was die Eltern in einem arbeitsamen Leben sich erübrigt, kommt nicht mehr zur Geltung. Sieht nicht der soziale Zukunftsstaat einem großen, nationalen — Zuchthaus so ähnlich, wie ein Ei dem andern? Die Sozialdemokraten suchen dies freilich mit schönen Worten zu vertuschen. Da heißt es z. B.: „Jetzt kann nur derjenige studieren, der das nötige Kapital besitzt. Bei uns ist das ganz anders, da studiert nur derjenige, der den Kopf dazu hat, die Gemeinde bestimmt für jeden nach seinen Fähigkeiten den späteren Lebenslauf." Was meinst Du dazu, lieber Leser? Das wäre doch noch schöner, wenn wir hernach nicht unsere Kinder lernen lassen könnten, wozu sie Lust haben und wir unsere Einwilligung geben! Wenn die Gemeinde für jedes Kind den späteren Lebensweg bestimmen soll, dann raubt man mir ja nicht nur das bischen, was ich erspart habe (etwas erspart hat jeder, nichts hat nur der Lump, der auf der Landstraße liegt), sondern man raubt mir ja auch mein Vaterrecht. Dann sind ja meine Familie und ich nichts weiter als Sklaven des großen sozialen Staates. Wo bleibt aber da die gepriesene Freiheit?

Mit der einen Hand wollen uns die Herren von der Unterdrückung der Kapitalisten befreien, um uns mit der andern Hand samt unserer ganzen Familie in Sklavenketten zu schmieden.

Freiheit und Gleichheit sollen im sozialen Staate durch Gemeindebeschluß hergestellt werden! Dann müßten aber doch die Gemeindebeschlüsse alle reell und unparteiisch zu stande kommen! Steht das etwa zu erwarten? Wird vielleicht jetzt schon in den sozialdemokratischen Versammlungen nach dem Grundsatz verhandelt: Gleiches Recht für Alle!? Wie machte es denn Bebel, der Mann der Freiheit und Gleichheit, in Dresden, als er sein fürchterliches Gericht über die allzu selbstständige „Sächs. Arbeiterzeitung" hielt? Als sich jemand in der Versammlung erlaubte, zu sagen, die Fraktion mißbrauche ihren Einfluß, da sprang Bebel vom Vorstandstische auf und packte den Redner. Der Vorsitzende mußte beide trennen. Wie Bebel es in dieser Versammlung machte, so geht es fast in allen sozialdemokratischen Versammlungen zu: so wie jemand sich erlaubt, seine eigene Meinung zu äußern, fällt die wütende Rotte über ihn her. Diese Erfahrung kann ein jeder machen, der Lust dazu hat. Besuche er nur einmal eine sozialdemokratische Versammlung und sehe sich den Verlauf derselben an. Solange der sozialdemokratische Redner spricht, ist alles ruhig, sowie aber ein Gegner auftritt, dann wird gelärmt und geschrieen und soviel Radau als nur irgend möglich gemacht, damit der Gegner nur ja nicht verständlich wird. Es gehört schon eine eigene Natur dazu, in solchen Radauversammlungen zu reden. Wie unparteiisch aber die Beschlüsse im sozialdemokratischen Lager sind, dazu bieten uns die letzten Parteitage Beispiele die Hülle und Fülle. Im sozialdemokratischen Lager herrscht einfach, wer die Macht hat, und die Minorität muß sich entweder fügen, oder wird an die Wand gedrückt. Ist es aber jetzt schon so bei den Sozialdemokraten, wie wird es da erst werden, wenn sie Herren im Lande sind? Seht Euch da doch einmal die sozialdemokratischen Gemeinderäte in Frankreich an! Als 1892 bei den Gemeinderatswahlen in Toulouse die Sozialdemokraten siegten, da beeilte sich sofort der neue Gemeinderat, die sozialdemokratischen Führer in Amt und Würden zu bringen, und als die vorhandenen Ämter dazu nicht hinreichten, da schuf man neue gut dotierte Ämter. So erhielt von nun an der Maire (Bürgermeister) 12000 Francs Gehalt, sein Generalsekretär 9000 Francs und eine ganze Reihe anderer Beamter 6000 Francs; kurz, es war eine üppige Verteilung der Beute aus den Steuergeldern bei fortdauernder Übertretung des Gesetzes. Doch Tou-

louse mußte nun doch auch neue echte Kammerdeputierte haben, deshalb wurden 1893 die Wahllisten dergestalt gefälscht, daß 3000 unberechtigte Wähler ihre Stimmen abgeben konnten und 3000 berechtigte Wähler umsonst ihre Namen in der Wählerliste suchten. Dank dieser sauberen Machenschaften wurden die beiden Sozialdemokraten Calvinchai und Leygues für Toulouse in die Kammer deputiert. Wie geht es in dem sozialdemokratischen Gemeinderate zu Roubaix (Dept. du Nord) zu? Dort haben alle Gemeinderäte, soweit sie noch in der unangenehmen Lage waren, Geld verdienen zu müssen, ihren bisherigen Beruf verlassen und haben sich eine Schankkonzession selbst bewilligt, weil eine von ihnen geführte Destillation mehr Gewinn versprach. Nun erschien bei einem dieser gemeinderätlichen Schankwirte, namens Wilfort, ein städtischer Kirchhofsaufseher, Wagré, um sich eine dienstliche Auskunft zu erbitten. Mehrere anwesende belgische Arbeiter ergingen sich nun ohne die mindeste Veranlassung in Schmähungen gegen den Eintretenden und dessen Vaterlandsliebe. Eine Stunde später wurde der Genannte sogar hinterrücks überfallen und zu Boden geschlagen. Da er aber niemand erkannt hatte, so unterließ er die Klage. Einige Tage später erhielt Wagré seine Entlassung aus dem Amte und zwar lediglich auf Betreiben jenes Schankwirtes Wilfort, weil seine belgischen Stammgäste es verlangt hatten und er den Verlust ihrer Kundschaft fürchtete! Wie weit die Zustände in solchen sozialdemokratisch verwandelten Orten gedeihen können, davon liefert ebenfalls Roubaix ein drastisches Beispiel: In dem Kabinette des Maire Carette gab es eine sehr aufregende Szene, die nach dem Berichte eines Beteiligten, des Adjunkten Branquart folgenden Verlauf nahm: Im Vorjahre war eine Preisbewerbung für zwei zu besetzende Stellen ausgeschrieben worden. Von den sich meldenden 36 Kandidaten wurden diejenigen sechs, welche bei der Preisbewerbung die meisten Punkte erhalten hatten, einer engern Wahl unterstellt. Der Erste hatte 81 Punkte bekommen und wurde angestellt. Der Zweite, der es auf 80 Punkte gebracht, mußte dem Sechsten mit nur 64 Punkten weichen. Letzterer war nämlich einer der Haupthähne unter den sozialdemokratischen Kämpfern. Darauf veröffentlichte nun letzthin eine Zeitung alle hierauf bezüglichen Einzelheiten, die doch nur dem Eingeweihten bekannt waren. Der Maire geriet natürlich darüber in großen Zorn und ordnete strengste Untersuchung an, die aber ohne Resultat verlief. Infolge dessen berief der Maire seine Adjunkten zu sich, um ihnen zu eröffnen, daß er den Generalsekretär der Mairie zu entlassen entschlossen sei, weil

er allein die Indiskretion begangen haben könne. Die Aussicht, daß ein Unschuldiger getroffen werden könne, veranlaßte den Adjunkten Branquart zu dem Geständnis, daß er die Dokumente auf dem Schreibtische des Maire gesehen und darauf dem Blatte die Mitteilung gemacht habe. Nun brach der Lärm los: die anwesenden Gemeinderäte fielen über Branquart her, nannten ihn einen „Judas" und zeigten nicht übel Lust, ihn zu verbläuen. Branquart entgegnete: Ihr seid alle Gaukler und bis zum 1. Mai werde ich eine Flugschrift veröffentlichen, welche die Geschichte Eurer Gebahrung seit 4 Jahren enthalten wird! Seiner Entrüstung über die Fahnenflucht gab der Maire in den Worten Ausdruck: So geh doch mit den Bourgeois, wir sind Dich los! Die Enthüllungen des Bürgers Branquart dürften um so interessanter werden, als der Gemeinderat von Roubaix fast ausschließlich von Schankwirten gebildet wird, welche eine geradezu unglaubliche Günstlingswirtschaft in der Gemeinde kultivieren. So geht es mit der unparteiischen Regierung der Sozialdemokraten!

Wirkliche Talente können sich schon jetzt ohne den sozialen Staat emporarbeiten. Ich kenne eine ganze Reihe solcher Leute, die sich aus dem Nichts zu besseren Stellungen durch ihre Gaben aufgearbeitet haben. Wenn erst der soziale Staat da ist, dann wird es auch damit ganz anders. Es hört sich ja freilich ganz schön an: Der Staat wird für das Fortkommen der Talente sorgen! Wofür sollen sich aber die Talente ausbilden lassen, da ihnen ja doch keine Belohnung für all ihr Streben winkt? Es ist dasselbe, was ich schon einmal sagte: Der soziale Staat wird durch seine Gleichheit indirekt jedes Streben nach höheren Zielen ertöten!

Weißt Du auch, lieber Leser, was Du inbezug auf Deine Ehe und Deine Familie vom sozialen Staat zu erwarten hast? Die „Sächsische Arbeiterzeitung" hat über diesen Gegenstand einmal einen längeren Artikel gebracht, in welchem der Verfasser ungefähr folgendes sagte: „Im Bürgerstande finden wir der Nachkommenschaft eine zu große Sorgfalt gewidmet. Der Proletarier steht seinen Kindern kälter gegenüber. Die große Kindersterblichkeit bei den Arbeitern erklärt sich so, die Kinder sind hier nicht die Götzen der Eltern! Dies ist aber eine glückliche Thatsache; dann werden schwächliche und untaugliche Individuen von vornherein ausgeschieden und werden nicht erst mit Not und Mühe aufgepäppelt, um sich später zu verheiraten und dann ebenso schwächliche Nachkommen zu erzeugen. Beim Proletarier ist das

Weib dem Manne gleichgestellt. Sie verdient ihren Lebensunterhalt und beansprucht dieselben Rechte. Wenn der Mann ihr nicht mehr zusagt, verläßt sie ihn; denn sie kann vermöge ihrer Arbeit überall durchkommen. Da die jetzigen Gesetze die Verhältnisse der besitzenden Klasse ausdrücken, so ist diese Freiheit noch nicht sittlich sanktioniert; aber in Wirklichkeit macht das Weib schon jetzt von ihrer Freiheit Gebrauch. Dazu kömmt, daß die Frau nicht nötig hat, sich einem Manne zu „verkaufen". Die Arbeiterin kann warten. Sie kann ein „Verhältnis" mit einem jungen Manne eingehen und wenn er ihr nicht zusagt, so verläßt sie ihn und sucht sich einen andern, mit dem sie besser harmoniert. Es ist eine nicht zu realisierende Idee des Bürgertums, „auf Probe" zu heiraten. Die Arbeiter dagegen können diese nicht unberechtigte Idee der „Ehe auf Probe" verwirklichen und sie thun es auch fast durchgängig. Durch diese Freiheit würde mit einem Schlage alle Lüge und Heuchelei aus dem Geschlechtsleben verbannt. Unglückliche Ehen wären dann ausgeschlossen; denn trotz aller Pfaffenmoral sind alle bürgerlichen Ehen in den meisten Fällen unglücklich. (!) Die Frau kann nicht zu gleicher Zeit in die Fabrik gehen und ihren Pflichten als Hausfrau nachkommen, deshalb müssen ihr die letzteren abgenommen werden. Die Erziehung der Kinder wird von Fremden besorgt; natürlich kann dies ein pädagogisch gebildeter Mann besser, als die erste beste Frau. Sobald die Kinder arbeitsfähig sind, müssen sie gleichfalls in die Fabrik wandern. Das hat nun wieder zur Folge, daß auch sie selbständig werden. Die Kinder bezahlen in der Regel ihren Eltern für den Unterhalt ein Kostgeld. Mit der Macht des Vaters über die Kinder ist es dann natürlich zu Ende; aber auch das bildet selbständige, energische Charaktere. Mit einem Wort: Die alte Form der Familie sehen wir beim Proletariat in vollständiger Auflösung begriffen. Aber diese Auflösung ist nicht, wie beim Bürgertum, eine Zersetzung, sondern sie enthält die Elemente einer neuern bessern Gestaltung. Die Fabrikarbeiterin kann keine Hausfrau sein. Das hat einzelne Unternehmer dazu geführt, eine Art von Unterrichtskursen im Haushalten für ihre jungen Arbeiterinnen einzurichten. Daß so etwas nicht helfen kann, ist klar; denn es geht gegen die Entwicklung. Die produktiv wirkende Frau muß von der Haushaltung befreit sein. Die Zurichtung der Speisen wird ebenso wie die Erziehung der Kinder, die Funktion bestimmter Personen werden, welche dieselbe für eine Anzahl Familien besorgen."

Was hältst Du, lieber Leser, von den Ausführungen dieser Arbeiterzeitung? Heißt es nicht, jeglicher Moral Hohn sprechen, solche Reden vor die Öffentlichkeit bringen? Die heilige, selbstlose Mutterliebe wird verhöhnt und die Ehe in den Kot getreten! Diesen Menschen ist aber nichts heilig, darum muß allem Bestehenden der Krieg erklärt werden, damit sie hernach ungestraft ihren Sinneslüsten fröhnen können. Leider giebt es schon heutzutage Mädchen, die solche „Ehe auf Probe“ eingehen (ich denke hier an die unzähligen „wilden Ehen“, die in Deutschland bestehen) aber was für Mädchen sind das? In meinen Augen sind sie nicht besser, als die öffentlichen Bordellmädchen! Nach der Meinung dieser Volksbeglücker soll es lobenswert sein, die Kinderpflege so einzurichten, daß die schwächlichen Kinder samt und sonders sterben müssen. Als ob die Mutter nicht das schwächliche Kind ebenso sehr liebt als das kräftige und gesunde? Mit der Macht des Vaters über die Kinder soll es zu Ende sein, damit es energische und selbständige Charaktere giebt. Es giebt jetzt schon Kinder, die so in Anstalten, gänzlich entrückt dem Einfluß der Familie erzogen werden; es sind die Zöglinge der Waisenhäuser. Ich habe viele derartige Menschen kennen gelernt, daß dieselben aber besonders energisch und selbständig waren, ist mir nicht aufgefallen. Spricht man aber nun erst mit ihnen von glücklichen Kinderzeiten, dann umwölkt sich ihre Stirn und man hört stets dieselbe Klage: Ach, mir fehlte ja die Heimat, das Elternhaus! Der Handwerksbursche, der in der Fremde weilt, steht mit seiner Familie im Briefwechsel und immer wieder ziehts ihn zur Heimat; denn er fühlt es: „Schön ist's im fremden Lande, doch zur Heimat wird es nie!“

Die Sozialdemokraten klagen so oft über die Konkurrenz der Frauen- und Kinderarbeit und nun will die „Sächsische Arbeiterzeitung“ die Frauen der Haushaltung und die Kinder sobald als möglich der Schule entziehen, um sie in der Fabrik zu beschäftigen. Wie reimt sich das zusammen?

Sollte nun jemand behaupten wollen, das was die „Sächs. Arbeiterzeitung“ geschrieben hat, sei nicht maßgebend, so verweise ich ihn auf Bebels Buch „Die Frau“, dort steht es noch viel ausführlicher und deutlicher. Dort heißt es: „Jedes Kind, das geboren wird, einerlei ob Mädchen oder Knabe, ist ein der Gesellschaft willkommener Zuwachs, weil sie darin die Möglichkeit ihres Fortbestandes, ihre eigene Fortentwicklung erblickt; sie empfindet also auch von vornherein die Verpflichtung, für das neue Lebewesen nach Kräften einzutreten. Darum werden

Mutter und Kind in besonderen Kliniken untergebracht, in bequemer Wohnung mit angenehmer Umgebung und aufmerksamer Pflege. Dieses können sie in der eigenen Wohnung nicht haben, weil es da an jeder Pflege fehlt, denn der Haussklave oder Dienstbote ist verschwunden, darum müssen sie in eine Anstalt, die für solche Fälle vorhanden ist. — Die Ehe ist nun ja freilich im Zukunftsstaat nicht vorhanden, aber dafür paaren sich die Leute aus Neigung."

Nun möchte ich doch jeden Mann, der seine Frau aus Neigung geheiratet hat, fragen, ob er gerade in solchen ernsten Stunden seine Frau gerne von sich lassen möchte, oder ob die Frau, die ihren Mann wirklich lieb hat, in solcher Stunde ihren Mann wohl gerne missen möchte! Gerade in dieser Lage sind die Eheleute unzertrennlich. Davon freilich weiß Bebel nichts; dem scheinen Gatten- und Kindesliebe zwei unbekannte Begriffe zu sein, dafür aber scheint er nach seinen Werken eine starke Sinnenlust zu besitzen, die sehr zur Veränderung geneigt ist. — Wenn das Kind entwöhnt ist, kommt es in eine andere Anstalt und die Mutter? — die kann wieder in ihr leeres Heim zurückgehen und darüber nachdenken, was fremde Leute mit ihrem hilflosen Kinde anfangen. Sollte die Mutter da wohl glücklich sein können? Rabeneltern, wie Bebel und seine Frau es sein mögen, die können es vielleicht, ich und meine Frau nicht und jeder, der nur ein Fünkchen Liebe zu seinen Kindern hat, wird mir beistimmen, wenn ich sage: „Nein und abermals Nein! Ich bin nur ein armer Arbeiter und habe 5 Kinder. Bei meinem kleinen Verdienst fällt es mir häufig herzlich schwer, meine Familie durchzubringen. Aber ehe ich meine Kinder in eine solche Anstalt abgebe, da will ich doch lieber selber notleiden. Was habe ich denn von meinem Leben, als die Freude an und mit der Familie? Das Leben ist doch etwas mehr als nur Sinnenrausch! Ist das Leben für Bebel denn nur ein gemeines Trachten nach Genuß? Hat er denn garkeine Ideale mehr? Allein schon vom moralischen Standpunkte aus muß man sich gegen die Bebel'sche Auffassung der „Ehe auf Probe" wenden. Wenn auch manches wahr ist, was Bebel über die heutige Ehe sagt, so wird Bebel doch nicht behaupten können, daß durch die wilden Ehen, wie er sie lehrt, das Volk moralisch gebessert werden kann; man kann vielmehr mit Recht behaupten, daß das Volk an seiner Hurerei, welche die unausbleibliche Folge der wilden Ehe sein wird, zu Grunde gehen muß.

Bebel beruft sich in seinem Buche „Die Frau" mit besonderer Vorliebe auf die Spartaner. Diese dachten aber über die Ehe ganz

anders, wie Bebel. Wilde Ehe, wie Bebel und seines Gleichen sie lehren, gab es bei den Spartanern nicht. Bebel und Gesinnungsgenossen haben keine Spur von Spartanertum in sich; denn denen galt allgemeine Gleichheit gleich allgemeiner Verirrung. Lykurg, der Gesetzgeber und Reformator der Spartaner antwortete einem, der die demokratische Gleichheit aller einführen wollte: Führe sie erst in Deinem Hause ein! Ich tadle die Sozialdemokratie nicht, weil sie bessere Einrichtungen des Staates verlangt, sondern nur, weil sie die Besserung mit verkehrten und ungerechten Mitteln herbeiführen will.

Der Hauptfehler der ganzen sozialdemokratischen Lehre ist immer und allzeit der, daß sie nicht mit Menschen, wie sie waren, sind und bleiben werden, rechnet, sondern sie setzt nicht nur bessere Menschen, sondern wesensandere Naturen voraus. Ob in undenkbaren Zeiten die Menschen wirklich so wesentlich anders werden können, wie sie notwendig sein müßten, um den vollen Sozialismus des Zukunftsstaates verwirklichen zu können, weiß ich nicht; das aber weiß ich, daß in absehbarer historischer Zeit, unsere Vorfahren und die übrigen Kulturvölker der Erde, wie Römer, Griechen, Ägypter, Babylonier u. s. w. physisch und sittlich uns wesentlich gleich waren. Selbst das Christentum, diese größte Macht gegen die Sünde, hat niemals den Wahn gehegt, daß die Menschen anders als sündige Menschen sein könnten. Die Sozialdemokratie allein unterfängt sich, zu lehren: Es giebt hinfort keine sündigen Menschen mehr, sobald nur unser Programm durchgeführt wird. Ich bin dagegen der festen Überzeugung, daß die Versuchungen zur Sünde immer von neuem an die Menschen herantreten werden und daß die Menschen auch immer wieder sündigen werden. „Wir Menschen sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den wir vor Gott haben sollen.“ Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb wir dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht zustimmen können. Das Hetzen und Aufwiegeln der Sozialdemokraten kann und wird niemals die Menschheit moralisch soweit vervollkommnen, daß sie für den Zukunftsstaat reif wird. Auch wäre die Bebelsche Lehre von der wilden Ehe ein Haupthindernis für die Durchführung des ganzen sozialdemokratischen Programms; denn die Verbrechen aus Eifersucht würden sich erschreckend mehren durch die Sittenlosigkeit, welche dann einrisse. Gerade dieser Umstand würde Bebel verhindern, die Strafanstalten z. B. abzuschaffen, oder will er vielleicht diese Verbrecher ins Irrenhaus stecken?

Die Hauptkraft der Sozialdemokraten liegt in der agitatorischen

Thätigkeit derselben; im Kritisieren vorhandener Fehler sind sie vollendete Meister. Alle Fehler der Regierung, sowie der Kapitalisten und Arbeitgeber werden schonungslos kritisiert und zur Verhetzung der Massen gebraucht. Darauf beruht ihr Erfolg und der große Anhang bei den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung. Da liegt die Frage nahe: Was ist das Gefährliche an der Sozialdemokratie? Die Antwort kann nur lauten: Daß sie scheinbar soviel Recht hat! Ich sage aber scheinbar, denn wenn man der Sache, wie ich es im vorliegenden Buche versucht habe, nur gehörig auf den Grund geht, dann wird man bald zu der Überzeugung kommen, daß die Sozialdemokraten am wenigsten das Recht haben, andere Leute zu kritisieren, weil sie selber die Fehler, die sie an andern Menschen tadeln, im allergrößten Maßstabe besitzen. In erster Linie kritisieren die sozialdemokratischen Agitatoren die Fehler der Regierung und der Gesetzgebung. Nichts war geeigneter, die Sozialdemokratie zu fördern, als die Enthüllungen über die Übergriffe und Ungeschicklichkeiten gewisser Geheimpolizisten, und einzelne Prozesse, welche das Rechtsgefühl des deutschen Volkes tief verletzen mußten. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie getragen! Hohe Getreidezölle, welche früher von allen Parteien für unmöglich gehalten, Grenzsperren, welche die Lebensmittel beträchtlich verteuerten, Zuckerprämien, Branntweinsteuer, Antrag Kanitz, sie alle haben der Sozialdemokratie den wirksamsten Agitationsstoff gegeben. Aber die Bestrebungen auf allen diesen Gebieten haben garnichts mit dem eigentlichen sozialdemokratischen Parteiprogramm zu schaffen. Die Abhilfe ist hier überall auf dem Boden des bestehenden Staates zu finden. Sollte nun die Sozialdemokratie an die Verwirklichung ihrer organisatorischen Gedanken gehen, so müssen naturgemäß die verschiedenen Gruppen in Differenzen geraten. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer, (hauptsächlich in Süddeutschland) hat sich unbewußt den Anschauungen der bürgerlichen Demokratie genähert, wenn auch Klarheit über die Zukunft noch keineswegs eingetreten ist. Die Führer stehen immer noch auf dem Boden, daß die menschliche Gesellschaft ungleich mehr als bisher für die notleidenden Klassen thun müsse. Aber trotzdem halten es einige nicht mehr für völlig ausgeschlossen, daß nicht auch der heutige Staat wirksame Verbesserungen vornehmen könne. Man vertagt mehr und mehr die Umwälzung der Gesellschaft und erwartet mehr und mehr von baldigen Reformen. Da liegt der Kern des Streites, der in der Sozialdemokratie

ausgebrochen ist: Reform oder Revolution! Das sind die Schlachtrufe der beiden sich feindlich gegenüberstehenden sozialdemokratischen Gruppen. In dieser Schärfe ist der Gegensatz vielleicht den Führern nicht einmal zum Bewußtsein gekommen. Bis zu diesem Scheidepunkt sind die Herren Bebel, Liebknecht und Singer auch noch keineswegs gelangt, aber im Laufe der Zeit muß dieser Gegensatz sich immer schärfer herausbilden. Die Herren Wille und Schippel waren nicht ganz im Unrecht, als sie meinten, die Haltung der Reichstagsfraktion könne zu einer Art Possibilistenpartei (d. h. einer Partei der Ausgleichsmöglichkeit) führen. Die eingeschlagene Sozialpolitik wird auf die Dauer ihres Einflusses auf einen großen Teil des Arbeiterstandes nicht ermangeln, wenn sie nämlich von einer Gesetzgebung begleitet ist, die von dem gleichen Geiste beseelt ist, wenn vor allem die Bevorzugung der Großgrundbesitzer und der Großindustrie aufhört und die Leistungen immer mehr nach der Leistungsfähigkeit bemessen würden. Dann wird man die Bemerkung machen, daß für das revolutionäre Programm der Sozialdemokratie in den breiten Schichten des Volkes herzlich wenig Neigung vorhanden ist. Die Arbeiter hoffen von der Sozialdemokratie eine Besserung ihrer Lage, sie sehen in der Sozialdemokratie lediglich eine Arbeiterpartei, welche das Beste der Arbeiter will. Über die wahren Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie sind die meisten Arbeiter nur oberflächlich unterrichtet. Die große Masse begeistert sich weder für einen obrigkeitlich organisierten Volksstaat, noch hat sie Verständnis für die doktrinären Sätze, auf denen sich die sozialdemokratischen Irrlehren aufbauen. So wenig die Erneuerung der Internationalen erfolgen konnte, so wenig wird den sozialdemokratischen Massen von heute das theoretische Programm mehr bedeuten als ein Durchgangsstadium in der Entwicklung und Lösung der Arbeiterfrage.

Die Massen wenden sich stets derjenigen Partei zu, welche die treffendste Kritik an vorhandenen Mißständen zu üben weiß. Aber gerade in der Kritik an vorhandenen Mißständen suchen einige bürgerliche Parteien die Sozialdemokraten noch zu überbieten und bedenken nicht, daß sie dabei den Sozialdemokraten geradezu in die Hände arbeiten. Es ist darum dringend notwendig, daß alle Parteien, welche auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, zusammenhalten in der Bekämpfung der Irrlehren der Sozialdemokratie. Dazu liegt gerade jetzt mehr denn je Veranlassung vor. Je weniger Anlaß zur Kritik die Verwaltung und Gesetzgebung bieten, um so weniger Aussicht hat die Demagogie, welche Abhilfe nur in der Revolution verheißt.

Bestehen nun zweifelsohne grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie, so tragen zu ihrer Verschärfung auch mannigfache persönliche Umstände und gewisse alte Überlieferungen bei. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland überhaupt nicht als einheitliche Partei entstanden. Bebel und Liebknecht standen lange Zeit im schroffsten Gegensatz zu Lassalle. Herr von Schweizer ist von den sogen. Eisenachern als Spion und Regierungswerkzeug gebrandmarkt worden. Zwischen den Berlinern und den Eisenachern bestanden immer erhebliche Zwistigkeiten. Der Kampf zwischen den Alten und Jungen ist noch in aller Erinnerung und es ist nicht unmöglich, daß sich heute wieder eine Gruppe abzweigt, welche sich den Anschauungen von Most und Hasselmann nähert. Bebel und Liebknecht sind heute nicht mehr die jugendlichen Brauseköpfe von ehemals, sie treten jetzt in das Alter der Behäbigkeit und möchten jetzt am liebsten ausruhen auf ihren sauer erworbenen Lorbeeren, indem sie unumschränkt über die großen Massen herrschen. Diese Herren haben auch garkeine Veranlassung, ihre jetzige Stellung zu verändern, denn die zur Herrschaft gelangte Sozialdemokratie wird ihnen keine angenehmere Stellung bieten können, wie sie sie jetzt innehaben. Die Herren beziehen ein großes Gehalt, welches ihnen nicht nur erlaubt, glänzend zu leben, sondern auch erhebliche Ersparnisse zu machen, was ja alles wegfiele, sobald die Sozialdemokratie ihren Zukunftsstaat einführt. Dann würde aber auch ihre Unfähigkeit an den Tag kommen, denn dann ließe sich das Volk nicht mehr mit Versprechungen bethören, sondern würde Thaten verlangen. Dann würde sich aber auch zeigen, daß der ganze Zukunftsstaat ein Hirngespinst und ein Unding ist. Dann könnte es aber leicht dahin kommen, daß sie durch gewaltthätige Parteigenossen zur Seite gestoßen würden und der Zügel ihren Händen entfallen würde. Für diese Herren gilt es darum augenblicklich die jetzige Stellung zu behaupten. Zu keiner Zeit haben sie aber soviel zu thun gehabt, die ungeberdigen Köpfe zur Ruhe zu bringen und die Pläne der Reichstagsfraktion zu verteidigen, wie nach dem Aufhören des Sozialistengesetzes. Sie mußten in sehr stürmischen Versammlungen das Verhalten der parlamentarischen Vertretung rechtfertigen. Inzwischen beschlossen Versammlungen bald Vertrauenskundgebungen für Bebel und Genossen, bald wieder scharfe Verurteilungen ihres Verhaltens. Zwar ist es gelungen, daß Bebel und Genossen die aufsetzigen Jünger aus der Partei verdrängen und ins Lager der Anarchisten treiben konnten. Aber wird es auch immer so gehen? Das muß die Zukunft uns zeigen!

Es ist aber jedenfalls vergebliche Mühe, wenn gewisse Leute gleich von jedem Zank innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine Spaltung oder den Verfall erwarten. Selbst wenn diese inneren Streitigkeiten zu einer zeitweiligen Spaltung führen sollten, wird die Partei in getrennten Hälften ruhig auf ihrer Bahn weiter fortschreiten, um schließlich vereint zu schlagen. Die inneren Streitigkeiten können aber niemals der Partei gefährlich werden, sondern höchstens den Parteihäuptern. Ob die Führer nun Bebel oder Vollmar, Schippel oder Quark heißen, ist für uns gleichgültig; sie sind und bleiben die Führer der revolutionären Partei. Der einzige Unterschied ist höchstens der, daß die einen als ehrliche Sozialdemokraten direkt auf das Ziel lossteuern, während die andern als Bauernfänger wie die Katze um den heißen Brei herumschleichen und dem Bauern vom Landprogramm und den Städtern vom Zukunftsstaat vorschwatzen. Das Ziel ist genau dasselbe, nur der Weg zum Ziel ein wenig anders.

Um ihre Stellung zu erhalten, haben die Führer strenge Gesetze gegen die eigenen Genossen erlassen müssen. In dem „Organisationsentwurf für die sozialdemokratische Partei Deutschlands" heißt es z. B.: „§ 1. Parteigenosse ist jede Person, die das Parteiprogramm anerkennt und die Partei dauernd materiell unterstützt. § 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen das Parteiprogramm oder einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat oder dauernd die materielle Unterstützung versagt." Über die Zugehörigkeit zur Partei oder den Ausschluß aus derselben entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Parteiorte oder Reichstagswahlkreise. Gegen diese Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteivorstand (§ 13) und an den Parteitag (§ 7) zu.

Ein altes Sprichwort in den sogen. neuen Provinzen schiebt Bismarck das Wort in den Mund: Laß die Leute reden, was sie wollen, wenn sie nur zahlen, was sie sollen! Dieses Wort scheinen Bebel und Genossen nicht so ganz gelten lassen zu wollen, denn ihr Organisationsentwurf sagt ja klar und deutlich: 1. Hübsch fein den Mund gehalten und nichts gesagt, was uns nicht gefällt, sonst gehört ihr nicht zur Partei! (Daß es ihnen mit diesem ersten Punkte bitter ernst ist, haben die aufstrebenden Geister oft genug erfahren: Die Jungen wurden ausgewiesen, weil sie zu radikal waren und nicht warten wollten, bis es den Parteigötzen gefiel, den Zukunftsstaat einzurichten; Theodor von Wächter, Dresbach, Rüdt und wie sie alle heißen, sind ausgeschlossen,

weil sie nicht radikal genug waren.) 2. Wer nicht die Partei dauernd materiell unterstützt, gehört nicht zur Partei! (Das heißt doch nichts anderes, als der Arbeiter soll einen Teil seines sauer verdienten Lohnes an diese Herren hingeben, damit sie davon einen guten Tag leben können. Und wenn der Arbeiter das nicht will? Nun, dann wird er aus der ehrenwerten Gesellschaft ausgestoßen.) Daraus resultiert: Die Sozialdemokraten spekulieren nur auf Deinen Geldbeutel!

Hast Du auch einmal nachgeforscht, lieber Leser, wo das Geld bleibt, welches die Sozialdemokraten einnehmen? Sonst laß es Dir kurz erzählen: Von jenen sozialdemokratischen Führern, welche die Parteikasse bestahlen und dann mit dem Gelde der Parteigenossen durchbrannten, will ich schweigen, das waren ja Hallunken und Spitzbuben. Ich will Dir nur erzählen, was die „ehrlichen" Kassenverwalter mit den Parteigeldern machen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter über die sich zur goldenen, segenspendenden Partei-Futterkrippe drängenden Führer ist bekannt. Das Wort Bebels: Die Gebildeten unter uns gehen zu den bürgerlichen Parteien über, wenn sie nicht mehr die hohen Gehälter (7000, 6000, 5000 Mk.) erhalten," wird seine Früchte tragen und Bebel selbst wird noch erkennen, daß er mit seinem Ausspruche einen taktischen Fehler begangen, der seiner Partei wahrlich nicht zum Heile gereichen wird. Es war längst kein Geheimnis mehr, daß alle diese gebildeten und halbgebildeten Sozialdemokraten sich nur deshalb zur Sozialdemokratie drängen, weil ihre Führer und Beamten Gehälter beziehen, wie sie diese Leute in bürgerlichen Berufen schwerlich erlangen würden. Wenn die Führer und Zeitungsredakteure wirklich so uneigennützige Menschen wären, wie man nach ihren Aussagen annehmen müßte, würden sie sich dann solch stattliche Gehälter auszahlen lassen? Schon auf dem vorigen Parteitage in Frankfurt am Main und ebenso auf dem letzten in Breslau haben die Herren Bebel und Genossen ganze Tage gebraucht, um sich gegen die Sozialisten 2. und 3. Ranges zu wehren. Es kamen dabei ganz artige Dinge an den Tag. Die Herren Geschäftssozialisten 1. Ranges, die nie genug von der Ausbeutung der armen Arbeiter reden können, und die Sache immer so darzustellen wissen, als ob die Arbeiter schon dem Verhungern nahe wären, lassen sich von den sauer ersparten Groschen dieser armen, hungernden Arbeiter so anständige Gehälter von mehreren Tausend Mark jährlich bezahlen; sind sie außerdem noch Reichstagsmitglieder, so beziehen sie ganz annehmbare Parteidiäten und außerdem noch für die Agitationsreisen Tage- und

Reisegelder. Das alles zusammen macht ein nettes Sümmchen aus. Da ist es denn auch kein Wunder, daß diese Herren sich in Berlin, wo die Wohnungen besonders teuer sind, ganze Etagen mieten können und in diesen nebenbei sehr luxuriös ausgestatteten Räumen ein Herrenleben führen, um das sie mancher Bourgeois (den sie doch stets als Parasit der Gesellschaft darstellen), beneiden würde. Dabei bringen diese Herren es immer noch fertig, sich so erkleckliche Summen zu ersparen, daß sie sich Rittergüter in der Schweiz oder ähnliche nützliche Sachen anschaffen können. Wenn irgend etwas von dem Schweiß und Blutgroschen des armen Mannes angeschafft ist, so sind es diese Ersparnisse.

Derselben Meinung mag wohl die größte Masse der Sozialdemokraten sein, darum erschienen auf den letzten beiden Parteitagen Anträge, daß kein Sozialdemokrat mehr wie 3000 Mark Gehalt von der Partei beziehen dürfe. Es wurde dazu bemerkt, daß man immerhin mit 3000 Mark noch ganz gut auskommen könne und es wurde als Ehrensache eines jeden zielbewußten Genossen angesehen, nicht mehr von der Partei zu nehmen, als er zu seinem Unterhalt bedürfe. Auch wurde darauf hingewiesen, daß in dem Programm ausdrücklich die körperliche Arbeit mit der geistigen auf gleiche Stufe gestellt wird und also auch gleich honoriert werden müsse.

Aber die Anzapfungen auf die „kapitalistischen Neigungen" derer, die die sozialdemokratische Partei als „melkende Kuh" betrachten, fanden von seiten der Führer eine sehr herbe Kritik. Dieselben warfen die Maske der Arbeiterfreundlichkeit ab und zeigten sich einmal in ihrer nackten Wirklichkeit. Dieselben Herren, welche sonst immer so thun, als ob sie aus purer Freundschaft für die Arbeiter agitieren und darüber die eignen Angelegenheiten vernachlässigten, erklärten jetzt mit dürren Worten, wenn die Sozialdemokraten uns nicht gut bezahlen, dann gehen wir zu den bürgerlichen Parteien über. Wir arbeiten für die Partei und wollen auch dementsprechend bezahlt werden! Bemerkenswert an der jetzt wieder einsetzenden Bewegung gegen die fortdauernde Regierung der „Tugend der Uneigennützigkeit" durch die sozialdemokratischen Führer ist einerseits die Hartnäckigkeit, mit der die nicht an der Parteikrippe versorgten Genossen auf eine Beschneidung der Gehälter über 3000 Mark drangen und andererseits die Ungeniertheit, mit welcher die augenblicklichen Nutznießer des Diätenfonds die Vorteile aus der Existenz desselben verteidigen. Das sind, Ihr Deutschen Arbeiter, Eure Helden der Überzeugung! Wenn diese wahrheitsliebenden und

proletarierfreundlichen Redakteure aber zur bürgerlichen Partei übergehen, so ist das doch etwas anderes, als wenn ein Arbeiter seine Arbeit wechselt, denn sie müssen die Partei, d. h. ihre Gesinnung, wechseln. Da nun aber naturgemäß die bürgerlichen Parteien sich alle im Kampfe mit der Sozialdemokratie befinden, so müßten dieselben Geschäftssozialisten, die jetzt die gepfefferten und gesalzenen Artikel für die Sozialdemokratie schreiben, es hernach gerade umgekehrt machen. Wie weit es da überhaupt mit ihrer Gesinnung her sein kann, leuchtet wohl von selbst ein und ebenso, daß ich Recht habe zu behaupten: Sie spekulieren nur auf den Geldbeutel der Arbeiter!

Bebel sagt in seinem Buche „die Frau" Seite 286: „Ist jemand von der Natur so stiefmütterlich behandelt, daß er beim besten Willen nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für die Fehler der Natur nicht bestrafen. Hat umgekehrt jemand von der Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die andern erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist." So hat es Bebel in seinem Buche „Die Frau" geschrieben, aber was sagte er in Frankfurt? Er sagte: „Sehr bezeichnend war eine Äußerung Legien's, der sich auf das Programm beruft, wo kein Unterschied gemacht sein soll zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Was in der zukünftigen Gesellschaft werden soll, und ich habe mich darüber in meinem Buche sehr bestimmt ausgesprochen, das kann uns doch heute nicht bestimmen, wo die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft maßgebend für die Remunerierung der qualifizierten und unqualifizierten Arbeit sind."

Die Worte des Herrn Bebel in Ehren, aber wenn die Geschäftssozialisten sich jetzt noch nicht nach den zukunftstaatlichen Theorien richten können, sondern nur nach den jetzigen Verhältnissen, so müßten sie doch auch bei bürgerlichen Unternehmern dieselben Rücksichten walten lassen.

Es giebt aber noch eine ganze Menge Agitatoren, die wenn auch nicht direkt, so doch indirekt von der Partei leben. Der berliner sozialdemokratische Stadtverordnete, Gastwirt Zubeil, hat das Poppesche Lokal, Lindenstraße 106, käuflich übernommen und bereits die Schankkonzession erhalten. Auch sein seitheriges Geschäft in der Naunynstraße 83 befindet sich noch in seinen Händen. Nebenbei ist Zubeil wohlbestallter Bieragent für eine Fürstenwalder Brauerei. Der Gewerkschaftsführer Augustin hat eine größere Gastwirtschaft in der Kastanien-Allee übernommen. Als Reisender der deutschen Hutfabrik in der Pappel-Allee

und gleichzeitiger sozialdemokratischer Agitator erhielt er doppelte Spesen und Gehalt, wobei er sich bequem ein Kapitälchen erübrigen konnte. Selbst die Agitatoren zweiter und dritter Güte kommen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem Vermögen, wenn sie die erforderliche Unverfrorenheit besitzen. Es befinden sich darunter Leute, die noch vor 5 bis 10 Jahren nichts außer ihren Schulden besaßen und heute sind sie „gemachte Leute". Während der eine schon Besitzer zweier Geschäfte ist, hat es ein anderer bereits zu zwei Häusern gebracht, ja es giebt einen nichts weniger als begabten Agitator, der noch vor wenigen Jahren nicht imstande war, Arbeitergroschen, die er in seinem Nutzen verwendet (im gewöhnlichen Leben nennt man das „Unterschlagung") zurückzuzahlen und von dem selbst das damalige „Berliner Volksblatt" (der heutige „Vorwärts") meinte, man solle einen solchen Menschen doch nicht öffentlich reden lassen. Derselbe war aber abgebrüht genug und „wirkte" für die Sozialdemokratie weiter. Heute besitzt er das höchste Vertrauens- und Ehrenamt, welches das „Volk" zu vergeben hat und ist außerdem Besitzer zweier gangbarer Geschäfte. Doch handelt es sich hier durchaus nicht um einen Ausnahmefall in der sozialdemokratischen Partei. Im Gegenteil, ich könnte noch zahlreiche ähnliche Fälle aus älterer und neuerer Zeit anführen; doch für diesmal genug.

Bebel hatte früher gegenüber ungetreuen Kassenverwaltern sehr tolerante Ansichten, wie aus einer von ihm im Jahre 1880 geschriebenen Broschüre erhellt, die sich gegen den Verleger Findel in Leipzig richtete und die Umwandlung dessen demokratischen Organs in ein sozialdemokratisches beleuchtete. In dieser Broschüre, die geflissentlich längst vom Büchermarkte zurückgezogen ist, gab Bebel die Gründe an, warum er einen Menschen, obgleich derselbe ein Spitzbube war, dennoch protegiert habe. Er schrieb: Es sei ihm wohl bekannt gewesen, daß der Betreffende wegen Unterschlagung einiger hundert Gulden Arbeitergroschen in Österreich bestraft worden, doch da er sonst brauchbar gewesen, habe er ihm eine Anstellung in der Leipziger Genossenschaftsdruckerei gegeben und ihm später einen besser dotierten Platz beim „Hamburg-Altonaer Volksblatt" verschafft. Sollte es schon damals keine ehrlichen Parteigenossen mehr gegeben haben? Doch diese sind meistens nicht so „brauchbar" und verschwiegen, während man unehrliche Burschen an der Hand hat und sie wie Marionetten leiten kann, Bebel versteht es eben meisterhaft, sich seine Kreaturen auszusuchen. Da sage mir nun noch einer, daß diese Herren nicht wissen, wozu Geld gut ist und daß sich

mit vollem Beutel leicht von der Armut und Dürftigkeit der Arbeiter reden läßt.

Zur weiteren Illustrierung der Geldverhältnisse will ich noch eine kleine lehrreiche Geschichte folgen lassen: Vor Jahren ging durch alle Zeitungen die Nachricht, daß der verstorbene Sozialdemokrat Höchberg den Berliner Genossen eine testamentarische Zuwendung gemacht habe. Die Höhe des Vermächtnisses wurde selbst in sozialdemokratischen Blättern auf 30 Tausend Mark angegeben. Singer sollte zum Testamentsvollstrecker ernannt worden sein. Da nach einigen Jahren Bebel in Berliner Versammlungen wiederholt aufgefordert wurde, über diese 30000 Mk. Rechnung abzulegen, so erklärte Singer, daß Höchberg weder der Partei noch den Berliner Genossen eine Zuwendung gemacht habe, daß keine bestimmte Summe im Testament genannt sei und er, Singer, auch nicht zum Testamentsvollstrecker ernannt worden sei. Höchberg hätte ihm einen Betrag, allein weit unter 30000 Mk. zu Unterstützungszwecken vermacht, der auch entsprechende Verwendung gefunden habe. Zur Rechnungsablage sei formell niemand verpflichtet. Bebel und die Partei, die das Vermächtnis garnichts anginge, seien gewiß nicht dazu berufen. — Ich werde gewiß auch nicht berufen sein, Rechenschaft zu fordern, da ich ja nicht einmal Parteigenosse bin. Die Leser dieses Buches aber, hoffe ich, werden sich selbst einen Text zur gehörten Melodie machen können. Zum Denken giebt Singers Erklärung genug Anregung!

Der Einfluß sozialdemokratischer Politiker ist in Deutschland in erster Reihe durch eine von keinerlei Verantwortlichkeitsgefühl gezügelte Arbeiterschmeichelei begründet worden, durch einen Volksbyzantinismus, wie er widerlicher und entsittlichender garnicht gedacht werden kann. Fehler und Gebrechen besitzt nach sozialdemokratischer Darstellung der deutsche Arbeiter nicht. Die Pflicht moralischer Selbstzucht ist ihm nicht vorgeschrieben, und fehlt ihm noch etwas zur Vollkommenheit, so ist der Mangel nicht von ihm, sondern von seinen Ausbeutern verschuldet, die ihm Muße und Mittel zur geistigen Ausbildung vorenthalten. Erziehlich wird nur in einer Richtung auf den Arbeiter eingewirkt, in der Disziplin, hier aber auch mit aller Energie: Wer nicht gehorcht, der fliegt hinaus! so hat es ja Liebknecht verkündet. Es ist das alte Höflingsgesetz: Man schmeichelt um zu herrschen. Auf diese Weise ist in den sozialdemokratisch gedrillten Massen ein Geist des Dünkels und der Selbstzufriedenheit groß gezogen worden, der ernste Befürchtungen hinsichtlich der ethischen Entwicklung des Arbeiterstandes rechtfertigt.

Die Gleichgiltigkeit gegen den Arbeiterstand, in sofern er nicht als Werkzeug zu gebrauchen ist, erscheint als eine besondere Eigentümlichkeit der deutschen Sozialdemokratie. In andern Ländern beschränken sich die Führer der Sozialdemokraten nicht wie die deutschen Agitatoren darauf, in den Zuhörern und Anhängern schlimme Leidenschaften zu erwecken, sondern sie finden den Mut, in ihren Anhängern vielmehr diese schlimmen Leidenschaften zu bekämpfen. Diese grundsätzliche Verschiedenheit zeigt sich vorzüglich in der Stellungnahme der Führer gegenüber der Trunksucht. Für die sozialdemokratischen Agitatoren in Deutschland sind die auf Bekämpfung des Branntweingenusses gerichteten Bestrebungen nichts anderes, als eine Bourgeois-Verschwörung zur Einengung der Arbeiterbedürfnisse, um dadurch ein Herabsinken der Löhne zu erzielen. Da denkt man doch in der Schweiz sowohl über diesen Punkt als überhaupt über die Pflichten der Arbeiterführer ganz anders. Zum Beweise hierfür will ich eine Äußerung aus dem offiziellen Organ der schweizerischen Sozialdemokraten, der „Arbeiterstimme", anführen: „Die Arbeiter sollen wissen, daß nicht allein die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse die Ursache ihres Elends ist, sondern diese liegt ebenso gut in ihren eigenen Schwächen und Gebrechen. Das den Arbeitern zu sagen, ist die heiligste Pflicht jedes ehrlichen Volksfreundes. Nicht nur eine Reform des Staates und der Gesellschaft ist notwendig, sondern auch eine Reform der Lebensweise und des Charakters. Mit dieser letzten Reform kann jeder einzelne Mensch sofort beginnen. Daran hindert ihn keine Macht der Welt, als vielleicht seine eigene Schwäche." So sprechen die Schweizer. Der englische Arbeiterführer Tom Man sagt: „Ohne moralische Besserung sei eine wirtschaftliche Hebung unmöglich. Er selber sei ein Temperenzler (d. h. er trinkt keine Spirituosen); denn nur durch ein nüchternes Beispiel könne man andere für Nüchternheit gewinnen. Der große Vorwurf, den er den deutschen Sozialistenführern nicht ersparen könne, sei ihr mangelhaftes Verständnis für die wahren Bedürfnisse des Arbeiters. Es sei ein Verbrechen, den Arbeiter nicht auch an seine eigenen Versäumnisse und Verschuldungen zu erinnern und ihm nicht zu zeigen, wie er durch besonnenen und moralischen Lebenswandel einen Teil seiner Übelstände selber heben könne." — „Die Arbeitgeber betrachte er nicht als prinzipielle Gegner der Arbeiter. Ein Zusammenwirken beider ist für die friedliche, soziale Entwicklung das beste und erstrebenswerteste, der Streik dagegen das letzte, nicht das erste Mittel." Das kann man doch Wahrheit und Streben nach Volkswohl nennen!

Wie gewissenlos die deutschen Sozialdemokraten bei ihrer Agitation vorgehen, kann man so recht an ihrem Landprogramm sehen. Die Sozialdemokraten haben längst gesehen, daß es mit ihrer Agitation auf dem Lande nicht recht vorwärts geht. Unser deutsches Bauerntum hängt zäh am Althergebrachten und an der Scholle, darum können die Phrasen sozialdemokratischer Organe dort auch nicht ohne weiteres einer neuen, verworrenen Weltanschauung Thor und Thür öffnen. Nun will man in sozialdemokratischen Parteikreisen die bisherige Bearbeitungsmethode auf dem Lande ändern. Das geht daraus hervor, daß Stimmen laut werden, die direkt das sozialistische Programm für die ländlichen Mißerfolge verantwortlich machen und deshalb Wandel zu schaffen raten. Es wurde geradezu ausgesprochen, daß das sozialistische Programm sich schon jetzt als ein Hindernis für die Parteivorbereitungen auf dem platten Lande erweise. Auf dem Parteitage der sozialdemokratischen Partei des Saalekreises führte Genosse Mittag u. a. folgendes aus: „Mit dem bisherigen Programm seien keine Fortschritte möglich, weil dasselbe die Verstaatlichung des Eigentums fordere. Auf dem platten Lande habe man es meistenteils mit kleinen Besitzern zu thun, welche mit jeder Faser an dem Besitztum hängend, sofort Front machten, sobald von einer Verstaatlichung des Eigentums gesprochen werde. Um kleinere bäuerliche Besitzer auf sozialdemokratische Seite zu ziehen, sei daher erforderlich, daß man den Bauern ihren Besitz sichere und dieselben auf einen gewissen Rentenweg verweise. Es sei dem Bauer zu sagen: Die Sozialdemokratie verlange Verstaatlichung der Produktivmittel, nicht Abschaffung des Privatvermögens- und -eigentums. Sei nun auch der bäuerliche Besitz Produktivmittel, so sei es doch damit anders, denn die Behörde könne Grund und Boden auf die einzelnen Dörfer verteilen und auf dem Rentenwege nach und nach die gesamte Landbevölkerung in den Stand setzen, den gesamten Grund und Boden zu bebauen. Der Parteitag in Frankfurt werde sich mit Vorschlägen auf Programmänderung in dieser Richtung zu befassen haben. Zwar erfordere die Angelegenheit noch eingehendes Studium; auf dem angedeuteten Wege sei aber etwas zu erreichen. Schon auf dem Parteitage zu Frankfurt a. M. meinte Vollmar, man dürfe den Bauern nicht dasselbe sagen wie den Fabrikarbeitern. Den Bauern dürfe man nicht erzählen, daß die Sozialdemokratie das Eigentum an sich reißen wolle, denn der Bauer hänge zu sehr an der Scholle und würde jeden als seinen Feind ansehen, der die Hand nach seinem Eigentum ausstrecken

würde. Darum sollte man bei der Landagitation das Parteigrogramm hübsch zu Hause lassen. Bebel trat früher sehr heftig gegen Vollmar auf und nannte es Bauernfang, wenn man die Landbevölkerung auf jeden Fall gewinnen wolle, selbst unter Verschleierung der letzten Ziele. Auer sagte kurz darauf in Berlin: Die Landarbeiter können wir wirklich nur gewinnen, wenn wir ihnen unsere letzten Ziele nicht verschleiern. Die aber Grund und Boden haben, die werden nie zu uns kommen. Der Berliner Parteivorstand schleuderte seinen Bannfluch gegen die süddeutschen Bauernfänger und jetzt? Als der Parteivorstand schließlich dennoch mit Schrecken einsehen mußte, daß mit dem Programm bei der Landbevölkerung nicht anzukommen sei, ernannte sie eine Kommission, die ein neues Programm ausarbeiten sollte und schließlich entschloß man sich, zwei Programme zu haben; mit dem einen, dem Hauptprogramm, wollte man die Proletarier in den Städten gegen den jetzigen Staat und die besitzenden Klassen aufhetzen und für den Zukunftsstaat gewinnen. Daneben aber wollte man noch ein Nebenprogramm haben, welches so ziemlich das Gegenteil besagte und mit demselben unter Verleugnung des Hauptprogramms die Landbevölkerung an sich fesseln, damit nicht wieder wie 1848 die nägelbeschlagenen Stiefel der Bauern sich gegen die Freiheitsmänner wenden würden. Ist es nicht bezeichnend für die sozialdemokratische Ehrlichkeit, wenn dieselbe für die städtischen Arbeiter nach wie vor das Hauptprogramm als alleinhelfendes Heilmittel anpreisen, für Agitationsfahrten aufs Land aber ein zweites Programm festlegt, welches das Gegenteil des Ersteren behauptet? Treffender kann doch die frivole Unaufrichtigkeit der sozialistischen Heerführer nicht illustriert werden! Auf dem Parteitag zu Breslau zeigte sich freilich auch, daß es unter den Sozialdemokraten auch noch „ehrliche" Leute giebt; denn die große Masse folgte Schippel nach, der sich scharf gegen diesen „Bauernfang" aussprach und lieber auf das Landprogramm verzichten wollte. Da half alles nichts, selbst Bebels heftiges Auftreten nicht, der die Gegner als Schwindler und gewissenlose Leute beschimpfte. (Der Kuckuck ruft auch nur seinen eigenen Namen.) Das Landprogramm ward mit großer Majorität verworfen, weil es dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zuweise, den Klassenkampf des Proletariats erschwere und dem kapitalistischen Staate Aufgaben zuweise, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen könne, in dem das Proletariat die politische Macht erobert habe.

Das ganze von Bebel und Genossen vertretene Landprogramm

war auf Bauernfang abgesehen, freilich hätten die Sozialdemokraten, auch wenn es angenommen worden wäre, schwerlich Bauern damit gefangen; dafür sind ihnen aber andere Gimpel ins Netz gegangen, nämlich Pfarrer Naumann und Anhang, die sogen. Katheder= oder Kanzelsozialisten. Diese Sozialpolitiker in ihrer Einfalt, welche stets auf eine Zersplitterung und darauffolgenden Zerfall der Sozialdemokratie hoffen, glaubten, nun wäre die Zeit gekommen, auf die sie so lange vergeblich gewartet hätten. Sie hofften auf Spaltung und Absonderung eines gemäßigten Flügels, mit welchem sie paktieren könnten. In Nr. 42 der „Hilfe", dem Organ des Herrn Pfarrer Naumann, heißt es über den Parteitag in Breslau: „In der Beratung des Landprogramms lag folgende Frage verborgen: Sind in der Sozialdemokratie die praktischeren Geister, die gegenwärtige Politik treiben wollen, in der Oberhand? Leider ist die Abstimmung ungünstig ausgefallen, das Alte hat über das Neue gesiegt, die Entwickelung der sozialdemokratischen Partei ist um etliche Jahre zurückgeworfen. Die Grenzen zwischen uns und ihr sind durch Breslau schärfer geworden; denn was wir schätzten und was wir zu verstehen suchten, war die Minderheit, die vorerst den Kampf verloren hat." In Nr. 43 heißt es dann noch gar: „Die Masse hat über die Intelligenz gesiegt!"

Nein, Herr Pfarrer, nicht die Masse hat über die Intelligenz gesiegt, sondern die ehrlichen Sozialdemokraten haben über die Schelme gesiegt. Ich verachte keinen Sozialdemokraten, der aus Überzeugung zur Partei schwört, aber die Geschäftssozialisten, denen es nur darauf ankommt, die Massen zu verhetzen, gleichviel mit welchen Mitteln, die muß ich bekämpfen. Die geschäftsmäßigen Aufwiegler, die heute den Proletariern der Städte von dem famosen Zukunftsstaate erzählen und morgen bei den ländlichen Arbeitern den Zukunftsstaat verleugnen, die kann ich niemals als intelligente Leute anerkennen, denn bei mir zu Hause war bisher das Lügen kein Zeichen von Intelligenz.

Die Vorgänge auf den beiden letzten Parteitagen und besonders die Debatten über das Landprogramm müssen doch jedem verständigen Menschen die Augen öffnen und ihn die Falschheit und Gewissenlosigkeit der Sozialdemokratie erkennen lassen. Die Kathedersozialisten haben daraus aber keine Lehre gezogen. Nach dem Parteitag in Frankfurt sprechen sie nur von einer Spaltung, die in der Sozialdemokratie bevorstände, dieselbe müsse nur erst abgewartet werden. (Wenn ihnen über dem Warten nur nicht die Zeit zu lang wird!) Jetzt glauben sie, daß

das Landprogramm eine Spaltung hervorrufen werde. Der Wunsch ist dabei immer der Vater des Gedankens; es geht leider nur nicht immer nach ihren Wünschen. Diese Herren, an deren redlichen Absichten ich keineswegs zweifle, arbeiten meistens mit mehr Eifer als Verständnis an der Lösung der sozialen Frage, sie sehen gewisse Mißstände, die sie dann zu unrecht verallgemeinern. Ebenso zeigt sich bei ihren Vorschlägen zur Besserung der sozialen Verhältnisse ihre gänzliche Unkenntnis gegenüber den thatsächlichen Verhältnissen. Inbezug auf die Entwicklung der Menschheit übersehen sie, daß ein nachhaltiger Fortschritt auch immer nur schrittweise vor sich gehen kann und daß jede Überstürzung unerbittlich einen Rückschlag nach sich zieht. Bei alledem machen sie auch noch denselben Fehler wie die Sozialdemokraten, sie rechnen immer mit den Menschen wie sie sein sollten und nicht mit ihnen, wie sie einmal sind. Doch genug an dieser kleinen Abschweifung und zurück zur Sozialdemokratie.

Die ganze geschichtliche Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie liefert uns die unzweideutigsten Beweise für das Fremdartige, Unnatürliche und Gewaltsame, welches ihr noch heute anhaftet. In der dumpfen Luft der Londoner internationalen Verschwörerherberge wurde sie erzeugt und in dem Londoner Verschwörerboden wurzeln noch heute ihre kräftigeren Triebe. Karl Marx war der Nährvater, Alexander Herzen und Mazzini können als Pathen gelten und Ferdinand Lassalle ward der Verkünder der neuen Heilslehre auf deutschem Boden. Während Louis Blanc schon 1848 in Frankreich eine sozialdemokratische Partei ins Leben gerufen hatte, folgte das langsamere und zähere Deutschland erst 15 Jahre später. Das damalige Aufkommen der Sozialdemokratie wurde durch verschiedene äußere Umstände, wie die Taktik der damaligen Regierung, sowie durch die Schwäche der Ordnungsparteien begünstigt. Zwei Israeliten waren die Urheber dieser neuen Richtung, der eine ein moderner falscher Messias und der andere ein Grübler nach der Art der Talmudisten. Während der erstere als Agitator maßlos übertrieb und die angebliche Volkssache nur soweit förderte, als sie seinen eigenen ehrgeizigen Zukunftsplänen und Träumen von Diktatur und Königtum entsprach, hatte der zweite, Karl Marx, schon in Bebel und Liebknecht Organisatoren bereit, die in weit radikalerem Sinne als Lassalle und seine Anhänger auf die Massen wirken sollten, wobei stets die rote Republik als Ziel vor Augen stehen mußte. In der That gewannen auch bald nach Lassalles Tod diese radikalen Strömungen die Oberhand.

Das Eisenacher Programm von 1869 bildete die Grundlage für die 1875 erfolgte Gründung eines „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins". Dieser Arbeiterverein war aber in Wirklichkeit nichts anderes als ein mit allen Mitteln der Agitation arbeitender revolutionärer Bund.

Wie die Sozialdemokraten von heute über Lassalle denken, haben wir ja in Halle gehört. Dort wurde am 12. Oktober 1890 der sozialdemokratische Parteitag im Saale des „Hofjäger" eröffnet. Der Saal war der Bedeutung des Tages angemessen ausgeschmückt. Die Bühne war von zwei großen roten Fahnen flankiert, die Bühne zeigte die Bilder der Parteigründer, Lassalle und Marx, und darüber standen in großen Buchstaben die Worte des letzteren: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Aber wie würde wohl Lassalle zu Mute gewesen sein, wenn er hätte hören können, wie Liebknecht den Stab über ihn brach, indem er sprach: „Es ist endlich wieder an der Zeit, die letzten Reste Lassalle'scher Eierschalen abzustreifen". Ein „ehernes Lohngesetz", wie Lassalle in die Agitation geworfen hätte, gebe es nicht nach seiner Meinung. Deshalb müsse auch im Parteiprogramm von einer Beziehung auf das eherne Lohngesetz Abstand genommen werden. Auch die Forderung Lassalles nach Produktivassoziationen mit Staatsbeihülfen bezeichnete Liebknecht in Halle als veraltet und deshalb lächerlich; die Voraussetzung sei ebenso unmöglich als die ganze Prozedur selbst. Lassalle habe die Produktivassoziationen mit Staatsbeihülfen nur gefordert als wirksames Agitationsmittel gegen die Genossenschaften von Schulze-Delitzsch. Es ist ja gewiß sehr lobenswert von Liebknecht, daß er der Welt einmal die Wahrheit bringt, aber ich möchte trotzdem doch Liebknecht fragen, ob in seinem Progamm nicht auch einige Agitationsmittel sich befinden, welche nur für die dummen Massen berechnet sind und welche man niemals zu erfüllen gedenkt? Dazu kommt dann noch ein zweites Moment. Liebknecht entblödet sich nicht, uns den Lassalle als einen Bauernfänger zu schildern, dessen Lehren nur auf Wählerfang berechnet waren. Was ist denn nun der Nachfolger eines solchen Bauernfängers? Liebknecht hat selbst sein Möglichstes gethan, um Lassalles Lehren zu verbreiten. Was ist Liebknecht denn? Nach meiner Ansicht ein ebenso großer Bauernfänger wie sein berühmtes Vorbild.

Wir haben vorhin Liebknechts Meinung vom „ehernen Lohngesetz" gehört, ich will jetzt versuchen, meine Meinung über dasselbe dazu zu setzen. Wenn man mit sozialdemokratischen Arbeitern über dies Kapitel spricht, dann merkt man gleich, wie gerade das „eherne Lohngesetz" ein

Haupterziehungsmittel der Sozialdemokraten ist. Die Leute sagen einfach: Es kann nicht recht sein, daß die Großen so viel verdienen und wir so wenig; es müssen alle gleichviel verdienen. Macht man nun den Versuch, diesen Leuten zu beweisen, daß dies garnicht angehen kann, dann erhält man stets dieselbe Antwort: Das verstehst Du eben nicht, dazu bist Du zu dumm! Nun aber kommt Liebknecht und sagt selbst: Das ist veraltet und deshalb lächerlich! Was werden dazu die Arbeiter sagen? Wenn es den Herren Bebel, Singer und Genossen wirklich ernst mit dem „ehernen Lohngesetz" wäre, dann könnten sie ja gut einen kleinen Versuch damit machen. Herr Liebknecht, der von dieser Sache sich ja losgesagt, kann ruhig ausscheiden, es würden trotzdem in Berlin noch fast 200000 Sozialdemokraten übrigbleiben. Unter diesen sind nach eigener Angabe viele wohlhabende Leute, manche könnte man auch wohl reich nennen. Singer gilt bekanntlich als Millionär, Dr. Arons ist noch reicher u. s. w. Wenn nun alle Berliner Genossen ihr Hab und Gut, ihre Gehälter und Arbeitslöhne in eine gemeinsame Kasse thäten und nun bekannt machten: Es gilt der Organisation der Kollektivarbeit und der Ertrag soll unter alle Genossen gleichmäßig verteilt werden! so müßte dies ein äußerst interessanter Anblick sein, denn gerade in Berlin finden wir Glieder der verschiedensten Stände und Berufsarten. Aber sei nur ruhig, lieber Leser, aus diesem Experiment wird nichts werden, denn die Führer mögen selbst das Geld viel zu sehr leiden, als daß sie es anderen geben. Das beweisen ja die recht stattlichen Gelder der einzelnen Führer, welche ich ja schon früher aufzählte. Wilhelm Liebknecht bekommt 7200 Mark als Chefredakteur des „Vorwärts" und ist dabei nicht einmal verantwortlicher Redakteur, sondern für seine Gift und Galle sprühenden Artikel müssen andere mit niedrigeren Gehältern die Verantwortung dem Gesetz gegenüber tragen und kommts einmal zum Konflikt mit dem Gesetz, dann müssen sie die Strafe absitzen für Liebknechts Artikel, trotz seines hohen Gehalts, bloß aus Solidaritätsgefühl.

Würden die Herren Geschäftssozialisten sich von den ausgebeuteten und hungernden Arbeitern solch hohe Löhne bezahlen lassen, wenn ihnen das Geld nicht so furchtbar lieb wäre? Übrigens ist den Herren Bebel, Singer und Genossen das Thema von der kommunistischen Teilung (das sie ja früher selber eifrig verbreitet haben) in letzterer Zeit recht unbequem geworden. Ein in geordneten Verhältnissen lebender Mensch und sei er auch nur Tagelöhner, mag nichts von einer Teilung hören, das ist

auch endlich den Weltverbesserern klar geworden. Ihnen ist ja nur darum zu thun, die großen Massen an sich zu ziehen und darum suchen sie auch wieder alles zu vermeiden, was ihnen einzelne Anhänger abspenstig machen könnte.

Es giebt noch eine andere Frage, welche die Herren nicht beantworten können und darum nicht gerne hören; das ist die Frage: Wie wird es im zukünftigen sozialdemokratischen Volksstaat aussehen und wie wird die endgültige Form des Zukunftsstaates sein? Das Gothaer Programm vom Jahre 1875, welches die Herren heute noch anerkennen, verlangt einen Gesellschaftszustand, in welchem alle Arbeitsmittel, d. h. alles jetzige Privateigentum, soweit es nicht Gegenstände des gewöhnlichen Gebrauches umfaßt, Besitz der Gesamtheit sein sollen und die Erwerbsarbeit unter der Leitung der Massen vor sich gehen soll. Die Sozialdemokratie will die Interessengemeinschaft aller und da sie glaubt, daß die heutige Gesellschaftsordnung nur die Interessen der Kapitalisten vertritt, so will sie eine andere Ordnung der Gesellschaft, in welcher durch Gelehrte (soll doch wohl heißen: sozialdemokratische Agitatoren) festgestellt wird, was jeder einzelne für Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidung, Wohnung u. s. w. gebraucht. Der soziale Staat wird dann die gefundene Summe mit der Anzahl der Bewohner multiplizieren, um festzustellen, wie viel produziert werden muß. Es wird darauf jeder Gewerkschaft mitgeteilt, was sie zu leisten hat. Soweit kann man den sozialen Zukunftsstaat wohl erklären hören, auf weitere und nähere Erörterungen lassen sich die Führer nicht gerne ein, da die Sache zu bedenklich für den Fortgang derselben ist. Das Berliner Volksblatt hatte die Sache besser aufzufassen gewußt. In einem langen Artikel erklärte es alle diejenigen für Dickköpfe, welche überhaupt Fragen über die Gestaltung des Zukunftsstaates stellen. Wenn die Sozialdemokraten so bestrebt sind, die Form ihres Zukunftsstaates in tiefstes Dunkel zu verhüllen, so muß es das Streben jedes wahren Volksfreundes sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die sozialdemokratische Agitation nur zur Errichtung der Republik, daneben aber auch zur Vernichtung der Familie und der persönlichen Freiheit führt. Wenn die Sozialdemokratie denn nicht weiß, wie es in ihrem Staate aussehen wird, so haben andere Leute einen um so schärferen Blick und sehen, daß die Verstaatlichung der Produktivmittel lediglich zur Errichtung der Zwangsanstalt führt, in welcher der einzelne weiter nichts ist als ein Leibeigener des Staates, in welcher eine freie individuelle Entwicklung des

einzelnen vollständig ausgeschlossen ist. Herr Liebknecht hat einst in Berlin sich etwas ausführlicher über diesen Punkt ausgelassen: Er sagte: „Nur ein Kindskopf kann die Frage stellen, wie der soziale Zukunftsstaat bis in alle Einzelheiten aussehen wird. Auch daß ich erklärt: Die Produktivgenossenschaften sind Dinge, die durch die ökonomische Entwicklung überlebt sind, wird von den Gegnern als Angriff benutzt. Daß die Wissenschaft und auch die nationalökonomische Wissenschaft unaufhaltsam fortschreitet, ist unseren Gegnern unbekannt. Wir Sozialdemokraten, die wir mit der Wissenschaft fortschreiten, kennen keine Rücksicht, wir gehen mit ihr unaufhaltsam vorwärts. Wir werden auf dem nächsten Parteitage unser Programm schärfer formulieren und wenn wir unsere Position verrücken, so geschieht das nur, um eine festere Position einzunehmen.

Unser Hauptstreben muß darauf gerichtet sein, eine mächtige Partei zu werden!" Das ist mal so recht die Art des Herrn Liebknecht, Leute, welche nicht alles glauben wollen, was er ihnen erzählt und am Ende gar noch Fragen stellen, die er nicht beantworten kann, einfach Kindsköpfe zu nennen. Wenn seine Lehren wirklich auf Wissenschaft beruhen, so thäte er doch besser, seine Wissenschaft zu offenbaren, als sich Schimpfwörter zu bedienen. Wahre Wissenschaft hat niemals nötig zu schimpfen, um zur Geltung zu kommen. Nach Liebknechts Rede ist das Hauptbestreben der Sozialdemokratie darauf gerichtet, zur Macht zu gelangen. Ja, wie es im deutschen Vaterlande aussehen wird, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt, das hat uns Liebknecht an demselben Abend erzählt: „Wir können nicht wissen, wie der soziale Zukunftsstaat aussehen wird. Die herrschenden Klassen können uns nicht sagen, wie es nach 14 Tagen in Deutschland aussieht. Wir sind aber noch garnicht in der Lage, den sozialen Staat einzurichten. Vorläufig führen wir noch den Krieg gegen die Knechtschaft in jeder Form und gegen die heutige Produktionsweise. Allein soviel steht fest, die Arbeiter einer Fabrik würden sich auch ohne die Unternehmer, die Aktionäre und die Kouponabschneider zu helfen wissen. Die englischen Gewerkschaften sind wegen ihrer lauen politischen Haltung ganz besonders von den deutschen Sozialdemokraten angefeindet worden. Allein man kann doch auch andererseits nicht vergessen, welche Macht den englischen Gewerkschaften zu Gebote steht. Wenn die Arbeiter Englands einmal zur Macht gelangen, würde es ihnen ein leichtes sein, ein Dekret zu erlassen: Von morgen Mittag 12 Uhr ab sind alle Fabriken, Werkstätten, Bergwerke u. s. w.

Eigentum des Staates, d. h. der in diesen Betrieben arbeitenden Leute. Damit ist denn der soziale Staat mit einem Schlage hergestellt. So wächst der soziale Staat in die heutige Gesellschaft hinein. Wenn wir uns nur erst werden frei bewegen können, dann werden wir auch wissen, was wir zu thun haben!" Zunächst ist es völlig unwahr, wenn Herr Liebknecht behauptet, die herrschenden Klassen wüßten nicht, wie es nach 14 Tagen in Deutschland aussehen wird. Alle Einrichtungen in der Erzeugung und dem Verbrauch der Gegenwart beruhen auf genauesten Berechnungen, nicht nur für die nächsten 14 Tage, sondern für die gesamte wirtschaftliche Gestaltung in den nächsten Jahren und vielfach selbst für ein Menschenalter. Wenn die Sozialdemokraten noch nicht wissen, wie es in ihrem Zukunftsstaate aussehen wird, so ist das nur zu bedauern. Thatsächlich liegt es dann aber nur an dem Willen, denn ihre Führer haben das früher alles angegeben. Das was sie darüber in ihren Programmen festgelegt haben, würde zu noch weit unvollkommneren Verhältnissen für die Arbeiter führen, als sie in unserer heutigen Gesellschaftsordnung bestehen. Die Phrase des Herrn Liebknecht zieht auch nicht mehr, daß nämlich im heutigen Staat die Menschen geknechtet und ausgebeutet werden. Wenigstens thut es die herrschende Gesellschaft heutzutage nicht schlimmer als die nach Weltverbesserung schreienden Sozialdemokraten, wo dieselben als Arbeitgeber auftreten. Gerade der soziale Staat führt zu einer viel größeren Knechtschaft und Ausbeutung, als die gegenwärtige Ordnung der Dinge. Im Zukunftsstaate würde der Faule und Ungeschickte, wie ich es früher ausgeführt habe, den Fleißigen und Geübten ausbeuten. Derjenige, der geistige Arbeiten zu verrichten imstande ist, würde von demjenigen ausgebeutet werden, der nur körperliche Arbeiten zu verrichten imstande ist. Der Verschwender würde wiederum den Sparsamen ausbeuten und so fort. Liebknecht glaubt, daß die Arbeiter einer Fabrik sich auch ohne Unternehmer u. s. w. würden helfen können. Warum versuchen die Sozialdemokraten es denn nicht einmal mit den Produktivgenossenschaften zum Betriebe der Fabriken? Die sozialdemokratische Partei besitzt ja eine Menge von eigenen Betrieben, warum werden diese Parteiunternehmungen nicht in kommunistischer Weise verwaltet? Daran würde sich doch wohl zeigen lassen, ob der Kommunismus sich bewährt, oder nicht. Ja, frage nur die Sozialdemokraten um solche Dinge, sie sind um Antworten nie verlegen, sie werden auch in diesem Falle Dir die Antwort nicht schuldig bleiben und ich kann sie Dir schon im voraus sagen:

„Kommunismus läßt sich nur im Ganzen einführen!“ Da man alles übrige auf der Erde erst im kleinen versucht, bevor man es im großen einführt, so haben die Sozialdemokraten damit ihrer Sache selbst das Urteil gesprochen: Der Kommunismus ist nicht lebensfähig! Die sozialdemokratischen Zeitungsredakteure und Unternehmer wollen ja nicht den Kommunismus erproben, sie wollen nur Geld verdienen. Die Herren lassen sich ihre Arbeit ebenso gut bezahlen, wie bürgerliche Zeitungsredakteure und Unternehmer, oder kann Herr Liebknecht behaupten, daß seine Arbeiter ebenso viel verdienen wie er? An jenem vorhin geschilderten Abend in Berlin stritt sich die ganze Versammlung stundenlang darüber, ob die von Liebknecht geleitete Zeitung den Anforderungen entspräche oder nicht. Von einer solchen Parteileitung „soll feststehen“, daß sie das ganze volkswirtschaftliche Getriebe unter Beseitigung aller Einzelunternehmer leiten und regieren könne?

In Halle sagte Liebknecht: Die Gesetzgebung durch das Volk sei in kleinen Ländern, wie in den einzelnen Kantonen der Schweiz möglich, aber nicht in einem großen Staat. Nur das Vorschlagsrecht und das Recht der Abstimmung über Gesetze durch das Volk könne in das Programm aufgenommen werden. Die Forderung aber, daß man den Führern vertrauen müsse, daß sie nach gemachter Eroberung alles aufs Schönste einrichten werden, setzt ja gerade das voraus, was die Sozialdemokraten jetzt am ärgsten bekämpfen, den blinden Autoritätsglauben.

So täppisch als möglich hat Herr Liebknecht den Gegnern der Gewerkschaften in die Hände gearbeitet, als er erklärte: die Gewerkschaften sind die Vorstufe zur Konfiskation des Privatvermögens. Derselbe Liebknecht, der in Berlin den Gewerkschaften, wenngleich den englischen, solche Macht zusprach, äußerte in Halle in seinem Schlußreferat über das Parteiprogramm: Es sei eine große Kinderei, zu glauben, daß man nach Analogie des Sozialistengesetzes einfach befehlen könne: Nachts 12 Uhr hört die heutige Gesellschaftsordnung auf und der soziale Staat tritt in Kraft. Damals ist Liebknecht Herr seiner Sinne gewesen und in Berlin hat ihn sein Verstand im Stich gelassen! Oder sollte Herr Liebknecht nicht ganz so dumm sein, wie er sich macht? In Halle war das gemäßigte Element vorherrschend, da brauchte man nicht so rabiat zu thun; aber vor den radikalen Berlinern, da muß schon ordentlich aufgetrumpft werden, wenn es verfangen soll. Herr Liebknecht sieht sich seine Pappenheimer an und dann wird ihnen tüchtig nach dem Mund geredet; er wird schon wissen, zu welchem Zweck.

Ganz so leicht wie Liebknecht es seinen Berliner Zuhörern ausmalte, wird sich die Sache doch nicht machen lassen. Wenn Liebknecht ein klein wenig von dem Geschäftsgetriebe einer großen Fabrik kennen würde, könnte er nicht solchen Unsinn schwatzen. Es hört sich ja schön an: Die Arbeiter einer Fabrik können auch ohne Unternehmer u. s. w. fertig werden! Sind die drei genannten Kategorien nun wirklich alle, welche die Sozialdemokraten beseitigen wollen? Nach meiner Meinung müßten doch noch mehr abgeschafft werden. Ob es gut oder schlecht in einer Fabrik arbeiten ist, liegt nicht so sehr an genannten Herren als vielmehr an den Meistern, welche die Arbeiter beaufsichtigen. Bei der Liebknechtschen Umwälzung wäre es also dringend notwendig, vor allem die Meister fortzujagen. Ich glaube dieser Vorschlag würde bei den Arbeitern noch mehr Anklang finden, als der Liebknechtsche, denn die Arbeiter würden sofort sagen: Es giebt Arbeiter genug, die ebenso klug und geschickt sind wie die Meister! Darin müßte man ja den Arbeitern unbedingt Recht geben, denn alle Meister sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, können also auch wieder aus diesem ergänzt werden. Können aber auch alle Ingenieure und Architekten, welche im Großbetriebe beschäftigt werden, auch aus dem Arbeiterstande ersetzt werden? Es wird gewiß seine großen, großen Schwierigkeiten haben. Doch nehmen wir einmal an, daß diese Klippe glücklich umschifft wäre, würden damit alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sein? Jetzt würden ja erst die Hauptsachen kommen, denn was Liebknecht da gesagt hat, sind ja alles nur Nebensachen. Es ist aber schlimm, daß Herr Liebknecht von Dingen redet, die er einfach nicht versteht. Er mag wohl Zeitung schreiben und vor unverständigem Publikum schöne Reden halten können, aber von dem Betriebe einer großen Fabrik versteht er nichts! Damit Dir die Sache klar wird, lieber Leser, bitte ich Dich, mich in eine große Maschinenfabrik zu begleiten. Hier wird nun der Befehl des sozialdemokratischen Staatsoberhauptes verlesen: „Morgen Mittag 12 Uhr tritt der soziale Staat in Kraft!“ Die Arbeiter befolgen diesen Befehl und jagen andern Mittags ihre sämtlichen Unternehmer, Aktionäre, Kouponabschneider, Ingenieure, Meister und was sie sonst noch los sein wollen, weg und wählen sich aus ihrer Mitte neue Führer, worauf sie lustig weiter arbeiten. Nachdem wir uns das etwa eine Stunde angesehen, treten wir an einen Arbeiter heran mit der Frage: Was machst Du da? Sofort wird er uns das natürlich erklären können. Nun wollen wir uns doch auch den Namen des Auftraggebers nennen lassen.

Vorausgesetzt nun, der Arbeiter weiß diesen Namen; wird das nicht in fast allen Fällen der Name eines Kouponabschneiders, Aktionärs, Ingenieurs oder Unternehmers sein? Werden diese aber noch Gebrauch für ihre Bestellung haben, da sie eben samt und sonders aus Amt und Brot gejagt sind? Ja, was nun? Daran hat selbst Herr Liebknecht nicht gedacht, als er zu seinem Trumpf den Mund so schön voll nahm. Wenn es also in solchem Falle nichts nützt, die bestellte Arbeit fertig zu stellen, kann es dann etwas nützen, neue Arbeit anzufangen? Wird Herr Liebknecht auch für diesen Ausfall einen Ersatz zu finden wissen? Wer soll denn kaufen, wenn alles Vermögen verstaatlicht ist? Glaubt Liebknecht denn wirklich, daß der Staat sofort alles ersetzen kann, was die heutige Gesellschaft so mit sich bringt? Glaubt Herr Liebknecht wirklich, daß sich die ganze heutige Produktionsweise durch das Wort eines unverständigen Mannes vernichten und wieder ersetzen läßt? Ich werde natürlich wieder zur Antwort bekommen: Der Staat übernimmt alle Geschäfte und setzt sie einfach fort! Also ist ja auch jegliche Störung des Betriebes vermieden. Ja, übernehmen kann der Staat schon die großen Betriebe, ob er sie aber auch so ohne weiteres fortsetzen kann, daran wird Herr Liebknecht mir einige Zweifel zu hegen erlauben müssen. Nun denkt auch einmal nicht nur an die ganz großen Betriebe, sondern auch an die unendlich vielen kleinen! Wie will der Staat diese übernehmen? Eine Umwälzung, wie Herr Liebknecht sie predigt, würde nur einen endlosen Wirrwarr und allgemeine Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Arbeitslosigkeit ist aber für uns Arbeiter gleichbedeutend mit Hunger. Um solchen Liebknechtschen Zukunftsstaat zu bilden, bedarf es mehr als ein Menschenalter. Wir Arbeiter aber können nicht so lange hungern, sondern müssen täglich unsere Nahrung haben. Herr Liebknecht und Genossen verstehen es wohl, eine unverständige Volksmasse durch Wort und Schrift gegen die heutige Gesellschaft zu hetzen, aber um auch nur einen solchen Zukunftsstaat wie er in ihren Köpfen spukt, zu organisieren, dazu ist ihnen der Schädel doch auch noch etwas zu „dick".

Wohl kann der soziale Zukunftsstaat, wenn er wirklich einmal zur Herrschaft kommen sollte, die ganze heutige Gesellschaftsordnung vernichten. Damit ist uns Arbeitern nicht gedient oder geholfen. Ehe die Herren die ganze jetzige Gesellschaftsordnung abschaffen, müssen sie schon für einen Ersatz gesorgt haben, wenn anders wir Arbeiter nicht zugrunde gehen sollen. Wie will Herr Liebknecht uns einen Ersatz für

die bisherigen Abnehmer unserer Erzeugnisse verschaffen? Das ist uns die Hauptsache und für diese Hauptsache treten alle Nebensachen, wie z. B. die Unternehmerfrage vollständig in den Hintergrund. Die Sache hat aber noch einen zweiten Haken. Herr Liebknecht sagt: „Von morgen Mittag 12 Uhr ab sind alle Fabriken, Werkstätten, Bergwerke u. s. w. Eigentum des Staates, d. h. der in diesen Betrieben arbeitenden Leute!" Wo bleiben da die Hunderttausende Menschen, die gerade das Pech haben, an jenem Tage arbeitslos zu sein? Denn wenn die Betriebe Eigentum der darin arbeitenden Menschen werden, so werden diese ihr neues Eigentum nicht ohne weiteres an jeden beliebigen Menschen abgeben wollen. Die sozialdemokratischen Zeitungen wissen doch sonst so viel von der großen Masse der Arbeitslosen zu erzählen, wo sollen die Arbeitslosen denn im Zukunftsstaat bleiben? Was wird aus dem Arbeiter, der gerne einmal seine Arbeit verändern möchte? Ich hoffe, daß meine Ausführungen derart gewesen sind, daß verständige Menschen von dem Liebknechtschen Unsinn überzeugt sind, auch ohne Aufwendung der vielgepriesenen Wissenschaft.

Ich möchte aber noch gern ein ernstes Wort mit den Arbeitern reden und sie gleichsam in einen Spiegel sehen lassen. Nach der sozialdemokratischen Lehre sind wir Arbeiter alle Brüder und sollen uns wie Brüder vertragen. Fehler haben wir Arbeiter nicht, als höchstens den einen, daß wir nicht genug für die sozialdemokratische Wissenschaft sind und deshalb lieber unser Geld selbst verzehren, als daß wir es den Agitatoren in den Hals füllen. Sehen wir uns nun einmal in einer großen Fabrik die einzelnen Arbeiter an. Behandeln sie sich etwa stets wie Brüder? Ich habe es noch nirgends gefunden. Man kann von ihnen mit ruhigem Gewissen sagen: Der eine ist des andern Teufel! und gerade die sozialdemokratischen Nebenarbeiter, die des Abends in den Versammlungen nicht genug von der Solidarität der Arbeiter reden können, sind des Tages bei der Arbeit mit Fleiß darüber aus, einander übers Ohr zu hauen. In den großen Fabriken sind gewöhnlich nur die Hälfte aller Arbeiter Gesellen, während die andere Hälfte nur Hülfsarbeiter und Handlanger sind. Behandeln nun die Gesellen ihre Handlanger wie ebenbürtige Menschen? Einige thun es wohl, aber viele, um nicht zu sagen die meisten, behandeln ihre Hülfsarbeiter geradezu wie Menschen zweiter Klasse, und die so handeln, sind meistens die eifrigsten Sozialdemokraten. Bei diesen Leuten kann man es nur als Glück preisen, daß sie nicht mehr zu sagen haben. Ich habe häufig

gefunden, daß gerade die eifrigsten Sozialdemokraten schlecht Nebenarbeiter halten konnten. Aber wehe dem Arbeiter, von dem diese zielbewußten Genossen merken, daß er nicht ihre Gesinnung teilt, dann wird ihm auf jegliche Art die Zusammenarbeit verleidet. Merken aber die zielbewußten Genossen gar, daß der neueingetretene Arbeiter ein Gegner ihrer Richtung ist, dann geht die Hetzerei erst recht los; dem Arbeiter wird das Leben so sauer wie nur möglich gemacht, die schmutzigsten Mittel werden angewandt, um den Arbeiter aus seiner Arbeit zu bringen. Dieselben zielbewußten Arbeiter sind es aber auch, die am ärgsten klagen, daß der Arbeitgeber sie drücke, weil sie Sozialdemokraten seien. Wo ist da die oft gerühmte Bruderliebe?

Bevor ich dies Kapitel beendige, will ich doch einen kurzen Blick auf das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft werfen. Leider muß ich mich hier sehr kurz fassen, da mir zur eingehenden Erörterung die notwendigen Erfahrungen fehlen, doch hoffe ich, daß es mir gelingen wird, auch dem nachdenkenden ländlichen Arbeiter über die Ziele der Sozialdemokratie die Augen zu öffnen. Wenn Ihr ein für die Landagitation bestimmtes Wahlflugblatt zur Hand nehmt, so werdet Ihr das Wort „Sozialdemokratie" vergebens suchen. Wie kommt das? Nun, man will Euch eben täuschen, ihr sollt glauben, es sind Eure Freunde, die im Flugblatt zu Euch sprechen; denn wenn ihr die Sache recht anseht, werdet ihr bald finden, es sind Eure Feinde, die zu Euch über die Unterdrückung des kleinen Mannes klagen. Höre nur! Die Sozialdemokratie sagt: „Im sozialen Staate hört das Privateigentum auf und an seine Stelle tritt ausschließlich das Staatseigentum. Nach diesem Satze muß denn doch im sozialen Staate auch aller private Grundbesitz aufhören. Ja, was seid Ihr ländlichen Arbeiter dann? Tagelöhner auf den Staatsdomänen! Ein sozialdemokratischer Domäneninspektor wird Euch die tägliche Arbeit anweisen und dafür Sorge tragen, daß Ihr dieselbe auch rechtzeitig beendet. Wenns Euch aber bei demselben nicht mehr behagt, dann könnt Ihr nicht eine Thür weiter gehen, sondern ihr seid als Sklaven an die Scholle gebunden und, wer nicht arbeiten will, der soll auch nichts essen! hat Herr Bebel gesagt. Ob Ihr es dann besser habt, als Eure Vorfahren zur Zeit der Leibeigenschaft? Die Frage zu beantworten, kann ich getrost Euch selbst überlassen!

IV. Warum kann ein Christ kein Sozialdemokrat sein?

In dem vorhergehenden Kapitel habe ich zu beweisen versucht, daß die sozialdemokratischen Forderungen ein Unsinn sind, der sich nicht verwirklichen läßt, daß es also dem Arbeiter große Gefahren bringen kann, wenn er diese Partei in irgend einer Art und Weise unterstützt; denn obwohl sie uns die goldene Freiheit versprechen, so rauben sie uns dennoch unsere persönliche, körperliche und geistige Freiheit. Die Sozialdemokratie verlangt ja nicht nur, daß wir unser ganzes Sinnen und Denken in politischen Angelegenheiten nach ihren Befehlen einrichten sollen, sondern verlangt auch, daß wir unser religiöses Denken nach ihren Wünschen einrichten. Was hat Religion mit der Politik und Sozialismus zu schaffen? Sehr, sehr viel, denn so lange der Mensch noch ein Fünkchen Religion im Herzen besitzt, ist er noch nicht zu allem Schlechten zu haben. Aber mit Menschen, die die Religion als etwas Überflüssiges ablegten, die moralisch schon Schiffbruch gelitten, mit solchen Menschen kann man alles anfangen und sei es auch noch so schlecht! Sieh, deshalb möchten auch die Sozialdemokraten uns gerne die Religion rauben. Von Männern wie Bebel, die es schon mit verschiedenen Religionen versucht haben, kann man sich schließlich nicht wundern, wenn sie es nun auch mal ohne Religion versuchen und ihren Zuhörern erklären: Religion ist Privatsache! aber bei sich selbst denken sie: Ein vernünftiger Mensch ist Atheist! Wenn der Satz „Religion ist Privatsache!" zu Recht bestände, warum bekämpfen und verlästern dann die Sozialdemokraten dieselbe? Warum lassen sie dann nicht jeden nach seinem Glauben leben, wie's ihm beliebt? Liebknecht nennt die christliche Religion „abgeschmackt und knechtselig" und sagt dazu: „Die Verlästerung des Namens ist nötig, um der Sache den Garaus zu machen!" Hasenclever setzte allem die Krone auf, indem er sagte: „Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstände, dann würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen!" Was die Menschheit von solchen Volksbeglückern, die selbst vor einem Bündnis mit dem Teufel, dem verkörperten Bösen, nicht zurückschrecken, zu erwarten hat, kann sich jeder leicht denken.

Ein Volk ohne Gott und ohne Religion ist ein Unding. Jedes Volk, und stände es auf noch so niedriger Kulturstufe, hat eine Ahnung von einem überirdischen Wesen, welches die Welt regiert. Die hochgebildeten Athener hielten es für nötig, dem „unbekannten" Gotte einen

Altar zu bauen. Wenn das alte Gottesvolk der Israeliten auch noch so oft von seinem Bundesgotte abfiel, so mußte es sich doch sofort ein Kalb oder einen Baal oder einen Moloch machen. Als 1792—1793 die Schreckensmänner der großen Revolution es für nötig erachteten, den alten Herrgott feierlichst für abgesetzt zu erklären, da schafften sie doch sogleich einen neuen Gott herbei, die „Göttin der Vernunft“! Doch diese hatte keine lange Lebensdauer und mußte schließlich doch dem alten Herrgott wieder Platz machen. Und wir, das „aufgeklärte Volk des 19. Jahrhunderts“, wir sollten ohne einen Gott leben können?

Freiheit ist das Losungswort der Sozialdemokraten und Knechtschaft und Banden ihr erstes Geschenk. Weißt Du auch, lieber Leser, wie es mit einem Menschen ohne Religion aussieht? Gehe doch hin und sieh Dir das Sterbebett eines Gotteleugners an. Ich glaube, wenn Du an einem solchen Lager gestanden hast, dann wirst Du den Wert der Religion erkannt haben. Hast Du aber diesen Wert erst kennen gelernt, dann wirst Du auch einen triftigen Grund haben, Dich von den Sozialdemokraten abzuwenden!

„Religion ist Privatsache!“ sagt das sozialdemokratische Parteiprogramm. Dabei aber agitieren sie mit Leibeskräften für den Austritt aus der Landeskirche, es wird keine Mühe gescheut, um einen Massenaustritt aus der Kirche zu wege zu bringen. In Berlin und anderen größeren Städten ist es ihnen schon gelungen, eine Anzahl geistig verkommener Menschen zum Austritt zu bewegen, aber darüber hinaus wird es schwerlich kommen. Selbst auf den Parteitagen haben diese Herren sich mit der Geschichte befaßt, aber die meisten Delegierten waren stets dafür, daß obiger Satz beibehalten werden sollte. In den siebziger Jahren haben wir dieselbe Bewegung gehabt; damals war es Johann Most, der für den Massenaustritt agitierte. Damals war die Mehrzahl der Führer gegen diese Bewegung, nicht weil sie den Atheismus nicht mochten, sondern weil sie fürchteten, diese Agitation könnte manchen, besonders in der Landbevölkerung, vom Beitritt zur Partei abhalten. Heute ist die Geschichte genau ebenso! Auf den Parteitagen haben einzelne Delegierte rund heraus erklärt, daß diese Bewegung notwendig beschränkt werden müsse, da sonst hauptsächlich die Landbevölkerung nicht für die Partei gewonnen werden könne. Vorläufig verbirgt man den Atheismus, so gut es eben geht, um den Bauer zu fangen, und sagt, man solle nur nicht gegen das Christentum auftreten, denn „Religion ist Privatsache!“ Wenn aber nur erst die Bauern gefangen sind, dann werden

sie schon der Welt zeigen, was sie von der Religion halten. Schon an ihrem sich Brüsten mit dem Atheismus im Reichstag wissen wir, was ihre Religion ist: „Gottesleugnung heißt sie und Singer ist ihr Oberpriester!“ Singer hat öffentlich gesagt: wir werden nicht ruhen, bis die rote Fahne von allen Kirchen und Palästen weht!“ Nur um Bauernfang zu treiben, verbergen sie einstweilen ihr wahres Gesicht! Uns kann das schon recht sein; denn nichts wird das deutsche Volk besser über das Wesen der Sozialdemokratie unterrichten, als dieser Sturm gegen die Kirche. Wir sind ganz froh, daß die Sozialdemokratie endlich den Schleier von diesen Dingen gezogen hat. Für die Kirche als solche bedeutet es nichts, wenn die ihr feindlich gesinnten Glieder sich auch äußerlich von ihr trennen. Im Interesse der Kirche braucht man den Massenaustritt nicht zu fürchten, wohl aber würde derselbe der Ausgetretenen wegen zu bedauern sein, weil sie damit ihrem besten Freund, dem wahren Christentum, den Rücken kehren. Es ist eine große Dummheit der Sozialdemokraten, den Haß gegen das Christentum zu predigen. Das Christentum vertritt wie keine andere Religion der Erde den wahren Sozialismus und stellt sich gerade zu dem armen Mann freundlich und günstig. Die Religion ist ein heiliges Gut der Menschen, sie bildet seinen Trost und seine Hilfe in allen schwierigen Lebenslagen. Es giebt nichts um uns her, welches uns dieses Gut ersetzen könnte. Wer dem Volke dieses Gut raubt, ist ein Missethäter an dem Volke. Es ist unbegreiflich, daß gerade die Arbeiter das Christentum bekämpfen, welches doch die Kürzung des Lohnes der Arbeiter für Todsünde erklärt und welches das Unrecht in jeder Form bekämpft. Gerade das Christentum verhindert das Kapital, die letzten Konsequenzen seiner Selbstsucht zu ziehen. Daran ändern die Fehler einzelner Vertreter des Christentums oder gar die Fehler einzelner Geistlichen nichts! Die Geschichte lehrt uns, daß die Treue gegen die Kirche, das Hochhalten des Glaubens von dauerndem Segen für Fürst und Volk begleitet war. Die Geschichte lehrt aber auch, daß der Unglaube und die Feindschaft gegen Gott zum Untergange des Volkes führen. Der Unglaube aber verschärft und verbittert unsere Zustände und das ist es ja auch wieder, weshalb die Sozialdemokraten trotz alledem dennoch immer wieder zum Massenaustritt anspornen; denn die Kirche ist ja in gewisser Beziehung die Grundlage des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft.

Die Religion ist unzerstörbar; aber die Revolution erstickt in ihrem

eigenen Blute! Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als revolutionäre Schlagworte sind ein Unsinn. Auf irdische und menschliche Dinge angewandt, führen sie nur zu Neid und Kampf. Es giebt nur eine Gleichheit, das ist die vor Gott, und sie bildet die Grundlage der christlichen Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft zu fordern ist die Pflicht jedes Christen. Darum sollen wir auch in der Kirche bleiben, aber nicht als passive Mitglieder, sondern als thätige Mitarbeiter. Ich bin kein Mucker und Kopfhänger; für mich besteht die christliche Religion weniger in Worten und Dogmen, sie ist für mich etwas Lebendiges. Sie ist Urquelle der Fülle aller Liebesthaten gegen alle, die der Hülfe, des Trostes und des Rates bedürftig sind. Sie ist der Ursprung alles dessen, was wir wahrhaft hochschätzen, verehren und lieben. Aus der Geschichte wissen wir, daß wie sehr auch gegen die Religion gesündigt worden, doch immer wieder die Religion zum Ausgangspunkt eines gewaltigen Stromes des menschlichen Fortschrittes wurde. Ich erkenne an, den Anfang und das Ende des Weltalls nicht fassen zu können, mir ist manches im Gang der Dinge dunkel; aber kann das mich irgendwie hindern, voll Glauben und Vertrauen gen Himmel zu blicken und dort ein Wesen zu verehren, als den Schöpfer und den Ursprung alles Seins und Werdens, als die Kraft, welche der Erde und dem Weltall ihre Bahnen vorschreibt und über mich und alle Erdenkinder die Hand hält? Möchte doch auch in dieser Hinsicht mein Aufruf an das deutsche Volk verstanden werden! Hinweg mit der öden Glaubenslosigkeit, hinweg mit aller Glaubensgleichgültigkeit! Wer Dir Deinen Glauben an Gott zu rauben sucht, deutscher Arbeiter, der ist Dein Feind — möge er auch sagen was er wolle! Deinen Glauben stehlen wollen die sozialdemokratischen Hetzapostel, denn die Sozialdemokratie ist eine ausgesprochen religionsfeindliche Partei. Die Sozialdemokratie muß die Religion aus der Welt zu schaffen suchen; denn so lange der Mensch noch ein Fünkchen Gefühl für Gut und Schlecht im Busen fühlt, ist er noch kein willenloses Werkzeug in der Hand gewissenloser Hetzapostel. Bittere ernste Wahrheit ist es, wenn sozialdemokratische Führer gesagt haben: Wir sind eine Partei des objektiven Hasses! Darum die politische und religiöse Brunnenvergiftung. Das Volk muß unzufrieden gemacht werden, einerlei durch welche Mittel.

Da nun ein ernster Christ dies wüste Treiben und Hetzen nicht mitmachen kann, so muß er sich dagegen erklären. Es ist durchaus notwendig, daß alle Christen einmütig zusammenstehen wider die Feinde

der Religion. Wir müssen energischen Protest einlegen gegen die ganze Lebensauffassung der Sozialdemokraten, gegen den Materialismus, der die Partei und ihre Führer beherrscht. Die irdischen Dinge, wirtschaftlichen Werte, Produkte und Verhältnisse machen für sie die Welt aus und alle geistigen Momente, alle ästhetischen Genüsse, das ganze geistige Innenleben des Menschen ist ihnen mindestens Nebensache. Das ganze Leben der Sozialdemokraten ist nur eine Jagd nach materiellen Genüssen. Der Materialismus ist die Seele der Bewegung, Materialismus die Philosophie ihrer Heroen.

Was uns weiter von der Sozialdemokratie trennt, das ist die ganze wüste Agitationsweise. Man hat wohl gesagt, das sei etwas Zufälliges. Aber kann es etwas Zufälliges sein, da es der Sozialdemokratie seit Beginn ihrer Thätigkeit angehaftet hat? Immer hat sie durch bodenlose Unduldsamkeit, Gehässigkeit und Lieblosigkeit gegen Andersdenkende sich hervorgethan. Geduld und Nächstenliebe sind aber zwei christliche Kardinalforderungen. Selbst unter einander läßt ihre Nächstenliebe noch manches zu wünschen übrig, wie sehr sie sich auch immer damit brüsten. Niemals hat ihre Presse es vermocht, über andere im christlichen Tone zu sprechen. Die Sozialdemokratie ist ja eine Partei des objektiven Hasses. Dem Christentum ist aber das zweite Gebot in seinem Gesetz: Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst! Und wenn auch noch so viel gegen das Gebot gesündigt wird, es bleibt doch noch immer zu Recht bestehen. Wenn auch leider überall im politischen Parteileben durch Verschweigen des Guten an der andern Partei noch viel gesündigt wird, so geschieht dies doch nirgends in solchem Maße wie bei den Sozialdemokraten. Ihre Presse treibt wahrhaft politische Brunnenvergiftung. Sie können und dürfen nicht gerecht sein!

Ein Grundschade der sozialdemokratischen Theorien und aller Zukunftsstaatsideen beruht darin, daß man an eine Lösung der sozialen Frage hier auf Erden denkt, sie ist weder von Menschen und überhaupt auf Erden zu lösen. Wir sind allzumal Sünder! Das ist eine Grundlehre des Christentums und ist die beste Widerlegung aller sozialdemokratischen Hirngespinnste; denn mit dieser Wahrheit will die Sozialdemokratie nicht rechnen, sondern behauptet, der Mensch wird sich zu allem Guten und Schönen entwickeln, wenn nur die Verhältnisse dafür geschaffen sind. „Wir sind allzumal Sünder!“ „Der Übel größtes ist die Schuld!“ „Die Welt ist vollkommen überall, wo nicht der Mensch hinkommt mit seiner Qual!“ Wer diese Lehren nicht beherzigen will,

der kann kein Christ sein. „Nicht sowohl die Klagen und die Ziele der Sozialdemokraten sind es, als vielmehr Geist, Art und Herz und Rückgrat der ganzen Bewegung, gegen die wir uns wehren müssen. Mit einer solchen Auffassung des Lebens haben wir als Christen nichts gemein, darum kann auch kein Christ Sozialdemokrat sein.

Seht es Euch doch einmal an, was Euch die Sozialdemokraten als Ersatz anbieten für Eure geraubte Religion! Ein Nichts ist es, ein Phantom! Wer macht, daß das Gras und die Blumen auf dem Felde wachsen, wer bringt alles hervor, was wir Menschen gebrauchen? Die sozialdemokratischen Gottesleugner sagen: Die Natur! Was ist denn aber die Natur anders als die treibende Kraft, die allmächtige Hand Gottes? „Er läßt seine Sonne aufgehen über Gute und Böse und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte!“

Die Atheisten glauben nicht an ein Leben nach dem Tode und doch beweisen ihre Thaten das Gegenteil. In Flensburg starb die erwachsene Tochter des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, Schneidermeister Mahlke und ward von den Genossen mit großem Gefolge zur letzten Ruhe begleitet. Auf dem Gottesacker hielt ein sozialdemokratischer Freidenker eine Leichenrede, welche er mit den Worten schloß: „Möge Dir die Erde leicht werden auch ohne den Segen der Kirche!“ Wenn es kein Leben nach dem Tode giebt, wie kann dann die Erde den Toten drücken?

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Das ist die gerade in neuerer Zeit oft aufgeworfene Frage. Ich antworte darauf Nein! In letzterer Zeit macht sich eine Bewegung bemerkbar, welche auf diese Frage nicht gerade Ja antwortet, aber dennoch meint, daß ein Sozialdemokrat sehr wohl Christ sein könne und die deshalb mit den Sozialdemokraten sympathisieren würde, wenn nur die Sozialdemokraten die Religion in Ruhe lassen wollen: ich meine die vorhin schon genannten Katheder- oder Kanzelsozialisten. Daß dieselben für ihr Eintreten für eine Verbesserung der Lage des Arbeiters angegriffen werden, halte ich nicht für richtig; denn wenn nicht einmal mehr die Diener am Worte Gottes die Finger auf die faulen Stellen legen dürfen, dann „gute Nacht Religion, gute Nacht Gesittung!“ Aber die Herren gehen zu weit, wenn sie eben so wie die Sozialdemokraten lehren, daß der ökonomische und soziale Charakter der heutigen Erwerbsordnung an allen sozialen, politischen und moralischen Mißständen die Schuld trägt. Die Herren Naumann und Genossen sind bereit, den Staatssozialismus und die meisten Lehren

der Sozialdemokratie, alles in den Kauf zu nehmen und meinen, wenn sie nur ihre Religion retten können, dann kann alles andere kommen wie es will. Solche Männer wie Naumann und Genossen werden niemals die Sozialdemokraten überwinden, sondern sie sind von der Sozialdemokratie überwunden. In letzter Zeit ist Naumann oft mit Thomas Münster verglichen worden, wogegen seine Anhänger protestieren. Naumann beruft sich auf sein Christentum, war Thomas Münster nicht auch ein Christ? Aber dabei predigte Münster „Das Land der Masse" und neben dem Christentum den Kommunismus. In seiner „Hilfe" nennt Naumann sich einen Propheten, dabei macht er einen Luftsprung aus dem konservativen Lager ins sozialdemokratische, unterwegs verweilt er auch eine Minute bei den Antisemiten. Kann Naumann einen Propheten nachweisen, der ähnliche Luftsprünge gemacht hat, etwa von den Pharisäern zu den Sadduzäern übergegangen ist? Wissen die Herren Naumann und Genossen auch, was die Sozialdemokraten von ihnen sagen? Herr Calwer hat in einer Berliner Versammlung gesagt: Was die sozialistische Pastorenbewegung betreffe, so wirke sie als Maulwurfsarbeit in der bürgerlichen Gesellschaft vorzüglich für die Sozialdemokratie; nur sei sie nicht umfangreich genug. Pfarrer Naumann habe bei den Landarbeitern in sozialistischer Hinsicht einen guten Anfang gemacht. Es sei ja richtig, die Pastoren vermengten den Sozialismus zu sehr mit der Religion. Das schade aber garnichts. Seien die Arbeiter nur erst mal wild gemacht, dann würden sie die Religion bald bei Seite lassen und als reife Genossen der Sozialdemokratie in den Schoß fallen.

Einer der offen zur Sozialdemokratie übergetretenen Kanzelsozialisten, der süddeutsche Theologe Theodor von Wächter, der noch im Juli v. J. als sozialdemokratischer Reichstagskandidat für Rinteln-Hofgeismar auftrat, scheint nunmehr doch zur Einsicht gelangt zu sein, daß man nicht gleichzeitig Christ und Sozialdemokrat sein kann trotz des sozialdemokratischen Programmsatzes: Religion ist Privatsache! Nachdem er aus der Partei ausgetreten, hielt er im November 1895 in Berlin einen öffentlichen Vortrag, in welchem er seine Stellung zur Sozialdemokratie klar legte. Der Vortrag legte verschiedentlich Zeugnis ab von seiner Schwärmerei; er erklärte unter anderem, daß das Christentum wohl mit der Sozialdemokratie vereinbar sei und deshalb wolle er eine sozial-christliche Vereinigung schaffen, die darauf hindrängen solle, daß der Staat und die Kommune den Armen helfe und daß der Besitzende sich des Armen annehme. In diese Vereinigung sollten auch alle diejenigen

Brüder und Schwestern Aufnahme finden, welche in sittlicher Beziehung einmal gefehlt haben, ihren Fehltritt aber aufrichtig bereuen. Er wolle das wahre Christentum aufrichten, wie es von Christus in der Bergpredigt gelehrt worden sei. Das moderne Christentum sei Heuchelei! Im Verlaufe der Diskussion äußerte ein Herr Köhn sein Bedauern, daß die Sozialdemokratie einen der opferfähigsten Genossen, Th. v. Wächter, der unter den größten Entsagungen für die Sozialdemokratie gewirkt, ausgeschlossen habe, weil er etwas abweichender Meinung gewesen. Der Buchhändler Hoffmann bemerkte: „Der Ausschluß Wächters aus der sozialdemokratischen Partei sei nicht wegen eines sittlichen Fehltritts, sondern hauptsächlich deshalb erfolgt, weil die Sozialdemokratie keine Gaukler in ihren Reihen dulden könne. Wächter sei zur Sozialdemokratie nur der vollen Krippe wegen gekommen. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Wenn jetzt ein Sozialistengesetz käme, dann würden Leute wie Wächter und ähnliche ausreißen wie Schafsleder. Ebensowenig wie die Katze das Mausen läßt, könne ein Pfaffe die Heuchelei lassen. Leute wie Wächter seien nur geeignet, Konfusion in die Reihen der Sozialdemokraten zu bringen. Aus diesem Grunde werde der Programmsatz: „Religion ist Privatsache, geändert werden müssen." Diese Anschuldigung hat der „Vorwärts", das sozialistische Hauptblatt, nun soweit berichtigt, daß sie von Wächter gegen den in der Versammlung erhobenen „geschmacklosen" Vorwurf verteidigt, daß er sich nicht von der Partei abgewandt, weil ihm die Parteikrippe nicht mehr zur Verfügung stand, sondern stellt fest, daß Wächter in der uneigennützigsten Weise der Partei gedient habe.

Somit ist Herr v. Wächter inbetreff seiner Stellung gereinigt, aber durch Herrn Hoffmann, der ja einen großen Einfluß in der Partei hat, erfahren wir, daß es innerhalb der Partei Leute genug giebt, die es jetzt schon öffentlich aussprechen, was man sonst geleugnet hat, daß nämlich die Sozialdemokratie religionsfeindlich ist.

Der Kathedersozialismus hat in dieser Versammlung eine so schroffe Absage der Sozialdemokratie erhalten, daß nur die Unempfindlichkeit und fatalistische Selbsttäuschung derer um Naumann und Genossen eine vernunftgemäße Sinneswandlung zu verhindern vermag. Werden diese Herren nicht bald einsehen, daß das Kokettieren mit der Sozialdemokratie reine Zeitvergeudung ist? Was den Herren abgeht, ist das rechte Verständnis der Sozialdemokraten und der Arbeiterverhältnisse. Einige haben das wohl auch gefühlt und haben darnach gehandelt, so Pastor

Göhre „Drei Monate Fabrikarbeiter", Frau Gnauck-Kühne als Fabrikarbeiterin, ein anderer Theologe hat als Handwerksbursche Erfahrung gesammelt. Es ist sehr anzuerkennen, daß diese Leute um der Sache zu dienen, selbst die Unannehmlichkeiten und teilweise Entbehrung nicht gescheut haben, aber es ist doch immer eine zu kurze Zeit gewesen, um die Verhältnisse richtig zu erkennen; denn es hängt doch viel davon ab, unter welchen Verhältnissen sie gearbeitet haben. Haben sie gute Arbeitgeber gefunden, dann sehen sie die Sache im rosigsten Lichte; aber umgekehrt auch wieder alles Grau in Grau, die Wahrheit liegt stets in der Mitte; dazu kommt für diese Leute die Wahrheit des Sprichwortes: Ungewohnte Arbeit drückt Beulen!

Die religions- und vaterlandslose revolutionäre Sozialdemokratie schildert Julius Köbner in seinem Gedichte sehr treffend mit den Worten:

Es wird nicht Ruhe hienieden;
Die Menschheit ruht nicht in Gott.
Es blüht die Meinung und welket,
Der stolzen Vernunft zum Spott.

Man baut und reißet es nieder,
Man pflanzt und reutet es aus;
Man türmt einen Berg mit Entzücken
Und er gebiert eine Maus.

Weiter heißt es in dem Liede:

Sie ringen alle nach Freiheit,
Nach einem heiligen Gut;
Und doch will jeder nur herrschen:
Der Mensch weiß nicht, was er thut.

Wenn die bürgerlichen Klassen sich nicht endlich aufraffen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre kleinen Zänkereien beiseite lassen, dann ist keine Aussicht auf einen erfolgreichen Widerstand. Hand in Hand mit diesem gemeinsamen Kampf (die Bildung des Seniorenkonvents im sächsischen Landtage läßt auf Besserung in dieser Hinsicht schließen) muß aber eine energische Reform gehen. Diese Reform darf aber nicht allein durch Gesetze geschaffen werden, nein, jeder Arbeitgeber, sei er groß oder klein, muß sich gewissenhaft fragen: Bin ich auch gerecht gegen meine Arbeiter? Kann ich auch meine Behandlung der Arbeiter dereinst von Gottes Richterstuhl verantworten? Es muß unbedingt aufhören, daß man den Arbeiter wie eine Ware betrachtet und denselben womöglich weniger rechnet, als die Haustiere; es muß aufhören, daß man mit Verachtung auf die schwieligen Hände des Arbeiters

herabblickt. Die Worte Friedrich von Schillers müssen mehr zur Geltung kommen.

Arbeit ist des Bürgers Zierde;
Segen ist der Mühe Preis!
Ehrt den König seine Würde;
Ehret uns der Hände Fleiß!

Wann wird es wieder soweit kommen, daß man wieder wie in alten Zeiten das Gesinde mit zur Familie rechnet? Sagt doch schon die heilige Schrift: „Du sollst Deinen Knecht mit an Deinem Tische essen lassen!“ Aber wer glaubt noch an das Wort Gottes? Häufig hört man die Klage, daß die Dienstboten kein Gott wohlgefälliges Leben führen; ja sind denn die Herrschaften alle so, wie sie sein sollten? Gerade auf dem Parquettboden der vornehmen Häuser ist der Unglaube groß geworden, und dieser Unglaube ist jetzt endlich in die Massen gedrungen. Die Saat ist aufgegangen und zu einem schrecklich wuchernden Unkraut geworden, welches die ganze Ernte zu vernichten droht, da soll denn Gottes Wort, die Kirche, innere Mission helfen, den verloren gegangenen Glauben im Volke zu beleben; aber Selbsterkenntnis ist nötig, dringend nötig, Gesetze u. s. w. allein schaffen die soziale Frage nicht mehr aus der Welt. Eine gründliche Reform ist dringend notwendig, aber sie muß unterstützt werden von einer kräftigen Agitation und an dieser Agitation müssen die Arbeiter sich in erster Linie beteiligen. Die Herren Professoren haben schon lange genug gegen die Sozialdemokratie geschrieben, hat es etwas genutzt? Warum nicht? Weil sie die Arbeitsverhältnisse nicht kennen, sie können in ihrer Studierstube nicht fühlen, wo uns der Schuh drückt. Sie können sich naturgemäß garnicht in die Lage eines Arbeiters hineindenken; wer das selbst an sich erlebt hat, besitzt gewöhnlich eine andere Meinung davon, wie einer, der die Sache nur aus der Vogelperspektive kennt. Die großen Fortschritte der Sozialdemokratie beruhen zum größten Teile darauf, daß ihre Agitatoren mit wenig Ausnahmen aus dem vierten Stande, dem Arbeiterstande hervorgingen.

Fassen wir nun zum Schluß noch einmal alles gewissenhaft zusammen, was die Sozialdemokraten uns Arbeitern versprechen und was sie erst beseitigen zu müssen vorgeben. Ich denke das gewonnene Resultat wird nüchtern genug ausfallen. Die Sozialdemokraten verlangen also von uns, daß wir die Religion, die Familie, die Eltern- und Kindesliebe, das freie Eigentum, die persönliche Freiheit in der Wahl

der Arbeit und die Vaterlandsliebe aufgeben. Auf alle diese Güter, eins schöner als das andere, sollen wir Verzicht leisten. Was bietet uns nun die Sozialdemokratie als Ersatz für die verlangten Opfer? Für Religion, für Familie, für Eltern- und Kindesliebe kann sie uns überhaupt keinen Ersatz bieten; für die persönliche Freiheit und Vaterlandsliebe giebt sie uns Sklavenketten des sozialen Zukunftsstaates. Können nun die Versprechungen und Lockungen der Sozialdemokratie Dich noch locken und reizen, lieber Leser? Ich hoffe, Du wirst mir mit einem von Herzen kommenden Nein auf meine Frage antworten!

Nun wohlan denn, deutsche Männer, so weiset diese falschen Apostel von Euch; schließet Euch thatkräftig an Kaiser und Reich an! An Euren Kaiser schließt Euch an, der versprochen hat, Euch soviel nur irgend möglich gerecht zu werden. Hat der Kaiser Euch, den deutschen Arbeitern nicht unzweideutige Beweise gegeben, daß er Euch helfen will? Wird er aber auch auf dem einmal betretenen Wege fortschreiten können? Die Sozialdemokraten behaupten zwar, es fehle sowohl der Wille, als auch die Macht, das Werk zu vollenden. Ich glaube den Verleumdern nicht, sondern bin der festen Überzeugung, daß wenn unser Kaiser auf halbem Wege stehen bleibt, so liegt die Schuld dann lediglich bei den Arbeitern, die ihn nicht in seinem Werke unterstützt haben.

Nicht gegen, sondern mit dem Kaiser vorwärts, das sei unsere Losung.

Die Geschichte lehrt uns Beispiele genug, wie gute und weise Fürsten ihrem Volke keine Wohlthaten erweisen konnten, weil sie vom Volke nicht verstanden wurden. Ein klares Beispiel der Art liefert uns die Geschichte des österreichischen Kaisers Joseph II., welcher vor reichlich 100 Jahren lebte. Alle Reformen, die er einführen wollte, sah er an dem Unverstand des Volkes scheitern, sie sind erst viel später von seinen Nachfolgern eingeführt worden, die die Nachwelt dafür preist. Eigentlich nur einmal ist es Joseph II. gelungen, den Widerstand zu brechen, als er nämlich die Leibeigenschaft aufhob!

Deutsches Volk! willst Du nicht, daß die Nachwelt über Dich urteilt, wie über die Zeitgenossen Joseph II., so laß dies stets Deine Losung sein:

„Mit Gott für König und Vaterland!"